

UOKG e.V. (Hrsg.)

FESTSCHRIFT

**20 Jahre Union der Opferverbände
kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.**

Rückblick und Ausblick

CHRISTIAN SACHSE

Herausgeber:

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft

Autor:

Dr. Christian Sachse, geb. 1954 in Halle/Saale,
Pfarrer in der DDR, engagiert in oppositionellen Gruppen, lebt als freier Autor in Berlin,
Autor von Büchern, Ausstellungen und Expertisen zur DDR-Geschichte,
u.a. zu Opposition und Widerstand, Wehr- und Heimerziehung, Kirche und Staat.
Info: www.christian-sachse.de
E-Mail: cs@christian-sachse.de

Satz und Layout:

Satzherstellung Werner Neymanns
Telefon: (030) 70 24 22 24
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com
www.satzherstellung.com



Diese Publikation entstand mit freundlicher Unterstützung
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Fotos:

- (2) Kugler, Staatsminister Neumann
- (3) Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Presse- und Informationsamt
- (4) Stiftung Aufarbeitung
- (5) BStU
- (8) Yvonne Durré
- (11) Lothar Scholz
- (15) Lothar Brauer

Alle weiteren Fotos: Archiv *Stacheldraht*, Sybille Ploog

Für einzelne Fotos konnte der Autor nicht mehr ermittelt werden.

Copyright 2012 bei der Union der Opferverbände
kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art,
der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie Funk- und
Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.
Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage, 10365 Berlin
Telefon: (030) 55 77 93 51, Fax: (030) 55 77 93 40, E-Mail: info@uokg.de
www.uokg.de

ISBN: 978-3-00-038594-0

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Rainer Wagner	4
Grußwort von Staatsminister Bernd Neumann	6
Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit	7
Grußwort von Dr. Anna Kaminsky.....	8
Grußwort von Roland Jahn	10
Einleitung	11
Zum Selbstverständnis der UOKG.....	13
Mitglieder 2012.....	15
Die historischen Wurzeln	16
Aus der Geschichte der UOKG	37
Projekte und Themenfelder.....	63
Die Vorsitzenden.....	87
Ausblick	93
Aktuelle Forderungen	95
Anhang.....	98
Anmerkungen	104

Vorwort von Rainer Wagner

„Die **Freiheitsliebe** ist eine **Kerkerblume** und erst im **Gefängnis** fühlt man den Wert der **Freiheit**.“

Heinrich Heine (1797-1856)

Das 20. Jubiläum der „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG) war Anlass zur Erstellung dieser Festschrift. Sie soll mehr als eine Jubiläumsgabe sein. Vielmehr soll sie der Öffentlichkeit und der späteren Nachwelt Zeugnis von der Aufarbeitung des kommunistischen Terrors, sowohl der Sowjets, wie des DDR-Unrechtsstaates, durch die ehemaligen Opfer geben. Sie soll auch ein Zeugnis für die Freiheitsliebe und demokratische Grundhaltung derer sein, denen wegen ihres Einsatzes für „Einigkeit und Recht und Freiheit“ einst ihre persönliche Freiheit, Gesundheit und ihr Eigentum genommen wurde. Sie soll eine Ehrenbezeugung sein für die, denen man einst meinte, die Ehre nehmen zu können, und denen man an Leib und Seele Schaden zufügte.



*Rainer Wagner,
Bundesvorsitzender
der UOKG*

Bewusst hat der deutsche Dachverband der Opferverbände die Erstellung dieser Handreichung nicht selbst vorgenommen. Wir wollten, bei aller Anerkennung der Leistung Einzelner und Anerkennung des Erreichten, weder Eigenlob noch Selbstbeweihräucherung betreiben. Dr. Christian Sachse, den wir um die Erstellung dieser Arbeit baten, ist ein kompetenter Historiker und Kenner der kommunistischen Gewaltherrschaft. Dankenswerterweise ist er unserer Bitte gefolgt, und hat die Aufgabe übernommen, die Quellen der UOKG zu durchforschen, Interviews mit Zeitzeugen zu führen und von außen auf die UOKG zu blicken. Seine objektive Darstellung der Vergangenheit mit Erfolgen, Misserfolgen und Fehlern kann Orientierung und Hilfe für die dringend nötige weitere Arbeit geben.

23 Jahre nach der friedlichen Revolution erkennen wir, dass die Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts weit über die Aufarbeitung der Leiden in den russischen Speziallagern oder den Zuchthäusern Ulbrichts und Honeckers hinausgeht. Bisher übersehene Opfergruppen, wie die Zwangsadoptierten und ihre leiblichen Eltern, die Heimkinder und Opfer der Jugendwerkhöfe, traten ins Blickfeld. Das Leid der Zersetzungsoffer, der Enteigneten, der Zwangsausgesiedelten und Dopingopfer wurde erkennbar. Neue Probleme wie die stille Enteignung von Rentenansprüchen der ehemaligen DDR-Flüchtlinge entstanden durch schlecht erarbeitete Gesetze und bürokratische Kurzsichtigkeit.

Die Fixierung der Öffentlichkeit auf die Stasi und deren Verbrechen hat dazu geführt, dass die Auftraggeberin der Stasi, die SED, als menschenverachtende Staatspartei aus dem Fokus verschwand. Seit über zehn Jahren kam es dann unmerklich zur Restauration der SED, die heute unter dem Namen „Die Linke“ in Parlamenten und teilweise auf Ministersesseln erneut politische Macht ausübt. Dies obwohl führende Vertreter dieser

Partei öffentlich über „Wege zum Kommunismus“ sinnieren, Stasi-Pensionären und NVA-Offizieren Kampfesgrüße schicken und Fidel Castro, dem Diktator Kubas, huldigend zum Geburtstag gratulieren.

Nicht wenige ehemalige Parteibonzen und LPG-Vorsitzende sitzen als Rote Barone auf erschlichenen Gütern, von deren Größe der ostelbische Adel nicht einmal träumen konnte. Sie zocken die Subventionen der EU ab und kommen zu Reichtümern, genauso wie die aus den SED-Kadern kommenden, neuen mitteldeutschen Kapitalisten. Gleichzeitig stehen Opfer der SED im sozialen Abseits und quälen sich mit, durch bürokratische Behörden nicht anerkannten, Folgeschäden der ehemaligen Repression. Während aus den Rentenkassen des ehemaligen Klassenfeindes die DDR-Eliten hohe und höchste Altersbezüge genießen, werden nicht wenige Opfer mit Almosen abgespeist und leben auf Sozialhilfeniveau.

Das Ignorieren oder die Verharmlosung des vergangenen Unrechts durch große Teile der Gesellschaft ist eine Gefahr für unser demokratisches Deutschland. Hier ist Aufklärung über Schulen und Medien dringend nötig.

Diese Festschrift wird am 59. Jahrestag des DDR Volksaufstandes der Öffentlichkeit übergeben. Die damalige Losung: „Wir wollen freie Menschen sein“ ist seit der friedlichen Revolution 1989 Wirklichkeit geworden. Als Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft ist es unser bleibender Auftrag, der Öffentlichkeit und besonders der in Freiheit aufgewachsenen jungen Generation die in Zuchthäusern und Lagern erwachsene Freiheitsliebe weiterzugeben.

Wenn wir nicht dafür eintreten, wer dann?

Rainer Wagner
Bundesvorsitzender der UOKG
Berlin, den 17. Juni 2012

Grußwort von Staatsminister Bernd Neumann

Der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft kommt bei der Aufarbeitung des unter der SED-Diktatur geschehenen Unrechts und der Erinnerung an das Schicksal der Opfer eine herausragende Rolle zu. Die in ihr zusammengeschlossenen Verbände geben den Opfern Raum, um sich gegenseitig auszutauschen, gemeinsam zu erinnern, zu gedenken und sich für Rehabilitation und Entschädigung einzusetzen. Damit wird auch die Möglichkeit geboten, ein Stück der durch die kommunistische Diktatur zerstörten menschlichen Würde wiederzugewinnen. Nicht zuletzt dem hohen ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder ist es zu verdanken, dass die Geschichte der



*Staatsminister
Bernd Neumann*

SBZ und der DDR nicht vergessen oder verdrängt wird. Sie sind es, die insbesondere der jungen Generation begreiflich machen können, welche fatalen Folgen ideologische Verblendung haben kann und wie wichtig der antitotalitäre Konsens als Grundlage unserer Gesellschaft ist.

Der Verklärung und Verharmlosung der kommunistischen Diktatur entschieden entgegenzuwirken, ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Bis Ende 2011 wurde mit bedeutenden Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II der Bundesregierung Haus 1 in der Berliner Normannenstraße – Ausgangspunkt für die Überwachungs- und Verfolgungspolitik des Staatssicherheitsdienstes – denkmalgerecht instandgesetzt. Die UOKG hat in diesem Gebäude den Sitz ihrer Bundesgeschäftsstelle und kann so am authentischen Ort an der Aufarbeitung der SED-Diktatur mitwirken.

Zum 20-jährigen Bestehen der UOKG danke ich im Namen der Bundesregierung für ihr unermüdliches Engagement. Die Vielzahl der Verbände, die unter ihrem Dach zusammengeschlossen sind, spiegelt die unterschiedlichen Facetten des kommunistischen Unrechts und des Leids seiner Opfer wider. Hinter jedem Opfer steht eine individuelle Geschichte, individuelles Leid. Dieses Leid darf niemals in Vergessenheit geraten.

Bernd Neumann, MdB
Staatsminister bei der Bundeskanzlerin

Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit

Vor 20 Jahren gründete sich die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und schloss eine Lücke: Denn das vereinte Deutschland brauchte nach Überwindung von Teilung und SED-Diktatur eine vereinte Sachwalterin der Opferinteressen.

Zu Ihrem Jubiläum gratuliere ich sehr herzlich im Namen Berlins, das nicht nur in besonderer Weise unter den Folgen der Teilung zu leiden hatte, sondern im Ostteil auch unter Unfreiheit und Unterdrückung.

Deshalb wird das Wirken der UOKG gerade in Berlin als besonders verdienstvoll wahrgenommen. Neben der Vertretung der Opferinteressen zählt dazu die hoch engagierte wie kompetente Beratung in allen Fragen des Gedenkens an Diktatur und Unterdrückung in der DDR. Die UOKG ist ein wichtiger Gesprächspartner auch der Verwaltung und der Gedenkstätten in allen zeitgeschichtlichen Fragen zur SED-Diktatur. Dazu zählt neben anderen Gedenkeinrichtungen besonders die Gedenkstätte Berliner Mauer sowie die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Die UOKG kämpft gegen das Vergessen und für eine Erinnerungskultur, welche die Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender in der DDR zum Gegenstand hat. Besonders wichtig ist ihr Einsatz gegenüber der jüngeren Generation, die Mauer und SED-Diktatur nicht mehr selbst erleben musste. Die Weitergabe der Erinnerung trägt entscheidend dazu bei, der Verharmlosung und Schönfärberei des Unrechtssystems Einhalt zu gebieten. Auch insofern leistet die UOKG einen überaus wichtigen Beitrag für unsere demokratische Kultur.

Zum 20. Jubiläum danke ich der UOKG und ihren zahlreichen ehrenamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für alles, was sie geleistet haben. Damit verbinde ich den Wunsch, dass die UOKG auch künftig als engagierte, mitunter auch streitbare Stimme vernehmbar und als Ratgeber und Gesprächspartner weiterhin aktiv bleibt.

Klaus Wowereit
Der Regierende Bürgermeister von Berlin



*Klaus Wowereit –
Der Regierende Bürger-
meister von Berlin*

Grußwort von Dr. Anna Kaminsky

Die Opfer der kommunistischen Diktatur in Sowjetischer Besatzungszone und DDR waren jahrzehntelang zum Schweigen verurteilt. Denjenigen, die nach jahrlanger Haft in Lagern und Gefängnissen, nach Zwangsaussiedlungen aus ihren Heimatorten, nach endlosen Schikanen durch Parteivertreter, Ämter und Behörden, nach Zersetzungsmaßnahmen durch die Staatssicherheit und vielen anderen Unrechtserfahrungen mehr, in der DDR verblieben, war es unter Androhung harter Strafen untersagt, über ihr Schicksal zu berichten. Jene, die es geschafft hatten, in den Westen zu flüchten oder von der Bundesrepublik freigekauft worden waren, trafen in den siebziger und achtziger Jahren im



Dr. Anna Kaminsky

Westen Deutschlands auf wenig Interesse und Mitgefühl. Im Entspannungs- und Annäherungsprozess zwischen beiden deutschen Staaten wurden Menschenrechtsverletzungen vor allem hinter verschlossenen Türen angesprochen. Die Opfer der Nachkriegsdiktatur verschwanden mit ihrem Leid und ihren Erfahrungen aus der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Als im Revolutionswinter die ersten Massengräber mit Zigtausenden von Opfern der sowjetischen Nachkriegslager entdeckt wurden, war das Entsetzen groß. In den Wochen und Monaten, die dieser Entdeckung folgten, traten immer mehr Menschen an die Öffentlichkeit, die in der Diktatur wegen ihres Eintretens für demokratische Rechte und Freiheiten, aus Willkür und Schikane oder wegen ihres Wunschs nach einem selbstbestimmten Leben, verfolgt und inhaftiert worden waren. Vielerorts gründeten jene Menschen, denen all dies widerfahren war, Vereine und Gruppen, um sich

endlich über ihre Erfahrungen auszutauschen, Gedenkstätten einzurichten, Grabstätten anzulegen und zu pflegen und sich gegenseitig beizustehen.

So vielfältig die Verfolgung und Unterdrückung in SBZ und DDR war, so vielgestaltig waren die nach 1990 entstandenen Verbände und Vereinigungen.

Auch wenn die letzte DDR-Volkskammer noch beschlossen hatte, die Opfer der SED-Diktatur zu rehabilitieren und zu entschädigen, so war die konkrete Umsetzung dieser Bestrebungen schließlich im vereinten Deutschland für die Betroffenen oftmals schmerzlich. Sie machten wiederum die Erfahrung, dass ihre Leiden und ihr Widerstand wenig bekannt waren und zudem oftmals bagatellisiert wurden. Für viele waren die mit Rehabilitierung und Entschädigung verbundenen Anerkennungs- und Nachweisverfahren erneut mit traumatischen Erfahrungen verbunden. Viele Betroffene hatten den Eindruck, im vereinigten Deutschland noch immer gegen die noch aus der DDR-Propaganda nachwirkenden Lügen und Vorurteile und um gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung ihrer Anliegen kämpfen zu müssen. Dies hat zu vielen Verletzungen, Frustration, Verbitterung und Enttäuschungen geführt.

Seit 1991, als die UOKG von damals sieben Vereinen gegründet wurde, haben sich mittlerweile über 30 Verbände und Organisationen im Dachverband zusammengefunden.

Ihr Anliegen war es, ihren Forderungen nach öffentlicher Anerkennung und einer angemessenen Entschädigung Gehör zu verschaffen. Auch gegen vielfältige Widerstände. Die UOKG hat in all den Jahren versucht, die oftmals auch sehr unterschiedlichen Interessen und Schwerpunktsetzungen ihrer verschiedenartigen Mitglieder Rechnung zu tragen; in nicht immer einfachen demokratischen Abstimmungs- und Verständigungsprozessen. Nicht alle Erwartungen wurden dabei erfüllt, nicht alle Forderungen konnten durchgesetzt werden. Alle Vorsitzenden haben oftmals bis über ihre persönlichen Grenzen hinaus versucht, die Interessen und Anliegen der Verbände, aber auch der einzelnen Opfer und Betroffenen zu vertreten, für Verständnis zu werben und eine Anlaufstelle für alle Probleme und Fragen zu sein. Wenn es die UOKG als Dachverband und ihre einzelnen Verbände nicht gegeben hätte, wäre sicher so manches Gesetzesvorhaben nicht bis zur Entscheidung gelangt, wären viele Opfer weiterhin ohne würdige Gedenkstätte, hätten viele Opfer ihr Schweigen bis heute nicht zu brechen gewagt.

Mehr als zwanzig Jahre nach der Überwindung der SED-Diktatur haben die UOKG und ihre Mitgliedsverbände vieles erreicht. Und dennoch bleibt auch weiterhin viel zu tun. Für ihre andauernden wichtigen Aufgaben wünsche ich der UOKG und ihren Mitgliedern viel Kraft und Erfolg. Wie auch in der Vergangenheit wird die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die UOKG als Dachverband, aber auch die einzelnen Vereine und Verbände tatkräftig unterstützen, um die Erinnerung an die begangenen Verbrechen und das geschehene Unrecht wachzuhalten und den Opfern und ihren Interessen in der Öffentlichkeit Stimme und Gewicht zu geben.

Dr. Anna Kaminsky,
Geschäftsführerin der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Grußwort von Roland Jahn

Zeit heilt alle Wunden. Das wird schnell gesagt in der Hoffnung, dass mit dem Abstand, den die Zeit bringt, die Verletzung, die Trauer, die Leere, das Trauma verschwinden. Zeit heilt alle Wunden. Wirklich? Im letzten Frühjahr habe ich Frauen erlebt, die zu DDR-Zeiten im Gefängnis Hoheneck einsaßen und 30 oder 40 Jahre nach ihrer Haft an diesen Ort zurückkehrten. Sie gingen durch die alten Zellen, standen auf dem Gefängnishof und erinnerten sich an die Schikanen, die Enge, die unmenschlichen Bedingungen und unerbittlichen Wärterinnen. Sie erzählten, dass sie dort wegen eines missglückten Fluchtversuches oder einer Flugblattaktion für Meinungsfreiheit einsaßen, ein Jahr, zwei Jahre, fünf Jahre. Die Wunde, die der Staat DDR und die für ihn handelnden Menschen diesen Frauen zugefügt hatte, wurde auf eine intensive Weise wieder real. Dies habe ich im Verlaufe des Jahres häufig beobachtet: In Neustrelitz, als ein Vater in der ehemaligen U-Haft-Anstalt seinem Sohn die Zelle zeigte, in die er eingesperrt war. In Chemnitz, im nun stillgelegten Gefängnis auf dem Kaßberg, als dort ein ehemaliger Häftling von seiner Verhaftung als 16-Jähriger nach dem Prager Frühling berichtete. Und selbst der Fotograf bei diesem Termin, der nach seiner Haft über den Stasi-Knast Kaßberg in Karl-Marx-Stadt in den 80er Jahren in den Westen freigekauft wurde. Schicksale von Menschen, die sich einen Staat zum Feind machten, weil sie ihr eigenes Leben leben wollten.



Roland Jahn

Die Zeit allein hat nicht einfach die Verletzung geheilt. Aber, und das waren die wichtigsten Momente am Ort des erlebten Unrechts, die Rückkehr war für die Menschen auch ein Schritt nach vorn. Jetzt hatten sie die Kontrolle, waren freiwillig gekommen und konnten jederzeit wieder gehen. Die Frauen tranken ein Glas Sekt auf dem Gefängnishof und verspürten Genugtuung. Der Vater hatte ein Stück seiner Lebensgeschichte mit dem Sohn geteilt. Der Ex-Häftling war gekommen, um den Ort seiner Gefangenschaft als Ort der Begegnung für die nächsten Generationen wachsen zu sehen. Heilung geschieht, weil die Wunden gesehen und die Geschichte anerkannt wird. Wenn schon so selten die Handelnden sich zu ihrer Mitverantwortung am Unrecht bekennen, so sind zumindest die Orte, die zu Gedenkstätten werden, ein wichtiges Zeichen, dass diese Gesellschaft bereit ist anzuerkennen, dass Unrecht geschehen ist. Nicht vergessen, was war, damit es nicht wieder passiert.

Seit 20 Jahren organisiert die UOKG das Gespräch über die Verletzungen der DDR-Diktatur aus der Sicht der Opfer. Das ist nicht immer einfach, aber sehr notwendig. Für die, denen das Unrecht widerfahren ist, aber auch für die, die gar nicht mehr wissen, wie die DDR war und auch für die, die es nicht wissen wollen. Nur wer die Geschichte wirklich kennt, aus allen Perspektiven, kann Lehren ziehen. Dazu leistet die UOKG einen unverzichtbaren Beitrag.

Roland Jahn
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Einleitung

Auf den ersten Blick scheint die Frage nach den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft sehr einfach zu beantworten zu sein: Unsere christlich-abendländische Tradition, geschärft durch die Aufklärung, gereift durch die geschichtlichen Katastrophen des 20. Jahrhunderts, gewachsen durch ein modernes Demokratieverständnis, gebietet, dass wir uns bedingungslos auf die Seite der Opfer stellen. Erlittenes Unrecht ist zu beseitigen, die Folgen der Leiden sind zu lindern, neues Unrecht ist zu verhindern.

Derartige Maximen sind schön anzuhören – zu schön, um sie in der Realität wiederzufinden. Viele Menschen sind resigniert oder gar zynisch und verschließen die Ohren, wenn die Solidarität mit den Opfern in den Sonntagsreden beschworen wird. Sie haben gelernt, dass unter denen, die das Unrecht aufheben können, nur wenige sind, die dies freiwillig und engagiert tun. Unversehens finden sie sich wieder im Gerangel um die knappen finanziellen Ressourcen, um die Deutungshoheit über ihren Status als Opfer, um die juristische Bewertung gerechtfertigter oder nicht gerechtfertigter Ansprüche. Sie stehen in einer Reihe mit anderen Benachteiligten und sind gezwungen, mit ihnen um Zuwendungen oder Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu konkurrieren. Dabei stehen die Opfer unter besonderer Beobachtung. Von Tätern erwartet man nicht, dass sie edel und selbstlos sind – von Opfern schon. Opfer, die unterschiedliche Interessen artikulieren oder sich gar streiten, haben sich in den Augen der Öffentlichkeit schnell selbst diskreditiert. Doch welche Gemeinsamkeiten bestehen zwischen einem linken Bürgerrechtler, der in den 1980er Jahren im Gefängnis saß, und einem 15-jährigen Schüler, den das Spiel mit einer gefundenen Waffe unter Werwolf-Verdacht 1945 in das Speziallager Buchenwald brachte? Was hat eine Frau, deren Neugeborenes während ihrer Haftzeit „verschwand“, gemeinsam mit einem politischen Häftling, der sich mit den Folgen einer „psychiatrischen Behandlung“ auseinandersetzen muss? Sie haben zunächst wenig mehr gemeinsam – so paradox das klingt – als sehr unterschiedliche Erfahrungen mit ein und demselben System, der kommunistischen Gewaltherrschaft.

Aus den unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensläufen resultieren unterschiedliche Bedürfnisse. Es gibt ehemalige Häftlinge, denen nichts weiter am Herzen liegt, als dass „ihr Lager“, „ihr Gefängnis“ nicht in Vergessenheit gerät, dass ihrer Mithäftlinge gedacht wird, ob sie nun noch leben oder dort umgekommen sind. Manche verstehen sich mit allem Recht der Welt als Opfer. Sie kämpfen lebenslang gegen die Folgen ihrer Traumatisierung, müssen jeden Cent zweimal herumdrehen, um Behandlungen und Medikamente bezahlen zu können. Sie brauchen Hilfe und Beratung. Es gibt andere, die ihre Lebensaufgabe darin sehen, die Öffentlichkeit über die Verbrechen aufzuklären, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, damit sich ein solch menschenverachtendes System niemals wiederholen kann. Sie brauchen ein Minimum an finanziellen Zuwendungen, um die Forschung voranzutreiben, ihre Erkenntnisse zu publizieren, Veranstaltungen und Ausstellungen zu organisieren.

Es gibt also gute Gründe, dass sich die Opfer der kommunistischen Herrschaft nicht – wie oft gefordert oder erträumt – in einem einzigen Verband sammeln. Zu unterschiedlich

sind die Erfahrungen, Orte, Lebensläufe, Interessen und Bedürfnisse. Freilich hat die Sammlung der Opfer in kleineren Gruppen von Gleichen einen entscheidenden Nachteil: Der einzelne Verband kann sich in Politik und Öffentlichkeit kaum Gehör verschaffen. Ohne Absprachen entstehen schnell Konkurrenz um die knappen finanziellen Mittel oder Aufmerksamkeit in der Presse. Konzepte und Bewertungen laufen auseinander, Forschungsergebnisse werden nicht weitergegeben, notwendige Arbeiten mehrfach in Angriff genommen.

Die Gründerväter und -mütter der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft wollten die Vorteile beider Konzepte vereinen. Mitglieder mit ähnlichen Erfahrungen und Interessen sollten sich in kleineren Verbänden zusammenfinden können, vertreten gegenüber der Politik durch einen Dachverband, der die Interessen bündelte und unüberhörbar in die Öffentlichkeit trug. Die Pläne gingen sogar so weit, die finanziellen Mittel, die damals noch weitgehend das Bundesministerium des Innern zur Verfügung stellte, einvernehmlich zu planen, aufzuteilen und gemeinsam abzurechnen. Die Mitglieder des neuen Dachverbandes blieben allerdings von einer Erfahrung nicht verschont: Wer versucht, die Vorteile sehr unterschiedlicher Konzepte zu vereinen, der muss auch die Nachteile dieser Konzepte in Kauf nehmen. Als ein solcher Vor- und Nachteil zu gleicher Zeit erwies sich der Grundsatz der UOKG, dass alle seine Mitglieder in allen Bereichen eigenständig blieben. Nun mussten unterschiedliche Interessen, die sonst in der Öffentlichkeit diskutiert worden wären, innerhalb der Gremien des Dachverbandes vermittelt werden. Mancher Streit eskalierte auch – so wird man in der Rückschau sagen müssen – unnötigerweise. Manche Auseinandersetzung schärfte aber auch das Profil der UOKG oder führte zu neuen, demokratischeren Regelungen.

Diese Festschrift wurde aus guten Gründen von einem außenstehenden Autor verfasst. Mit dem Rückblick auf ihre zwanzigjährige Arbeit im Interesse ihrer Mitglieder will die UOKG nicht nur einen Einblick in ihre umfangreiche Arbeit geben. Sie will auch die Hintergründe von Konflikten beleuchten, die manchmal notwendig durchzustehen waren, manchmal aber auch überflüssig und schädlich waren. Sie möchte für die mühsame und oft frustrierende Politik der kleinen Schritte werben, die manche Ungeduld hervorgehoben und doch zu einigen Erfolgen geführt hat. Sie möchte zeigen, dass ihr Grundkonzept, als Dachverband von sehr unterschiedlichen Verbänden und Initiativen, Interessen zu bündeln und zu koordinieren, zu einer mitunter turbulenten, aber lebendigen Vereinsarbeit geführt hat. In diesem Sinne soll die Festschrift eine kritische Würdigung der Arbeit der UOKG sein, die ihr bei der Bewältigung ihrer zukünftigen Aufgaben hilft.

Zum Selbstverständnis der UOKG

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft ist Teil der deutschen Geschichte seit dem 2. Weltkrieg. In ihren Wurzeln und in ihrem Werdegang spiegelt sich der Prozess der deutschen Teilung, die Zeit der Trennung und der Wiedervereinigung. Die Erfahrungen der Menschen, die heute in den mehr als dreißig Mitgliedsverbänden der UOKG vertreten werden, reichen von den ungerechtfertigten Repressionen der sowjetischen Besatzungsmacht über den demokratischen Widerstand in der Ära Stalins bis zur Besetzung der Zentrale der Staatssicherheit am Ende der DDR. Im Gebäude des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Berlin hat der Verein heute seinen Sitz. Er wurde auf einer Zusammenkunft von sieben Verbänden am 19./20. Oktober 1991 gegründet. Die Eintragung in das Vereinsregister wurde am 4. Februar 1992 beantragt, die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt folgte im Sommer 1992, am 24. Februar 1993 wurde die UOKG unter der Nummer 13348 in das Vereinsregister eingetragen.¹

Hunderte von Mitgliedern der vertretenen Verbände sorgen ehrenamtlich mit hohem persönlichen Einsatz dafür, dass

- Opfer der Gewalt rehabilitiert, entschädigt und sozial unterstützt werden,
- Schicksale von Opfern aufgeklärt werden,
- die Gräber von Opfern gefunden und würdig gestaltet werden,
- Stätten der Mahnung und des Gedenkens errichtet und erhalten werden,
- ehemalige Insassen von Lagern und Gefängnissen sich zum Zwecke der Erinnerung und des Gedenkens treffen können,
- die historischen Vorgänge dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden,
- die Erinnerung an die kommunistische Gewaltherrschaft Teil des öffentlichen Gedächtnisses wird und bleibt.

In diesem Sinne vertritt die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft heute, sofern gemeinsame Interessen berührt sind, mehr als dreißig Verbände, die ihre Wurzeln im Osten und im Westen Deutschlands haben, in der Öffentlichkeit, gegenüber der Politik und in der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus.

Die UOKG dient, wenn es sich im Hinblick auf eine gemeinsame Stimme in der Öffentlichkeit als notwendig erweist, dem Austausch über die Arbeit, der Koordination sowie dem Ausgleich unterschiedlicher Ansichten und Interessen der selbständigen Mitgliedsverbände. Aus diesem Grunde ist der Dachverband überparteilich und parteiunabhängig tätig. Mitglied kann jede Körperschaft oder Vereinigung werden, die sich den Zielen des Dachverbandes und rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet weiß. Außerdem können der UOKG verbundene Einzelpersonen Fördermitglieder werden.

Die UOKG wendet sich gegen politischen Extremismus jeglicher Ausprägung und setzt eine solche Grundhaltung auch bei allen Mitgliedsverbänden voraus. Betont wird, dass

Antisemitismus in der aus verschiedensten Verbänden bestehenden Dachorganisation keinen Platz hat. In Kenntnis der komplizierten historischen Umstände bemüht sich die UOKG um ein gutes Verhältnis zu allen Opfern der nationalsozialistischen Diktatur.

Die innere Struktur der UOKG ist sparsam, transparent und demokratisch gestaltet. Mindestens zweimal im Jahr treffen sich die Verbände zur Mitgliederversammlung. Ihr erstattet der fünf- bis siebenköpfige Vorstand regelmäßig Bericht. Die Mitgliederversammlung nutzt jede Zusammenkunft zu einer Auseinandersetzung mit historischen oder aktuellen Themen mit Vortrag und anschließender Diskussion. Alle Mitglieder berichten regelmäßig über ihre Arbeit, so dass ein guter Informationsfluss gewährleistet ist. Die Schlichtungskommission hilft seit 2007, größere Konflikte zwischen den Verbänden oder mit dem Bundesvorstand konstruktiv beizulegen. Seit 2010 sorgen zehn Regionalbeauftragte des Vorstandes für Kontakte zu den Landesregierungen sowie regionalen Institutionen und Initiativen, die mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befasst sind. Regelmäßige Rechnungslegungen gehören von Anfang an zu den erfüllten Pflichten. Trotz sehr umfänglicher Aufgaben werden alle Leitungsfunktionen ehrenamtlich ausgefüllt. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins, sofern ihnen nicht projektbezogene Mittel zur Erfüllung der gemeinnützigen Aufgaben zustehen. Seit 2011 verleiht die UOKG an Mitglieder aus den Vereinen und Initiativen, die sich in besonderer Weise eingesetzt haben, das Goldene Ehrenabzeichen der UOKG. Bisher erhielten es: Wolfgang Becker (VPVDK, Salzgitter), der Ehrenvorsitzende Horst Schüler (Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion), Dr. Klaus Zöllig (Dopingopferhilfe Weinheim), Margot Jann (ehemalige Vorsitzende des Frauenkreis der Hoheneckerinnen), Gerhard Finn (ehemaliger Vorsitzender und Ehrenvorsitzender der UOKG), Roland Bude (ehemaliger Vorsitzender der UOKG), Jure Knezović, Präsident der Internationalen Assoziation der Opfer der Kommunistischen Gewaltherrschaft.

Dem Vorstand der UOKG gehören derzeit (Stand 2012) an:

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner (Theologe; UOKG-Fördermitglied)

1. Stellvertreter: Roland Lange (Rechtsanwalt, Freiheit e.V.)

2. Stellvertreter: Ernst-Otto Schönemann
(Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelte)

Ehrenvorsitzende: Gerhard Finn und Horst Schüler

Weitere Mitglieder
des Vorstandes: Anita Goßler (Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen),
Sybille Krägel (Initiativgruppe NKWD-Lager Tost, Oberschlesien),
Rainer Schneider (Freiheit e.V., Erfurt), Michael M. Schulz
(IEDF, Hamburg; Martin Luther King Memorial Berlin),
Klaus Gronau (CDU-Deputierter, Berlin-Wilmersdorf).

Mitglieder 2012

Zur UOKG gehören derzeit (Stand 2012) 32 Mitgliedsverbände in ganz Deutschland. Die meisten Verbände werden auf der Homepage der UOKG (www.uokg.de) oder eigenen Seiten im Internet ausführlich vorgestellt.

- 1 Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- 2 Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V.
- 3 Bellevue-Gruppe e.V.
- 4 Bund der Vertriebenen e.V.
- 5 Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.
- 6 Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
- 7 DDR-Museum in Pforzheim
- 8 Doping-Opfer-Hilfe e.V.
- 9 Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V.
- 10 Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.
- 11 Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen
- 12 Freiheit e.V. Erfurt
- 13 Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus Berlin
- 14 Initiative verfolgter Schüler und Studenten (Berlin)
- 15 Initiativgruppe Lager X Berlin-Hohenschönhausen
- 16 Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V.
- 17 Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.
- 18 Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.
- 19 Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/Oberschlesien 1945
- 20 Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)
- 21 Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
- 22 Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e.V.
- 23 Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)
- 24 Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion
- 25 Menschenrechtszentrum Cottbus
- 26 OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
- 27 Pro Universitätskirche e.V. Leipzig
- 28 SED-Opferhilfe e.V.
- 29 Stasiopfer-Selbsthilfe e.V.
- 30 Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- 31 Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK)
- 32 VOK Deutschland e.V. – Vereinigung der Opfer des Kommunismus
- 33 Assoziierte: Ehemalige politische Häftlinge in der CDU
- 34 Assoziierte: Ehemalige politische Häftlinge in der SPD

Die historischen Wurzeln

Das heutige Profil der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft ist in den zwanzig Jahren ihrer Arbeit gewachsen. Ihr Selbstverständnis ist ein Ergebnis der Erfahrungen, des Erleidens und der aktiven Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur, die einen Teil Deutschlands über fast ein halbes Jahrhundert geprägt und den anderen Teil Deutschlands nicht unberührt gelassen hat. Es lohnt ein kurzer Blick in die Geschichte, um die Dimension und Vielfalt der Aufgaben zu verstehen, welche die Opferverbände und ihr Dachverband, die UOKG, zu bewältigen haben.

Widerstand und Opfergruppen in der SBZ/DDR

Die Regeln des 2. Weltkrieges hatte das Deutsche Reich diktiert. Er war nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen Waffenträgern, sondern richtete sich bewusst und brutal gegen die Zivilbevölkerung der überfallenen Länder. Er wurde mit dem Ziel geführt, ganze Völker zu versklaven, ihre intellektuellen, wirtschaftlichen und politischen Eliten zu vernichten, ihr Eigentum und ihren „Lebensraum“ zu übernehmen. Das deutsche Herrenmenschentum richtete sich in einem geschichtlich einzigartigen barbarischen Akt gegen die Juden, um ihr Volk in einem gesamtgesellschaftlich organisierten Massenmord zu vernichten.

Es wäre wenig verwunderlich, wenn die gegen Deutschland vereinten Nationen sich angesichts dieses Vernichtungsfeldzuges auf ein gleiches Vorgehen gegen Deutschland geeinigt hätten. Dies geschah trotz erheblicher Kontroversen in den betroffenen Ländern nicht. Die Potsdamer Absprachen der Alliierten vom Juli/August 1945 griffen ausdrücklich auf die Atlantik-Charta vom 12. August 1941 zurück, die vom Präsidenten der USA, Franklin D. Roosevelt und dem Premierminister Großbritanniens, Winston Churchill unter dem Eindruck des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion für ihre Nationen formuliert worden war, und schlossen Deutschland (mit einigen Einschränkungen) in die formulierten Prinzipien ein: „Sie hoffen, dass nach der endgültigen Vernichtung der Nazi-Tyranei ein Frieden geschaffen werde, der allen Völkern erlaubt, innerhalb ihrer Grenzen in vollkommener Sicherheit zu leben, und der es allen Menschen in allen Ländern ermöglicht, ihr Leben frei von Furcht und von Not zu verbringen.“² Die Sowjetunion war am 24. September 1941 zusammen mit dem Interalliierten Rat der Erklärung beigetreten und hatte sich dazu bekannt, „nach besten Kräften mit daran zu arbeiten, sie zu verwirklichen.“

Doch bereits gegenüber den befreiten ostmitteleuropäischen Völkern, gegenüber denen keinerlei Gedanken an Vergeltung angebracht waren, missachtete die Sowjetunion ihre Selbstverpflichtung aus der Atlantik-Charta: „Sie wünschen keinerlei territoriale Veränderungen, die nicht im Einklang mit den in voller Freiheit ausgedrückten Wünschen der betroffenen Völker stehen. Sie achten das Recht aller Völker, sich jene Regierungsform zu geben, unter der sie zu leben wünschen. Die souveränen Rechte und autonomen Regierungen aller Völker, die ihrer durch Gewalt beraubt wurden, sollen wiederhergestellt werden.“

Insofern waren die Praktiken der sowjetischen Besatzungsmacht nicht ausschließlich vom abgestimmten Handeln der Sieger gegenüber dem Besiegten bestimmt, sondern auch von imperialen Motiven der Ausweitung und Sicherung ihres Herrschaftsbereiches. In diesem Sinne finden sich die zwischen Februar und April 1945 von der sowjetischen Armee deportierten deutschen Zivilisten in einer Grauzone zwischen kriegsbedingter Nutzung von Arbeitskräften und herrschaftsbedingten Deportationen von Bevölkerungsteilen, wie sie in der Sowjetunion auch vor Kriegsbeginn vollzogen wurden und unter anderen auch Polen, Ungarn und Slowaken in größeren Dimensionen betrafen. Diese Deportierten, überwiegend Frauen und damals Jugendliche, haben bis heute keine noch so geringe Entschädigung für ihre jahrelangen Leiden erhalten. Diesen Opfern zu helfen, von denen ein Großteil ihr weiteres Leben in größter Not verbringen musste, sieht die UOKG bis heute als ihre zentrale Aufgabe.

Ein Großteil der politisch motivierten Repressionen gegen die ostdeutsche Bevölkerung durch die sowjetische Besatzungsmacht wurde nach Kriegsende unter dem Deckmantel der tatsächlich erfolgten Entnazifizierung verborgen. Während die rechtlichen Grundlagen für Internierungen und Verhaftungen von Deutschen durch die Besatzungsmächte Schritt für Schritt aneinander angeglichen wurden, driftete die Praxis schnell weit auseinander.³ Anweisungen auf sowjetischer Seite, die sich zeitweise nach dem hochdifferenzierten Arrest-Categories-Handbook (auch: AA-Handbook) der Amerikaner richteten, enthielten auf sowjetischer Seite stets zusätzlich globale Ermächtigungen wie etwa die Einrichtung von Haftorten zur „Säuberung des Hinterlandes von feindlichen Elementen“ oder den Zusatz „sonstige feindliche Elemente“. Ob gewollt oder nicht, derartige Formulierungen wurden von den örtlichen Kommandanten oftmals in dem Sinne ausgelegt, dass „Kapitalisten“ oder andere potenzielle Gegner einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu den feindlichen Elementen zu zählen waren. Die Zielrichtung gab ein Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten, Lawrenti Berija, vom 18. April 1945 vor. Festzusetzen waren aktive Nationalsozialisten, Kriegsverbrecher und Angehörige der deutschen Streitkräfte. Aber auch „Angehörige anderer feindlicher Organisationen, Leiter auf Gebiets-, Stadt- und Kreisebene, Bürgermeister, Leiter großer Wirtschafts- und Verwaltungsorganisationen, Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure, Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen und andere feindliche Elemente sind in Internierungslager der GUPWI des NKWD der UdSSR einzuweisen.“⁴

Exzessiv ausgelegt wurde ein Passus in der Kontrollratsdirektive 38 vom Oktober 1946, nach dem Deutsche interniert werden konnten, „welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind.“⁵ Nicht eingehalten wurden dagegen von der sowjetischen Seite die Vorgaben der Proklamation Nr. 3 und des Kontrollratsgesetzes Nr. 4 vom Oktober 1945: „Unverzügliches und öffentliches Gerichtsverfahren, Bekanntgabe von Grundlage und Art der Anklage, Gegenüberstellung mit den Belastungszeugen, gerichtliche Vorladung von Entlastungszeugen und Hinzuziehung eines Verteidigers. Strafen, die gegen das gerechte Maß oder die Menschlichkeit verstoßen und solche, die das Gesetz nicht vorsieht, dürfen nicht verhängt werden.“⁶ Spätestens mit diesen rechtsstaatlichen Bekundungen hätte die Phase relativ

willkürlicher Verhaftungen und Internierungen infolge der Kriegswirren, für die auch in der Rückschau Verständnis aufgebracht werden muss, beendet sein müssen. Diesem selbstgestellten Anspruch wurde die sowjetische Seite nicht einmal im Ansatz gerecht. Kritiker dieses Vorgehens gab es selbst innerhalb der sowjetischen Besatzungsbehörden und im Parteivorstand der SED. So hieß es beispielsweise in einem Schreiben des Leiters der Abteilung Speziallager an den Verantwortlichen in der SMAD, Iwan Serow: „Eine Durchsicht der Registerkontrollakten des nichtverurteilten Kontingentes hat ergeben, dass in allen Akten mit Ausnahme einer Haftbescheinigung oder eines Haftbefehls und bestenfalls eines Vernehmungprotokolls anderes Untersuchungsmaterial fehlt, das die Zugehörigkeit der Inhaftierten zu nazistischen Organisationen und ihre praktische Tätigkeit belegt.“⁷ Als der Chef der sowjetischen Militäradministration von Thüringen, I. Kolesnitschenko, diese Praxis vorsichtig als für das deutsche Rechtsbewusstsein nicht angemessen kritisierte, wurde er seines Postens enthoben.⁸ Ehemalige Mitglieder der SPD forderten im SED-Vorstand im Mai und Juni 1946, wenigstens eine Auskunftsstelle für Verhaftungen durch die SMAD einzurichten. Dem Vorschlag begegnete Walter Ulbricht jedoch mit dem Argument, verhafteten „Faschisten“ gegenüber sei „keinerlei Menschlichkeit“ angebracht.⁹ Damit widersprach er den veröffentlichten Absichten aller Alliierten, selbst „Faschisten“ und Kriegsverbrechern ein rechtsstaatliches Verfahren zu garantieren. In den lokalen Haftorten der sowjetischen Geheimdienste (im Volksmund „GPU-Keller“ oder „NKWD-Keller“ genannt), den Gefängnissen und Speziallagern fanden sich ab 1946 zunehmend Menschen, die – gerechtfertigt oder nicht – in irgendeiner Weise als Gegner bestimmter Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht identifiziert worden waren. Die Verhaftungen betrafen unter anderem: die Gegner der Zwangsvereinigung von KPD und SPD, der Enteignungen, der Bodenreform, der gelenkten Wahlen, der zunehmenden Spaltung Deutschlands und Berlins. Weiterhin wandten sich die Repressionen gegen den demokratischen Widerstand von bürgerlichen, liberalen und christlichen Politikern auf unterschiedlichen Ebenen, an den Universtitäten und Schulen, in den Massenmedien. Zu den Opfern gehörten Juden, die dem Holocaust entkommen waren, wie Erich Nelhans.¹⁰ Verhaftet wurden Kommunisten, die sich gegen eine Stalinisierung ihrer Ideen wandten. Opfer wurden auch Kinder und Jugendliche, denen in der weit überwiegenden Zahl der Fälle vorgeworfen wurde, zur Organisation der Werwölfe zu gehören.¹¹ Bis 1953 wurden Gegner der kommunistischen Ideologie und Herrschaft von Sowjetischen Militärtribunalen zu langjährigen Freiheitsstrafen oder zum Tode verurteilt. Davor wurden sie in den Monaten der so genannten Untersuchungshaft in den Gefängnissen des sowjetischen Geheimdienstes allen nur denkbaren physischen und psychischen Foltern ausgesetzt und zu „Geständnissen“ gezwungen. Danach wurden sie in die Gulag-Strafregionen der Sowjetunion verschleppt. Die Todesurteile wurden im Moskauer Butyrka-Gefängnis vollstreckt, die Leichen verbrannt. Die Asche wurde in Massengräber auf dem Donskoje-Friedhof versenkt. 2003 wurde dort ein Ehrenmal für die erschossenen Frauen und Männer eingeweiht. Bereits in den neunziger Jahren hob die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation die überwiegende Zahl der so gefällten Urteile auf, die Verurteilten wurden rehabilitiert.

Da seit 1946 zunehmend die SED, ihre Geheimapparate in der Partei, in den Zentralverwaltungen und in der Polizei sowie die von der SED kontrollierten Bereiche der Justiz der politischen Verfolgung dienten, verwischten sich in vielen, einzeln zu beurteilenden Fällen die Grenzen zwischen Opfern und Tätern im Übergang von der nationalsozialistischen zur kommunistischen Herrschaft. Mitglieder kommunistischer Splittergruppen, Sozialdemokraten und bürgerliche Politiker zählten mitunter zu den Opfern beider Systeme. Nationalsozialisten dienten nach dem Krieg in Polizei und Geheimapparaten der Verfolgung von Gegnern. In dieser Zeit wurden von den sowjetischen, später auch deutschen Gerichten wegen geringster Widersetzlichkeiten, wie etwa das Kleben von Flugblättern gegen die Wahlen, drakonische Strafen von 25 Jahren Lagerhaft und in vielen Fällen die Todesstrafe ausgesprochen. Viele Menschen verschwanden ohne Gerichtsurteil in Lagern und Gefängnissen. In vielen Fällen wurden sogar Kinder und Jugendliche hingerichtet.

Die 1950er Jahre sind gekennzeichnet von vielfältigen Formen des Widerstandes gegen den Stalinismus, die Ideologisierung und Militarisierung der Gesellschaft, der Opposition gegen die Gleichschaltung und Verweigerung demokratischer Grundrechte sowie die daraus resultierende Vertiefung der Spaltung Deutschlands. Viele Menschen wurden, ohne eine bestimmte politische Überzeugung zu vertreten, Opfer des „Aufbaus des Sozialismus in der DDR“. Sie füllten die Gefängnisse und Haftarbeitslager der Ministerien des Innern und der Staatssicherheit.¹²

Zu den Verfolgten gehörten junge Christen aus den Jungen Gemeinden und Studentengemeinden. Viele wurden wegen ihres Bekenntnisses um ihren beruflichen Weg gebracht. Besonders zu erinnern ist an den Pfarrer der Leipziger Studentengemeinde, Siegfried Schmutzler, der wegen angeblicher „Boykotthetze“ von 1957 bis 1961 in einem DDR-Gefängnis saß. Widerstand ging von den ostdeutschen Universitäten aus. Für ihn steht der „Eisenberger Kreis“, dessen Mitglieder sich bewusst in die Tradition des Kampfes gegen die Diktatur des NS-Regimes stellten. Sie erhielten Haftstrafen von bis zu 15 Jahren. Insgesamt wurden zwischen 1945 und 1962 knapp 1.100 Studenten und Hochschullehrer verhaftet und teils zu hohen Strafen verurteilt.¹³ Unter ihnen befand sich einer der späteren Vorsitzenden der UOKG, Roland Bude, der sein Engagement für demokratische Verhältnisse an der Universität Rostock mit fünf Jahren Lagerhaft in Workuta bezahlen musste. Selbst vor Schülern schreckten die Verfolger nicht zurück. Flugblätter gegen die Art der Volkskammerwahl von 1950 führten bei 19 Oberschülern von Werdau zu Strafen zwischen zwei und 15 Jahren Zuchthaus. Angehörige der Schüler wurden in „Sippenhaft“ genommen.

Viele Menschen, die sich damals in Opposition und Widerstand befanden, wollten mit ihrem Handeln gegen die kommunistische Diktatur zugleich eine weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands verhindern. In diesem Sinne gingen die Motive des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 schnell weit über den Protest gegen unsinnige Normenerhöhungen hinaus. Er wandte sich gegen die Diktatur der SED und die – bis auf das Schlupfloch im geteilten Berlin – bereits weitgehend unüberwindbar gewordene Grenze nach Westen hin.

Nicht zu beziffern sind die Opfer der Zwangskollektivierung und Enteignungen des gewerblichen Mittelstandes. Zu diesem Zweck wurde bevorzugt die Justiz eingesetzt. Die Vorwände waren vielfältig: Sabotage, Spionage.¹⁴ In einer Reihe von Fällen wurde auch gezielt eine Verstrickung in das NS-System genutzt oder auch konstruiert. Als Symbol nur für eine dieser Zwangsmaßnahmen steht die Aktion „Rose“ im Ostseeraum.¹⁵

In das Zentrum der Verfolgung gerieten nach dem XX. Parteitag der sowjetischen kommunistischen Partei (KPdSU) im Januar 1956 vor allem sozialistische Intellektuelle. Der damalige Parteichef Nikita Chruschtschow, hatte den Personenkult um Stalin beendet und eine partielle Liberalisierung in der Sowjetunion eingeleitet, die auch für die DDR größere Freiheiten verheißte. Walter Ulbricht jedoch tat alles, die Öffnung in eine gelenkte Debatte zu kanalisieren. Intellektuelle, die die gesetzten Grenzen überschritten, wurden gemäßregelt und eingesperrt. Zu ihnen gehörte der Philosoph Wolfgang Harich, der einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ unter Zusammenarbeit mit der westdeutschen SPD vorschlug. Zum Anlass der Verfolgung wurden der ungarische Aufstand vom Herbst und die Unruhen in Polen 1956. Prominentes Opfer dieser Verfolgungswelle wurde Robert Havemann, der sich nicht von dem Gedanken einer Demokratisierung des Sozialismus trennen mochte. Allerdings wagten es Ulbricht (und später Honecker) nicht, den bekannten Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus nun in ein kommunistisches Zuchthaus zu sperren.

Ende der 1950er Jahre entstand mit der Verfolgung der Jugendmusikkulturen eine Opfergruppe, die bis heute fast völlig unbeachtet geblieben ist. Jugendliche und junge Erwachsene, die sich durch ein Bekenntnis zum westlichen Rock'n'Roll der Einheitsideologie entzogen und dies öffentlich demonstrierten, wurden kriminalisiert. Viele von ihnen wurden in Gefängnisse, Arbeitslager und Jugendwerkhöfe eingeliefert. Unter dem Vorwand des Jugendschutzes wurden Kinder und Jugendliche, die in irgendeiner Weise ihre Sympathie mit der westlichen Kultur zum Ausdruck gebracht hatten, politisch motivierten Repressionen ausgesetzt.¹⁶ Die Verfolgungswelle gegen die Jugendkulturen nahm nach dem „Beat-Aufstand“ und dem folgenden 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 exzessive Formen an. Hunderte von jungen Menschen verbrachten Jahre ihres Lebens in Jugendwerkhöfen und Arbeitserziehungslagern. Für die meisten von ihnen bedeutete diese Verfolgung das Ende ihres beruflichen Werdeganges und eine gesellschaftliche Randexistenz. Die Verfolgung der Jugendkulturen wiederholte sich noch einmal Anfang der 1980er Jahre, als die Punker ihren fundamentalen Widerspruch zum autoritären System auf die Straßen und Plätze trugen.

Kaum gewürdigt wurde bisher der Widerstand von Schülern gegen die Militarisierung der Jugend. Im September 1961 (also noch vor dem Wehrpflichtgesetz der DDR) protestierten Schüler in Anklam gegen die repressiven Formen der „Werbung“ zur Nationalen Volksarmee. Die meisten der Schüler wurden der Schule verwiesen. Lehrer, Funktionäre und Eltern, die sich nicht in der gewünschten Weise an den Repressionen beteiligten oder für schuldig befunden wurden, den Protest nicht vorbeugend verhindert zu haben, wurden gemäßregelt. Der aufgeführte Vorfall ist nur ein Beispiel unter einer Fülle von

Protesten gegen die Militarisierung der Jugend.¹⁷ Bis weit in die 1970er Jahre hinein waren es immer wieder einzelne christliche Schüler, die gegen die militärische Erziehung aufstanden und dies im Regelfall mit dem Verlust jeglicher beruflicher Karrierechance bezahlten. Beraten und begleitet wurden sie nur von wenigen Menschen, wie dem sächsischen Pfarrer Rudolph Albrecht, der sich bereits Ende der 1960er Jahre aufklärend und mahnend an die Gemeinden wandte.¹⁸ Er wies ausdrücklich darauf hin, dass die militärische Erziehung der Jugend nicht der Verteidigung, sondern der innenpolitischen Disziplinierung diene. Bis zum Ende der DDR haben vor allem christliche junge Männer gegen die Militarisierung der DDR protestiert, indem sie den Wehrdienst verweigerten und dafür in der Regel zwei Jahre Haft in Kauf nahmen. Einen Zivildienst gab es in der DDR nicht. Wer als Bausoldat wenigstens der Ausbildung an Waffen aus dem Wege ging, verzichtete damit auch auf die Möglichkeit eines Studiums. Wer als Student oder Lehrling die vormilitärische Ausbildung verweigerte, wurde seit Anfang der 1970er Jahre exmatrikuliert bzw. entlassen.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den Besuch Martin-Luther Kings in Berlin im September 1964. King predigte auf Einladung des damaligen Generalsuperintendenten der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Gerhard Schmitt, in zwei Ostberliner Kirchen vor tausenden Menschen. Die Tradition des gewaltlosen Widerstandes prägte in den folgenden Jahren den politischen Widerstand der kirchlichen Gruppen und sprang von dort auf die Friedliche Revolution über.

Langfristige Folgen hatte die Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahr 1968. Zwar gelang es der Staatsmacht durch den Einsatz von Justiz und Staatssicherheit, das Schweigen im Lande wieder herzustellen, doch die Hoffnung auf Demokratie ließ sich nicht auf Dauer unterdrücken. Robert Havemann verabschiedete sich von der Hoffnung auf Reformen von oben und forderte die Freiheit der Rede, die Freiheit der Information, die Freiheit der Wahl des Aufenthaltsortes, des Arbeitsplatzes und der Arbeit sowie die Freiheit der Bildung von Vereinigungen, Organisationen und Parteien. Bernd Eisenfeld bezahlte die Verteilung von Flugblättern gegen den Einmarsch in die Tschechoslowakei mit Gefängnis und – nach seiner Ausreise in den Westen – mit der Trennung von seinen Geschwistern über anderthalb Jahrzehnte.¹⁹

Die Hoffnungen erhielten neue Nahrung durch die Protestbewegung polnischer Intellektueller, die in die Gewerkschaftsbewegung Solidarność mündete, und die Forderungen von Charta 77 in Prag. Die wachsende innere Unzufriedenheit im Ostblock zwang die Herrschenden bei den Verhandlungen in Helsinki 1975 zu Zugeständnissen in Bezug auf die Menschen- und Bürgerrechte. Aufkeimende Hoffnungen erstickte die SED-Führung sehr schnell im darauffolgenden Jahr: die Ausweisung des Liedermachers Wolf Biermann signalisierte, wie die SED in Zukunft mit Menschen umzugehen gedachte, die sich frei äußern wollten. Die öffentliche Selbstverbrennung des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz setzte trotz einer unerträglichen Diffamierungskampagne durch die SED-Presse ein langfristig wirksames Signal. Jeder der eben genannten Anlässe des Aufbegehrens hatte neue Repressionen zur Folge, die Menschen in Gefängnisse oder um ihre berufliche Existenz brachten.

Ein anscheinend unbedeutendes Ereignis wurde zum Ausgangspunkt der Friedensbewegung in der DDR, die in den 1980er Jahren über die Umweltbewegung in eine Bürgerrechtsbewegung mündete: Naumburger Theologiestudenten protestierten mit einem offenen Brief, den sie an alle Studentengemeinden der DDR sandten, gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichtes an den allgemeinbildenden Schulen im Jahr 1978.²⁰ Diese Bewegung wusste wenig oder nichts über den frühen Widerstand in der DDR. Sie profitierte aber indirekt von ihm. So hart Verfolgung, Bespitzelung, Gefängnis, mitunter auch Psychiatrisierung für den Einzelnen in den 1970er und 1980er Jahren waren – die SED-Führung wagte es nicht mehr, die Repressionen im Umfang und der Härte der 1940er und 1950er Jahre zu wiederholen. Die DDR war in den 1980er Jahren zunehmend abhängig vom finanziellen und politischen Wohlwollen des Westens und fürchtete eine „negative Presse“ im Westen. Deutlich wird dies an der Zions-Krise vom Winter 1987/1988, in deren Verlauf Erich Honecker Bürgerrechtler, die er zuvor als Staatsfeinde behandelt hatte, in den Westen entließ und ihnen die Möglichkeit der Rückkehr in die DDR versprach. Das Echo in der westlichen Presse sowie Proteste aus Politik und Öffentlichkeit erzwangen nachweisbar ein Umsteuern Honeckers.²¹

Die Solidarität aus dem Westen mit Opfern und Bürgerrechtlern ist bis heute fast nicht gewürdigt worden. Sie ist auch deshalb weitgehend unbekannt geblieben, weil die damaligen Akteure oft besser beraten waren, ihrer Unterstützung keine allzu große Publizität zu geben. Diejenigen Menschen im Westen, die sich für die Opfer Stalins, Ulbrichts und Honeckers, für die Oppositionellen und Bürgerrechtler in vielfältigen Formen einsetzten, gehören zu den historischen Wurzeln der UOKG. Ihnen ist der folgende Abschnitt gewidmet.

Solidarität des Westens

Die Solidarität mit den frühen Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft, die im Westen geübt wurde, ist auch heute noch schwer zu beschreiben. Vieles geschah unter konspirativen Bedingungen. Die Akteure hinterließen also möglichst keine schriftlichen Zeugnisse. Oft gerieten ihre Aktionen in das Zwielicht von Propaganda und Gegenpropaganda im Kalten Krieg. Phasenweise witterten westliche Geheimdienste hier die Chance, an Informationen über den Ostblock heranzukommen. Die Staatssicherheit entsandte Agenten, die die Arbeit ausspionieren und zersetzen sollten. Eine Reihe von Protagonisten bezahlte ihre Unterstützung mit dem Leben oder mit langen Haftstrafen in kommunistischen Lagern oder Gefängnissen. Später wurde mancher von ihnen als „unverbesserlicher Kalter Krieger“ oder „Revanchist“ verleumdet oder der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates beschuldigt und seine moralische Integrität öffentlich in Zweifel gezogen. Manche Akteure im Westen mussten erfahren (und bis heute damit leben), dass ihr Engagement gegen die SED-Diktatur in der DDR Opfer forderte. Die westliche Politik unterstützte manches, solange es ihr nützlich schien – und stellte die Unterstützer ins Abseits, wenn die politische Großwetterlage es erforderlich machte. Östliche Politiker verbanden ihre Versprechen, gute Beziehungen mit dem Westen herzustellen, oftmals mit der Forderung, dass der Westen seine Solidari-

tät mit den Opfern im Osten einschränkte oder aufgab. Die permanente Forderung nach der Schließung der „Erfassungsstelle in Salzgitter“ ist dafür ein gutes Beispiel.

So ist in der Summe bis heute kaum abzuschätzen, was das mitunter lebenslange Engagement der wenigen Menschen bewirkt hat, die sich aus dem Westen heraus für verschiedene Opfergruppen in der DDR eingesetzt haben. Ihre Leistungen wurden bis heute kaum gewürdigt. Im historischen Bewusstsein sind sie nicht präsent. Ohne sie ist aber die Geschichte der heutigen Opferverbände nicht zu verstehen.

Politisch motivierte Repressionen in der Sowjetischen Besatzungszone sind im Westen bereits früh bemerkt und öffentlich gemacht worden. Eine besondere Rolle spielte dabei die geteilte Stadt Berlin. Hier prallten die unterschiedlichen Wirklichkeiten unmittelbar aufeinander. Hier war es leichter als anderswo, die westliche Presse mit Informationen zu versorgen. Schon deshalb waren die offenen Sektorengrenzen den Ostberliner Machthabern ein Dorn im Auge. Zumeist waren es einzelne Personen, die unter hoher Gefährdung ihres Lebens auf Repressionen, Verschleppungen und Verhaftungen aufmerksam machten. Zu ihnen gehörte der spätere Hamburger Journalist und einer der Vorsitzenden der UOKG, Horst Schüler. Zu beachten ist bei einer heutigen rückblickenden Bewertung der damaligen politischen Akteure, dass derartige Enthüllungen von der westlichen Öffentlichkeit oft in den Kontext von Propaganda und Konterpropaganda gerückt und damit in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt wurden. Zudem erweckte die sowjetische Besatzungsmacht stets den Anschein, dass sie in Übereinstimmung mit den alliierten Absprachen handelte. Sie behauptete dies auch – wider besseres Wissen – gegenüber den anderen Besatzungsmächten: „Die Internierung von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis im Lager erfolgte nach einer sorgfältigen Untersuchung und Überprüfung der Unterlagen durch ein Gericht, das durch Beschluss die Dauer des Lageraufenthaltes festlegte.“²²

Im Westen Berlins, wo das „Verschwinden“ von Personen am deutlichsten wahrgenommen wurde, nahm sich die Presse einzelner, spektakulärer Fälle an. Abgeordnete der Berliner Stadtverordnetenversammlung wiesen immer wieder auf die Praktiken im Ostsektor der Stadt hin. Eine wichtige Rolle spielten hier anfangs die Ostbüros der SPD, CDU und des DGB. Letztlich wurde die Frage nach den im Ostsektor der Stadt Verschleppten zum Anlass für die Spaltung der Berliner Polizei. Im April 1948 stimmte die Berliner Stadtverordnetenversammlung einem Dringlichkeitsantrag zu, Nachforschungen über den Verbleib des Neuköllner SPD-Funktionärs Hans Hartwig anzustellen, der „von ausländischen Personen mit Unterstützung deutscher Polizeiangehöriger“ verhaftet worden war. In diesem Zusammenhang bezifferte Franz Neumann (SPD) die Zahl von Personen, die seit 1945 unter ähnlichen Umständen verschwunden seien, auf etwa 7.000. Dem bereits unter sowjetischer Ägide eingesetzten Polizeipräsidenten Paul Markgraf sprach die Stadtverordnetenversammlung Anfang 1948 mit der Mehrheit von SPD, CDU und LPD das Misstrauen aus und forderte eine disziplinarische Untersuchung, ob leitende Polizeiangehörige ihrer Sorgfaltspflicht bei der Suche nach den Vermissten nachgekommen seien. Markgraf weigerte sich, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat Auskunft über seine Aktivitäten zu geben. Daraufhin erklärte der Magistrat Markgraf für

abgesetzt. Dieser residierte weiter in Ostberlin, während der Westen Johannes Stumm als Polizeipräsidenten einsetzte. In diesem Zusammenhang veröffentlichte die amerikanische Militärregierung die Namen von mehr als 2.000 Personen, von denen angenommen werden musste, dass sie in sowjetische Lager verbracht worden waren. Auf dem Parteitag der SPD 1950 in Hamburg verlas Herbert Wehner einen Freilassungsappell von 6.000 ehemaligen Häftlingen aus Buchenwald.²³

Die offensichtliche Erfolglosigkeit der zweifellos vorhandenen Bemühungen besonders der amerikanischen Besatzungsmacht und vieler deutscher Politiker sowie auch Teilen der westlichen Presse führte im gleichen Jahr zur Gründung einer privaten Initiative um Rainer Hildebrandt, die sich zur Aufgabe stellte, systematisch Informationen über Menschen zusammenzutragen, die nach 1945 als Gegner der sowjetischen Besatzungsmacht oder des kommunistischen Regimes verhaftet worden waren: die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Mit der Führung der Kartei der Häftlinge aus der SBZ/DDR war über viele Jahre der spätere Vorsitzende der UOKG, Gerhard Finn, betraut. Diese Sammlung von Informationen bedeutete einen nicht unerheblichen Schutz für die Inhaftierten. Im Laufe der Zeit wurde die KgU freilich auch in Aktionsformen hineingezogen, die zu neuen Verhaftungen und Verurteilungen in der DDR führten. Die Kompliziertheit der Situation kommt am besten zum Ausdruck in dem Titel des Buches von Gerhard Finn über die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit: „Nichtstun ist Mord“.²⁴ Gerhard Finn ist der Autor des ersten Buches, das 1960 umfassend die Situation der politischen Häftlinge in der DDR schilderte.²⁵ Zu würdigen ist in diesem Zusammenhang die unermüdliche Forschungs- und Veröffentlichungstätigkeit von Karl-Wilhelm Fricke, dessen Bücher seit 1960 bis heute sachlich und unbestechlich über die politische Verfolgung in der DDR informieren.

Zu unersetzlichen Informationsquellen wurden westliche Radio-Sender wie RIAS und SFB. Ihr Empfang war in der DDR nicht umsonst bis Mitte der 1960er Jahre mit schweren Strafen bedroht.

Die Rückkehrer aus den sowjetischen Speziallagern und politischen Gefangenen wurden seit 1950 von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) betreut. Der Verein informierte die westliche Öffentlichkeit über die politische Verfolgung unter dem kommunistischen Regime und half ehemaligen Häftlingen dabei, in der Bundesrepublik Fuß zu fassen. Er war beteiligt am Zustandekommen von Gesetzen zur Hilfe für diese Opfergruppe und arbeitete eng mit der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge zusammen, die oftmals eine Starthilfe für die Opfer oder ihre Angehörigen bereitstellen konnte. Beide Organisationen sind heute noch unterstützend und helfend tätig.

Seit August 1964 entließ die SED-Führung gegen finanzielle „Vergütung“ politische Häftlinge in die Bundesrepublik. Zu den ersten „Freigekauften“ gehörten Verurteilte aus dem Umfeld der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, der Vereinigung Freiheitlicher Juristen und des Ostbüros der SPD.²⁶ Später kamen weitere politische Gefangene – unter ihnen Wehrdienstverweigerer – hinzu. Das Verdienst dieser oft diskreditierten „Geschäfte“ kann man erst ermessen, nachdem die Wirklichkeit in den Gefängnissen der DDR

bekannt geworden ist. Insgesamt sind auf diese Weise über 33.000 politische Häftlinge in die Bundesrepublik freigekommen.

Breiter waren die Möglichkeiten der Unterstützung aus dem Westen für die Friedens- und Bürgerbewegung vom Ende der 1970er Jahre bis zur Friedlichen Revolution. In Ostberlin waren westliche Journalisten akkreditiert, die sich trotz aller Beschränkungen selbst ein Bild von der Situation machen konnten und mitunter um der Veröffentlichung von Unrecht willen ihre Ausweisung in Kauf nahmen. So kam es, dass im Dezember 1975 der Spiegel über Zwangsadoptionen in der DDR berichten konnte. Der aus der DDR gewaltsam ausgewiesene Bürgerrechtler Roland Jahn baute vielfältige Beziehungen zur westlichen Presse auf und wurde mit Informationen aus der DDR auf konspirativem Wege versorgt. Journalisten und einzelne Diplomaten brachten Schreibmaschinen und Bücher in die DDR. Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit der DDR-Bürgerrechtsbewegung waren zweifellos die in Ost und West illegalen Sendungen von Radio „Glasnost“ von Westberlin aus, die später vom Radio-Sender 100,6 übernommen wurden. Je schwieriger die wirtschaftliche Lage in der DDR und damit ihre Abhängigkeit vom Wohlwollen des Westens wurde, desto mehr fürchteten die DDR-Oberen die Öffentlichkeit des Westens. Zur Jahreswende 1987/1988 trug die westliche Solidarität mit den Bürgerrechtlern während der „Zions-Krise“ dazu bei, dass ausgewiesene „Staatsfeinde“ unter dem Protest der unteren SED-Funktionäre in den Westen entlassen werden mussten und das Versprechen erhielten, zurückkehren zu dürfen. Dieser Sieg wurde damals freilich von einigen Bürgerrechtlern als Niederlage interpretiert.

Von unschätzbare Bedeutung für den friedlichen Verlauf der Krise vom Sommer 1989, der Umwälzungen des Herbstes und den Aufbau erster demokratischer Strukturen war die Berichterstattung in den Massenmedien des Westen. Sie transportierten Nachrichten über die Proteste gegen das Massaker auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens, informierten über die Lage der Flüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaften und an der ungarischen Grenze. Ihre Berichterstattung wurde zum beschleunigenden Faktor für eine offene Presse in der DDR.

Während der Friedlichen Revolution

Die Frage nach den Opfern der kommunistischen Herrschaft trat mit der Friedlichen Revolution von 1989/1990 auf die Agenda. Die Auseinandersetzung um die Offenlegung oder Instrumentalisierung der historischen Wahrheit bestimmte seit Oktober 1989 die politischen Umwälzungen mit. Der SED lag an einer Begrenzung und Kanalisierung der Opferdebatte. Für sie hing ihr politisches Leben davon ab. Opferverbände, welche die Öffentlichkeit aufrütteln konnten, gab es zu dieser Zeit noch nicht. Erst allmählich – und sehr zögerlich – formierten sich hier neue Kräfte. Die Auswirkungen dieses Ungleichgewichtes reichen über den Einigungsvertrag bis in die heutige Zeit.

Der erste Akteur innerhalb der Friedlichen Revolution in der DDR, der das Thema „Rehabilitation“ auf die Tagesordnung setzte, war die SED selbst. Stärkere Kurswechsel der kommunistischen Parteien waren regelmäßig mit Parteistrafen bzw. ihrer Rücknahme

gegenüber früher Gemaßregelten verbunden. Daher leiteten die Forderungen aus verschiedenen Gruppierungen, in die die SED seit Oktober 1989 zunehmend zerfiel, nach innerparteilichen Rehabilitierungen eine offene Auseinandersetzung um die zukünftige Ausrichtung der SED ein. Dabei ging es weniger um Inhalte als um Symbole, die einen Neuanfang aus eigener Kraft plausibel machen konnten. Unisono griffen alle Gruppierungen innerhalb der SED zunächst auf diejenigen gemaßregelten SED-Mitglieder zurück, die mit dem „Tauwetter“ unter Chruschtschow 1956 und in den folgenden Jahren die Illusion verbunden hatten, es würden größere Freiheiten im Sozialismus zugestanden. Unabhängig davon, dass es eine Reihe von Akteuren innerhalb der SED möglicherweise durchaus ernst damit meinte, zu den Ansätzen eines „unorthodoxen Marxismus“ jener Zeit zurückzukehren, trug die Berichterstattung in den Zeitungen bereits alle Kennzeichen einer gewollten Kanalisierung der zukünftigen Debatte über die Opfer. Die Zeitungen der DDR berichteten in sentimental aufgemachten Artikeln über eine Lesung von Texten Walter Jankas im Deutschen Theater. Die Schriftstellerin Christa Wolf verordnete einem imaginären „Wir“ Reue und Scham, die nur durch „Selbstbefragung und Selbstkritik eines jeden einzelnen“ zu beheben war.²⁷ Sie nahm damit die gesamte DDR-Bevölkerung in Mithaftung für die Verbrechen der Diktatur. Ziel der Kampagne war, die Ära Stalins als Deformation des Sozialismus erscheinen zu lassen, die überwunden werden müsse, um dem Sozialismus die ihm gebührende Perspektive zu eröffnen. Wie Pressemeldungen aus jener Zeit zu entnehmen ist, ersetzten oftmals Konzerte und Lesungen die Suche nach der historischen Wahrheit und sollten möglicherweise auch den Protest auf der Straße beruhigen. So schloss das „Sonderkonzert für die Opfer der stalinistischen Verfolgung in der DDR“ pathetisch – inhaltlich jedoch nichtssagend – mit dem Schlusschor aus Beethovens 9. Sinfonie.²⁸

Die internen Schwierigkeiten der SED mit der historischen Wahrheit belegt eine kleine Pressemeldung der Berliner Zeitung vom 2. November 1989 über das „Gedenken an Opfer der Repression unter Stalin“ in Katyn durch Vertreter der polnischen und sowjetischen Öffentlichkeit. Die Zeitung wagte lediglich anzudeuten, dass die Legende von den Hinrichtungen polnischer Offiziere durch deutsche Truppen auch in der Sowjetunion bereits in Zweifel gezogen wurde. Die Täter wurden nicht genannt. Es hieß lediglich, an der Aufklärung dieser Verbrechen arbeite gegenwärtig eine Kommission von Vertretern beider Länder.²⁹

Mitte November 1989 ergriff das Ministerium der Justiz die Initiative, um seinen Einfluss zu sichern. Staatssekretär Wittenbeck informierte das Neue Deutschland über das Vorhaben, Richter und Schöffen nicht mehr über die unsicher gewordenen Mehrheiten in den Volksvertretungen wählen, sondern auf Lebenszeit vom Justizminister berufen zu lassen.³⁰ Damit hätte der personelle Bestand der bis dahin von der SED abhängigen Richter für viele Jahre gesichert werden können. Dieses angestrebte Gesetz trat freilich so nicht in Kraft.³¹ Ein zweites Vorhaben betraf ein Rehabilitierungsgesetz, mit dessen Hilfe eine begrenzte Zahl an Fällen von Unrechtsurteilen überprüft werden konnte. Als Präzedenzfall galt Walter Janka, dem zweifellos Unrecht zugefügt worden war. Gleichzeitig wurde allerdings an dem Gesetzesvorhaben auch deutlich, dass es für wenige, prominente Fälle

gedacht war, die bereits viele Jahre zurück lagen.³² Fast zeitgleich wurde vorgeschlagen, ein Parteigremium der SED zu bilden, das SED-Mitglieder rehabilitierte, gegen die Parteistrafen ausgesprochen worden waren. Mit einer solchen Maßnahme hoffte man, die Parteibasis der SED beruhigen zu können.³³ An die Opfer außerhalb der SED dachte zu diesem Zeitpunkt keiner der Funktionäre.

Als der Zerfall der SED-Führung Ende November nicht mehr aufzuhalten war, bereitete der Vorsitzende der Parteikontrollkommission, Werner Eberlein, hastig und fast im Alleingang die Rehabilitation von 150 Genossen der SED vor, unter ihnen Walter Janka, Robert Havemann und Lex Ende.³⁴ Deutlich ist die strategische Ausrichtung dieser Art von „Wiedergutmachung“: Walter Janka symbolisierte die Opfer des „Tauwetters“, Robert Havemann die Unterdrückung demokratischer kommunistischer Vorstellungen, Lex Ende die Schauprozesse in der späten Stalin-Ära. Der mitunter auch genannte Rudolph Herrstadt stand für eine Gegnerschaft zu Ulbricht Anfang der 1950er Jahre.³⁵ Dass Herrstadt als SED-Funktionär nicht nur Opfer, sondern auch Täter war, blieb unerwähnt. Politische Verurteilungen in der Sowjetischen Besatzungszone zu Lagerhaft in der Sowjetunion gab es nach dieser Lesart nicht. Der Gulag wurde erstmals am Beispiel des Kommunisten Helmut Damerius thematisiert, der zwar bis 1956 in Lagerhaft gesessen hatte, aber bereits 1938 verurteilt worden war.³⁶

Die angebliche historische Aufarbeitung in der Presse konzentrierte sich auf den Stalinismus in der Sowjetunion. Das Neue Deutschland kündigte Anfang Dezember 1989 an, dass demnächst „alle namentlich nachweisbaren deutschen Opfer des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion“ dokumentiert würden. Gemeint waren allerdings auch hier die Opfer in den 1930er Jahren, also vor allem Kommunisten, die in dieser Zeit des Nationalsozialismus in die Sowjetunion geflohen und dann Opfer Stalins geworden waren.³⁷ In diesem Sinne veröffentlichte das Neue Deutschland in der gleichen Ausgabe eine ganze Seite, in der ausschließlich die Opfer des kommunistischen Exils in der Sowjetunion thematisiert wurden.³⁸ Zeitweise wurde auch die Debatte allein auf die Person Stalins eingeeengt. Ähnlich wie 1956 wurde die These verbreitet, mit der offenen Kritik an Stalin wären die Übel des Sozialismus überwunden.³⁹ Auch an dem Versprechen, Gesetzesverletzungen von einzelnen SED-Funktionären zu ahnden, wird deutlich, dass eine Debatte über die politischen Strukturen vermieden werden sollte. Damit wurden Rehabilitation und Wiedergutmachung zu einer persönlichen, privaten Auseinandersetzung zwischen einzelnen „korrupten“ oder „machtbesessenen“ SED-Funktionären und ihren Opfern.⁴⁰ Zur Personalisierung gehörte auch, dass hochrangige Funktionäre publikumswirksam aus der SED ausgeschlossen wurden. Dies geschah wiederum in vielen Fällen per Beschluss und ohne ordentliches Verfahren.

Nach einer Serie von Zeitungsartikeln wurde am 21. November 1989 der Aufbruch in ein neues Zeitalter des Sozialismus für unumkehrbar erklärt: „Jahrzehnte der Verdrängung sind endgültig vorbei.“⁴¹ Zugleich begann wieder die Rechtfertigung des Stalinismus. Für den Übergang zum Sozialismus sei zeitweise eine Diktatur nötig gewesen. Die Gefahr, dass in einer solchen Diktatur korrupte und machtbesessene Funktionäre an die Spitze

gelangen könnten, sei – leider – unterschätzt worden und müsse nun nach einer krisenhaften Entwicklung korrigiert werden.⁴² Damit wurden die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gewissermaßen zu einem unglücklicherweise nicht vermiedenen Betriebsunfall erklärt. Die meisten von ihnen, so wurde von Professor Wimmer erläutert, seien im Übrigen in den Jahren zwischen 1955 und 1959 bereits rehabilitiert worden, so dass hier kein übermäßiger Handlungsbedarf bestünde.⁴³ Die Fragen der Rehabilitation – so wurde weiterhin suggeriert – war sowieso eine Sache der innerparteilichen Erneuerung der SED.

Auf dem bis heute als Beginn des Reformprozesses verstandenen SED-Sonderparteitag verkündete Gregor Gysi am 8. Dezember 1989 im Namen des Arbeitsausschusses den „vollständigen Bruch mit dem stalinistischen System.“ Über die Opfer verlor er kein einziges Wort: „Das Bild, das sich uns bisher bot, war einerseits erschreckend, erschreckender als angenommen, andererseits auch beruhigender, so dass wirklich kein Grund zur Selbsterfleischung besteht.“⁴⁴

Nur am Rande entstanden im Dezember 1989 bereits umfassendere Ideen, wie etwa zur Einrichtung eines Dokumentationszentrums „Gegen das Vergessen“, das systematisch alle Fälle sammeln sollte, wo Menschen in der DDR „zu Unrecht politisch verurteilt, inhaftiert, gemaßregelt und gedemütigt wurden.“ Verbotene, unterdrückte oder vergessene künstlerische Arbeiten sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.⁴⁵ Dieser Vorschlag fand keinen Eingang in die Selbsterneuerung der SED. Im Neuen Deutschland erörterte Günter Möschner vorwiegend die Rehabilitationen von Mitgliedern von KPD und SED. Die restlichen Inhaftierten und politisch Verurteilten erwähnte er nur in einem Halbsatz als „andere Bürger“, die von „Organen der DDR“ verurteilt worden waren. Aber auch den inhaftierten SED-Genossen wurde er kaum gerecht. Er erweckte den Anschein, als sei für die überwiegende Zahl der inhaftierten Genossen mit ihrer Entlassung aus der Haft und formalen Rehabilitation genügend Recht geschehen. Umworben von ihren Genossen hätten sie sich nach ihrer Rückkehr aus den Lagern beim weiteren Aufbau des Sozialismus in der DDR engagiert.⁴⁶ Im Klartext bedeutete diese Beschreibung: Die SED kümmerte sich während der Friedlichen Revolution ausschließlich um die Rehabilitation ihrer eigenen Mitglieder. Alle anderen Opfer ihrer Repressionen wurden nicht thematisiert.

In einem umfangreichen Grundsatzartikel wiederholte Michael Schumann am 18. Dezember 1989 diese Ansichten. Immerhin wurden aus taktischen Gründen nun auch die Sozialdemokraten als eigene Opfergruppe anerkannt. Weitere Opfer wurden als Mitglieder und Funktionäre „anderer Parteien und Organisationen“ als „tragische Einzelschicksale“ summarisch erwähnt.⁴⁷ In einer Vielzahl von weiteren Artikeln wurde das Thema „Stalin“ ohne Erwähnung der Opfer variiert.⁴⁸

Die politischen Gefangenen in der DDR, soweit es sich nicht um sogenannte „Zuführungen“ und Verhaftungen handelte, wurden bis Dezember 1989 nicht zum öffentlichen Thema der Friedlichen Revolution. Die Haftstätten der Staatssicherheit gerieten nur insofern in den Blick der revolutionären Öffentlichkeit, als sie Machtzentralen waren, die es unter Kontrolle zu bringen galt. Es mag regionale Ausnahmen gegeben haben,

die jedoch noch nicht allgemein bekannt sind. Doch insgesamt wurden die Opfer noch nicht thematisiert. So besuchte Margitta Hinze von der Initiative für Frieden und Menschenrechte am 8. Dezember die Haftanstalt in Hohenschönhausen. Die Kirchenzeitung berichtete darüber mit einer für Revolutionszeiten ungewöhnlichen Verspätung erst in ihrer Ausgabe vom 24. Dezember.⁴⁹

Anfang Dezember begannen Streiks und Protestaktionen in den Gefängnissen der DDR. Erst sie sorgten dafür, dass die Öffentlichkeit aufmerksam wurde auf die menschenunwürdigen Zustände in diesen Einrichtungen. Zum Jahreswechsel 1989/90 begannen die ersten Initiativen zugunsten der Opfer der kommunistischen Herrschaft ihre Arbeit, wobei die formale Gründung oft erst Monate später erfolgte.

Mitte Dezember 1989 nahm Renate Hofmeister, die Ehefrau eines Pfarrers in Berlin-Hohenschönhausen, Kontakt mit dem Kurt-Schumacher-Kreis im Westen Berlins auf. Nach ihrer Erinnerung entstand dort der Plan, ein „Hohenschönhausen-Komitee“ zu gründen. Ein entsprechender Aufruf wurde in ganz Berlin verbreitet. Das Komitee sollte die Geschichte der Haftstätten in Hohenschönhausen untersuchen und veröffentlichen. Allerdings wurde das Ehepaar für seinen Kontakt zum Schumacher-Kreis von der Ostberliner Sozialdemokratischen Partei (SDP) kritisiert. Er sei zu weit rechts orientiert und könnte die Haftstätte zu einer Kampagne für die eigenen Ziele ausnutzen. Hofmeister riet daraufhin von einer Unterstützung des Aufrufes ab. Der Runde Tisch des Stadtbezirkes Berlin-Hohenschönhausen sollte nun den Auftrag erhalten, eine Mahn- und Gedenkstätte einzurichten.⁵⁰ Weitere Initiativen von Gruppen und Parteien in dieser Zeit bezogen sich vorrangig auf die Übereignung von Gebäuden und Ausrüstungen des MfS in Hohenschönhausen sowie die Situation der inzwischen prominenten Häftlinge Erich Mielke, Günter Mittag, Werner Krolikowski, Gerald Götting, Harry Tisch, Willi Stoph, Günter Kleiber und Karlheinz Martini.

Nachdem Ulrike Poppe Mitte Dezember 1989 erstmals im Auftrag des Zentralen Runden Tisches die Haftstätte Hohenschönhausen aufgesucht hatte, versuchte die Gruppe um Pfarrer Hofmeister Anfang Januar 1990 vergeblich, das Untersuchungsgefängnis des MfS in Augenschein zu nehmen. Dies gelang erst am 26. Januar.⁵¹ Das Neue Deutschland berichtete darüber einige Tage später und wies den Gedanken einer Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus zurück. Ausdrücklich wurde der Kellertrakt als seit zwanzig Jahren unbenutzt deklariert.⁵²

Die Rekonstruktion der damaligen Vorgänge macht den immensen Aufwand deutlich, den die abdankenden Machthaber betrieben, um die Deutungshoheit über die Bewertung der SED-Diktatur zu behalten. Die sich formierenden Gegenbewegungen hatten Mühe, die Öffentlichkeit zu erreichen. Ende Dezember 1989 kam erstmalig die spätere Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf zusammen. Unterstützt vom Runde Tisch Fürstenwalde bereitete das Ehepaar Marschhausen eine Gedenkveranstaltung für die Toten und überlebenden Häftlinge des Lagers für den 8. Mai 1990 vor. Dies ist wohl die erste Initiative, die sich ausdrücklich den frühen Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft in der SBZ und frühen DDR zuwandte.⁵³

Nach dem Mauerfall entstanden auch erste Kontakte zwischen den Opfern der kommunistischen Herrschaft in Ost und West. Erste Gelder zur Gründung von Initiativen flossen unbürokratisch von West nach Ost. Gerhard Finn suchte systematisch die Orte der ehemaligen Speziallager auf und ermutigte zur Gründung von lokalen Initiativen.

Am 6. Januar 1990 gründete sich in Leipzig der Bund der Stalinistisch Verfolgten, der in den folgenden Jahren zum größten Opfer-Verband in den Neuen Bundesländern werden sollte. Er gehörte lange Zeit zu den Mitgliedern der UOKG und war an der Gründung des Dachverbandes beteiligt.

In dieser Zeit wurde auch erstmals deutlich, dass der Umgang der DDR mit ihren politischen Häftlingen ein gesamtdeutsches Problem werden würde. Die Konflikte mit den aktuellen Häftlingen wurden durch eine Amnestie vorübergehend entschärft. Allerdings blieben 250 politische Gefangene bis kurz vor Weihnachten in Haft. In einem Brief an Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher forderten ehemalige DDR-Häftlinge eine „materielle Entschädigung für die zu Unrecht erlittene Haft“ und eine Bestrafung der für die Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen.⁵⁴ Die Hoffnungen der ehemaligen Häftlinge richteten sich auf den Rechtsstaat in der Bundesrepublik. Die Betroffenen wussten allerdings nicht, dass die Ämter in der Bundesrepublik durchaus eigene, teils auch eigenwillige Vorstellungen darüber entwickelt hatten, welche Art Widerstand in der DDR eine Haftentschädigung wert war. Rund ein Viertel der Anträge auf Eingliederungshilfe war in den Jahren zwischen 1985 und 1988 mit der Begründung abgelehnt worden, unüberlegte oder übertriebene Aktionen müsse der Häftling selbst verantworten.⁵⁵

Um die Jahreswende 1989/1990 wurde deutlich, dass es eigener Initiativen bedurfte, um den Opfern der kommunistischen Herrschaft Gehör zu verschaffen. Die Tageszeitungen orientierten sich noch weitgehend an ihrem ehemaligen „Leitorgan“, dem Neuen Deutschland oder übernahmen ungeprüft Meldungen von der Allgemeinen Deutschen Nachrichtenagentur der DDR (ADN). Auch das DDR-Fernsehen, so offen es sich im Spätherbst 1989 gab, weigerte sich, bestimmte Nachrichten an die Öffentlichkeit zu transportieren. Dies berichteten Anfang Dezember ehemalige politische Häftlinge über „Elf 99“, das durchaus einen „revolutionsfreundlichen Ruf“ genoss.⁵⁶ Die westdeutschen Massenmedien wandten sich primär der Staatssicherheit und ihren Tarnfirmen zu.⁵⁷ Im Februar 1990 ließ die Regierung Modrow auf Vorschlag des Runden Tisches unbeachtet von der Öffentlichkeit in Ost und West die Magnetplattenspeicher des MfS-Rechenzentrums vernichten. Bekannt wurde ein Drei-Stufen-Plan der Vernichtung sämtlicher Unterlagen des MfS.⁵⁸ Damit wäre ein großer Teil von Häftlingen und anderen Opfern um einen Nachweis ihrer Verfolgung gebracht worden.

Die Zeit der letzten DDR-Regierung

Mit freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 endete die Friedliche Revolution in der DDR. Es begann die ebenso turbulente Zeit des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft und der Sichtung der Hinterlassenschaften der SED-Diktatur. Im Sommer

1990 konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Medien auf die Staatssicherheit. Die zutage geförderten Fakten überforderten die Gesellschaft bei weitem. Allein im Stadtbezirk Berlin-Hohenschönhausen waren beispielsweise 350 Objekte der Staatssicherheit zu sichern.⁵⁹ Gleichzeitig waren ehemalige Systemträger aktiv damit beschäftigt, in der neuen Zeit Fuß zu fassen. Dies gelang ihnen teilweise in hohem Maße. Noch unter der Regierung Modrow waren aus dem ehemaligen MfS und anderen Staatsbetrieben heraus private Firmen gegründet und subventioniert worden. Noch monatelang wurden in den neuen demokratischen Institutionen ehemalige IM der Staatssicherheit enttarnt, die sich in die „neue Zeit“ hatten retten wollen.⁶⁰ Die teilweise spektakulären Enthüllungen über die Staatssicherheit waren sicherlich nötig. Die Konzentration auf dieses Themenfeld ermöglichte es allerdings auch der PDS, in die neuen demokratischen Strukturen einzuwandern. Die Fülle der Ereignisse, aber auch absichtsvolle politische Strategien verhinderten in dieser Zeit, dass sich das Interesse den Opfern der kommunistischen Herrschaft in der SBZ und DDR zuwandte.

Im März 1990 begannen die Juristen aus der DDR, sich auf die kommende deutsche Einheit vorzubereiten. Sie empfahlen sich mit einer doppelten Argumentation: Einerseits beriefen sie sich darauf, geltendes Recht angewandt zu haben, wofür sie letztendlich nicht haftbar gemacht werden könnten. Zum anderen wiesen sie darauf hin, dass in der Bundesrepublik Juristen aus der NS-Zeit weiter tätig gewesen seien, ohne dass dem Rechtsstaat daraus ein Schaden erwachsen sei. Überdies waren die schlimmsten Vorschriften des DDR-Strafrechtes bereits während der Modrow-Regierung außer Kraft gesetzt worden.⁶¹ Insofern stünde ihrer Weiterbeschäftigung im vereinigten Deutschland nichts im Wege. Dieser wenig beachtete Vorgang führte dazu, dass Opfer aus der DDR noch heute in Sorge sein müssen, einem Juristen mit entsprechender DDR-Vergangenheit ausgeliefert zu sein.

Im März berichteten einige westdeutsche Zeitungen über die Zustände in den DDR-Gefängnissen, den militärischen Drill, die Terrorisierung von Gefangenen und die Arbeitsbedingungen.⁶² Hingewiesen wurde auch darauf, dass die Häftlinge noch dort im März 1990 unter gesundheitsschädigenden Bedingungen arbeiteten, wo selbst Arbeiter eine Beschäftigung ablehnten, die allerlei Missstände zu ertragen gewohnt waren.⁶³ Die öffentliche Diskussion war zu dieser Zeit dominiert von den verschiedenen Wegen zur deutschen Einheit, Risiken und Chancen der Währungsunion sowie der Angst vor Sozialabbau. Dennoch ging das Thema nicht ganz unter.

Ende März 1990 berichtete die taz erstmalig über das sowjetische Internierungslager in Berlin-Hohenschönhausen und seine weitere Funktion für die Staatssicherheit der DDR. Sie sprach von 200.000 Internierten in den elf Lagern, die in der SBZ und frühen DDR bestanden hatten. Das Neue Forum hatte sich bisher vergeblich bemüht, in Hohenschönhausen eine Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus zu errichten.⁶⁴ Walter Süß berichtete wenige Tage später über die Massengräber im Mühlenholz bei Neubrandenburg, in die 6.500 Tote des Lagers Fünfeichen verscharrt worden waren. Er vermutete, dass etwa 80.000 Menschen dem „Gulag-System auf deutschem Boden“ zum Opfer gefallen waren

und benannte erstmals eine Opfergruppe, die größtenteils unschuldig in die Lager gebracht wurde: die angeblichen Werwölfe. Neuere Forschungen (2012) gehen davon aus, dass mindestens 10.000 Jugendliche in der SBZ unter „Werwolf-Verdacht“ verhaftet und interniert wurden. Als Prinzip galt weitgehend: „Wer festgenommen wurde, war schuldig. [...] Er wurde vernommen, bis er gestanden hat und damit war er überführt.“⁶⁵ In Ketschendorf wurden etwa 1.700 dieser Jugendlichen interniert.⁶⁶ Keiner von ihnen erhielt ein Gerichtsverfahren. Die Hälfte von ihnen kam im Lager zu Tode. Süß wies darauf hin, dass nach sowjetischer Lesart die „bürgerliche Elite“ zum Klassenfeind zählte und folgerichtig der Feindbegriff auf ihre Vertreter ausgeweitet wurde. Sie wurden als „möglicherweise gefährliche Deutsche“ scheinbar in Übereinstimmung mit den alliierten Absprachen in Lager verbracht.⁶⁷ In dieser Zeit gründete sich formell die Initiativegruppe Buchenwald, aus der der erste Vorsitzende der UOKG, Lothar Brauer, kam. Das Bautzen-Komitee und die Initiativegruppe Ketschendorf (offizielle Gründung) wurden ebenfalls 1990 gegründet.

Erstmals über die Lager berichtete der Spiegel im April 1990. Informiert hatte die Initiativegruppe Ketschendorf. Der Ort der Massengräber war in der Bevölkerung seit langem bekannt gewesen. Nun erbrachten Freiwillige der Nationalen Volksarmee den öffentlichen Beweis ihrer Existenz. Erstmals wurde nun auch in der Öffentlichkeit wieder über Hunderttausende an Betroffenen und Zehntausende an Toten gesprochen.⁶⁸

Je näher die deutsche Einheit kam, desto mehr rückten nun die Interessen der westdeutschen Politik in den Vordergrund. Mit Erschrecken und Empörung nahmen Opfer und Betroffene zur Kenntnis, dass die Regierungskoalition in der Bundesrepublik erste Überlegungen über eine Amnestie für ganze Gruppen von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit anstellte. Zu diesem Zweck wurde eigens der Begriff der „spaltungsbedingten Vergehen“ erfunden, zu denen – je nach Lesart – auch die „zigtausend kleinen Stasi-Mitarbeiter“ gehören sollten. Damit sollte einerseits die politische Klasse im Westen vor unliebsamen Enthüllungen geschützt und andererseits im Osten der innergesellschaftliche Friede bewahrt werden.⁶⁹ Die Enthüllungen durch ehemalige Mitarbeiter des MfS schienen damals tatsächlich unkalkulierbar. Eine der letzten Handlungen der Regierung Modrow bestand darin, die MfS-Mitarbeiter von ihrer Schweigepflicht zu entbinden. Nun drohten einige unter ihnen, ihr Wissen öffentlichkeitswirksam an die Presse zu verkaufen.⁷⁰ Bereits kurz nach den Wahlen in der DDR zur Volkskammer wurden von Bundeskanzler Kohl und Innenminister Schäuble erste Gedanken zu einer großzügigen Amnestie für Mitarbeiter der Staatssicherheit geäußert.⁷¹ Diese Idee blieb jedoch in der Regierungskoalition umstritten. Immerhin zu vermuten ist ein Zusammenhang mit den nächsten gesamtdeutschen Wahlen, bei denen die CDU durch eine solche Entscheidung auch ehemaligen DDR-Funktionären in den Repressionsapparaten plötzlich wählbar erscheinen konnte.

Im Gegenzug dazu einigten sich Innenpolitiker aus der Bundesrepublik und der DDR darauf, eine „mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestattete Aufklärungsbehörde unter internationaler Leitung“ zu schaffen, welche die Verbrechen von SED und MfS aufklä-

ren sollte. Beide sollten zu „verbrecherischen Organisationen“ erklärt werden.⁷² Die tatsächliche Entwicklung lief allerdings in eine gegensätzliche Richtung. Die Auflösung der Staatssicherheit zog DDR-Innenminister Michael Diestel in einer solchen Weise an sich, dass sie von außen nicht mehr zu durchschauen oder gar zu kontrollieren war. Die Volkskammer richtete daraufhin einen Sonderausschuss zur Kontrolle der Auflösung des MfS unter Leitung von Joachim Gauck ein.⁷³ Doch nun wollten Bürger sicher gehen, dass die Auflösung der Staatssicherheit transparent und zügig vonstattenging. Am 4. August 1990 teilt der Morgen die Gründung der „Antistalinistischen Aktion Berlin Normannenstraße“ mit. Am 24. August 1990 verabschiedet die Volkskammer ein Gesetz über die politische, historische und rechtliche Aufarbeitung des MfS und dessen Akten.⁷⁴

Mit dem deutschen Einigungsvertrag vom 31. August 1990 waren die Unterlagen des MfS zunächst gesperrt und konnten nur für wenige, unaufschiebbare Fälle eingesehen werden. Eine allgemeine Akteneinsicht der bespitzelten Bürger war nicht vorgesehen.⁷⁵ Am 4. September 1990 besetzten 21 Bürgerrechtler die Räume der MfS-Zentrale in Berlin und forderten, das Gesetz vom 24.8. zum Bestandteil des Einigungsvertrages zu erklären. Eine von dem damaligen Innenminister Diestel befohlene Räumung durch die Polizei wurde durch Intervention der Volkskammerpräsidentin Bergmann-Pohl verhindert. Die Bürgerrechtler erhielten Unterstützung durch den Abgeordneten der Volkskammer Wolfgang Ullmann.⁷⁶ Wegen der anhaltenden Kritik an Innenminister Diestel wurde dieser am 14. September 1990 von der Auflösung der Staatssicherheit entbunden. Am 18. September wurde zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR vereinbart, ein gesamtdeutsches Gesetz zu erlassen, das eine umfassende Aufarbeitung der Hinterlas-



Plakat am ehemaligen Hauptgebäude des MfS in der Ruschestraße, dem Sitz mehrerer Verbände (um 2001).

senschaft des MfS ermöglichte.⁷⁷ Damit war der politische Weg für die spätere „Gauck-Behörde“ (BStU) und das dazugehörige „Stasi-Unterlagen-Gesetz“ (StUG) geebnet. Deutlich wurde jedoch, dass derartige Dinge nicht im Selbstlauf geregelt wurden. Immer wieder bedurfte es der massiven Intervention der Opfer und der ehemaligen Bürgerrechtler.

Zum Erbe der letzten und demokratisch gewählten Volkskammer gehört das Rehabilitierungsgesetz (RehaG) vom 6. September 1990. Sinn dieses Gesetzes war es vor allem, den Opfern der Diktatur eine weitgehende politische und moralische Rehabilitierung zukommen zu lassen.⁷⁸ Rehabilitiert werden sollten alle Personen, die wegen ihrer Inanspruchnahme von Grundrechten politisch verfolgt worden waren, wenn sie

- „politischen Widerspruch in Wort und Schrift, durch friedliche Demonstrationen oder Zusammenschlüsse erhoben haben,
- gewaltlosen Widerstand geleistet haben,
- mit friedlichen Mitteln Einfluss auf die Genehmigung einer Ausreise aus der DDR genommen haben oder
- Kontakt zu Dienststellen, Organisationen und Personen außerhalb des Gebietes der DDR aufgenommen haben, ohne [...] Spionage- oder Agententätigkeit auszuüben.“

Mit der Bundesregierung war am 18. September 1990 eine Vereinbarung getroffen worden, dass dieses Gesetz der Intention nach in die gesamtdeutsche Rechtsprechung übernommen würde. Das Gesetz war freilich unbewusst eher auf die Bedürfnisse der Bürgerrechtsbewegung der 1980er Jahre ausgerichtet und blendete ganze Fallgruppen aus. Es musste also noch einmal überprüft und neu gefasst werden. Doch der Erlass des neuen Gesetzes ließ auf sich warten.

Im Herbst 1990 begann eine „Schlussstrich-Debatte“, die befürchten ließ, dass die Opfer des SED-Regimes überhaupt nicht mehr zu ihrem Recht kommen würden. Begründet wurde dieser Ruf nach einem „Schlussstrich“ mit der Sorge um den innenpolitischen Frieden in den ostdeutschen Bundesländern. Schmerzlich war für viele Opfer, dass auch Menschen in diesen Ruf einstimmten, die zu DDR-Zeiten auf Seiten der Opfer gestanden hatten, wie etwa der Bischof der Ostregion der berlin-brandenburgischen Kirche, Gottfried Forck.⁷⁹

Nach der Wiedervereinigung

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung verkürzte sich die Debatte über die vielfältigen Anforderungen der Aufarbeitung in den Medien – und teils auch in der Politik – auf einige plakative Alternativen: „Vergelten oder vergessen“, „Rache oder Versöhnung“, „Vernichtung der Akten oder Verlust des inneren Friedens“. In vielen Artikeln und Fernsehsendungen gerieten die Opfer unter der Hand in den Verdacht, das Hinüberwachsen der DDR-Gesellschaft in die neue Demokratie zu stören, indem sie „das Alte nicht ruhen lassen wollten“. Opfer, die sich an die Öffentlichkeit wandten, wurden nun oftmals mit dem heuchlerischen Vorwurf konfrontiert, nicht vergeben und nicht vergessen zu können. Dies war für viele eine schmerzliche Erfahrung, die teilweise zu einer gewissen Radikalisierung und teilweise zu Resignation führte.

Seit dem Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 galt nun in ganz Deutschland überwiegend ein einheitliches Recht. Für die Opfer des SED-Unrechtes galten zunächst die Regelungen des Einigungsvertrages. Darin waren die Vertragspartner übereingekommen, „unverzüglich“ eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, „daß alle Personen rehabilitiert werden können, die Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder sonst einer rechtsstaats- und verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung geworden sind.“ Die Rehabilitation sei mit einer angemessenen Entschädigungsregelung zu verbinden.⁸⁰ Bis dahin erfolgte eine Entschädigung für eine ungerechtfertigte Strafverfolgung nach den in der DDR geltenden Vorschriften (Neue Bundesländer) oder nach dem Häftlingshilfegesetz (Alte Bundesländer). Politische Häftlinge aus der DDR wurden damit für die erlittenen Leiden mit einem Taschengeld abgespeist. Das Häftlingshilfegesetz sah zudem ausschließlich eine Entschädigung für Menschen vor, die aus politischen Gründen verurteilt oder in eine psychiatrische Anstalt zwangseingewiesen wurden. Der Spiegel urteilte im Januar 1991 sarkastisch, aber zutreffend: „Tausende von Regimekritikern, SED-Gegnern, Geächteten und Widerständlern, die von Erich Honeckers Staat und Stasi auf subtilere Weise fertiggemacht wurden, hat das geeinte Deutschland mit einem Fußtritt empfangen – sie haben keinen Anspruch auf Wiedergutmachung.“⁸¹ Hoffen konnten sie ausschließlich darauf, dass sie gewissermaßen auf dem „Gnadenwege“ eine Zuwendung der Stiftung für die politischen Häftlinge erhielten. Einen Rechtsanspruch auf materielle Entschädigung oder wenigstens Linderung der Folgen hatten sie nicht.

Dieses Unrecht wurde in der Politik durchaus erkannt. Besonders engagiert haben sich allerdings, so die bis heute gültige Erfahrung, immer die jeweiligen Oppositionsparteien. Die jeweiligen Regierungsparteien blieben – mit Ausnahme weniger Politiker – immer sehr zögerlich. Immerhin war die Bereinigung des Unrechtes stets mit finanziellen Zusagen verbunden. So lag Ende Oktober 1990 der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages ein Entschließungsantrag vor, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, verwaltungsrechtliche Entscheidungen und berufliche Benachteiligungen in die Gesetze zur Rehabilitation „Andersdenkender in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone und DDR“ aufzunehmen.⁸²

Im Dezember 1990 rechneten Experten mit Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe, wenn sie auf die Forderungen nach Rehabilitierungen und Entschädigungen eingingen. Dem finanziellen „Argument“ stellten sich nur wenige Politiker entgegen. Unter ihnen waren Arnold Vaatz (CDU), damals Chef der sächsischen Staatskanzlei, und Herta Däubler-Gmelin, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages, die Entschädigungsleistungen analog zu den NS-Opfern vorschlug.⁸³

Angesichts dessen, dass die Politik bei geplanten Entschädigungen nach der billigsten Variante suchte und die Medien sich auf wenige spektakuläre Enthüllungstexte beschränkten, verbreitete sich unter den Betroffenen eine Stimmung, die der Spiegel im Januar 1991 auf den Punkt brachte: „Gestern Opfer, heute Opfer“.⁸⁴ Es gab aber auch Menschen, die dafür stimmten, selbst für die eigenen Rechte als ehemalige Opfer ein-

zustehen. Den Opfern blieb nichts übrig, als sich selbst zu organisieren und ihre Forderungen an die Politik heranzutragen. Auf offene Ohren stießen sie nur bei wenigen Politikern. Im Sommer 1991 stellte der Spiegel fest, dass die Situation der Opfer sich nicht geändert hatte: „Ein zweites Mal betrogen“.⁸⁵

Demgegenüber stand die Idee, die bisher gegründeten Opferverbände zusammenzufassen und Neugründungen zu befördern, damit die Stimme der Betroffenen nicht mehr so leicht überhört werden konnte. Einen Ansatz dazu bot der Bund der Stalinistisch Verfolgten (BSV) mit seinen Strukturen in Ländern und sogar Landkreisen, die Allianz der kommunistisch Verfolgten als Versuch einer ersten übergreifenden Strukturbildung und schließlich auch die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), die begann, ihre Strukturen in die östlichen, neuen Bundesländer auszuweiten. Dies geschah, wie die weitere Geschichte zeigt, nicht ohne innere Konflikte.⁸⁶ Sie führte zur Gründung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, deren Geschichte im Folgenden beschrieben wird.

Aus der Geschichte der UOKG

Die folgenden Schilderungen können die Geschichte der UOKG nicht vollständig wiedergeben. Zwangsläufig ausgeblendet bleibt der Hauptteil der Arbeit: die alltägliche Verwaltung, Buchhaltung, Korrespondenz und Koordination, die zum großen Teil ehrenamtlich oder weit über die vereinbarten Honorare hinaus geleistet worden ist. Besonders ist hinzuweisen auf die jährliche Entwicklung, Durchführung und Abrechnung von Projekten sowie die jährlichen Rechnungsprüfungen. Auf diese Arbeiten im Hintergrund, die das eigentliche Rückgrat jedes Vereins, jeder Institution bilden, blickt der Historiker in der Regel nur dann, wenn erhebliche Schwierigkeiten zu verzeichnen sind. In den laufenden Darstellungen werden sie selten genannt. Da um der Kürze der Darstellung willen auch in diesem Fall so verfahren werden muss, sollen die Mitarbeiter der UOKG, die diese Arbeit über Jahre hinweg aufopferungsvoll geleistet haben, am Anfang ausdrücklich gewürdigt werden.

Auch diejenigen Aktivitäten der Mitgliedsverbände, welche die UOKG nur begleitet oder gefördert hat, können hier nicht in den Blick genommen werden. Dazu wäre die umfangreiche Tätigkeit von fast vierzig Mitgliedsverbänden zu erforschen, zu gewichten und zu berücksichtigen, die im Laufe der Jahre zur UOKG zählten oder heute zählen. Die Protokolle der Mitgliederversammlungen enthalten unzählige solcher Hinweise, welche die Gesamtarbeit der Initiativen, Vereine und ihres Dachverbandes widerspiegeln. Allein die Zitate aus den Protokollen, die Auskunft über die Aktivitäten der Mitgliederverbände geben, würden 250 Druckseiten füllen. Eine solche Beschreibung aller Opferverbände, ihrer Leistungen und vielleicht auch Versäumnisse bleibt einer umfangreicheren Untersuchung vorbehalten, die vielleicht in späteren Jahren einmal entstehen wird.

Nur hingewiesen werden kann in diesem Zusammenhang auch auf die vielfältigen Aktionen, Veranstaltungen, Beiträge auf Veranstaltungen und Kongressen anderer Institutionen sowie die Presseerklärungen der UOKG zu politisch bedeutsamen Ereignissen. Sie sind seit dem Jahr 2004 auf der Website der UOKG zugänglich. Ein eigenes Kapitel wäre auch die Geschichte der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus e.V., der die UOKG personell und organisatorisch eng verbunden ist.

Insofern bleibt diese Geschichte unvollständig. Sie soll in einem weiteren Kapitel ergänzt werden um die wichtigsten Projekte und Themenfelder, die sich nicht streng chronologisch schildern lassen.

Am 19. Oktober 1991 trafen sich in Berlin-Zehlendorf im Haus der Zukunft erstmals sieben Opferverbände, um die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft zu gründen. Die Absicht der Gründung ging zurück auf eine Zusammenkunft von Vertretern der Opfer, für die Gerhard Finn im Herbst 1990 nach Königswinter eingeladen hatte. Finn hatte in den ostdeutschen Zeitungen nach ersten Berichten über politische Häftlinge recherchiert, umgehend ehemalige Gefangene der Speziallager besucht und ihnen erste Unterstützung zugesagt. Erste Gelder und Sachspenden für die Initiativen

ehemaliger Häftlinge kamen aus dem noch existierenden Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, in dem der spätere Vorsitzende der UOKG, Roland Bude, als Abteilungsleiter tätig war und in dieser Zeit manche bürokratische Hürde zu nehmen wusste.

Die Gründung eines solchen Dachverbandes war angesichts der immer wieder aufflackernden „Schlussstrich-Debatte“ und der zögerlichen Umsetzung gesetzlicher Vorhaben zur Rehabilitation und Entschädigung der Opfer dringend nötig, zwischen den Verbänden jedoch nicht unumstritten.⁸⁷ Manche Initiative war auch ausschließlich mit ihren eigenen, dringenden Themen beschäftigt. Es bestanden zunächst unterschiedliche Ansichten über die zu vertretenden Opfergruppen. Zwischenzeitlich waren auch erste Verbände entstanden, die sich selbst als Dachverbände verstanden (Allianz der Opferverbände des kommunistischen Terrors, auch der in Landesverbänden organisierte Bund der Stalinistisch Verfolgten). Der Bundesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), die in unbestritten verdienstvoller Weise in der Bundesrepublik seit 1950 politische Häftlinge betreut hatte, spottete in der „Freiheitsglocke“ nicht ganz ohne Grund: „Nun lacht ganz Deutschland über die ehemaligen politischen Häftlinge. Hoch lebe die deutsche Vereinsmeierei und ihr jüngstes Kind, der Dachverband der Dachverbände der Opferverbände!“⁸⁸ Dennoch konnte man die Gründung auch von einer positiveren Seite sehen: Die erste, recht chaotisch verlaufende Phase musste möglichst schnell überwunden werden. Die VOS nahm nach mehreren Briefwechseln nicht an der Gründung der UOKG teil. Damit fehlte der wichtigste und renommierteste Verband, welcher der UOKG von Anfang an größeres Gewicht hätte verleihen können. Beide Verbände versuchten in der Folgezeit aber immer wieder, ihre Differenzen auszuräumen und arbeiteten in den Regionen oder bei konkreten Projekten oftmals problemlos miteinander. Angesichts einer merkwürdigen Übereinstimmung der Mehrheiten in Ost und West, lieber Frieden mit den ehemaligen Tätern zu schließen als den Opfern Gerechtigkeit zukommen zu lassen, blieb das Echo auf die Presseerklärung des neugegründeten Dachverbandes überaus dürftig.⁸⁹ Es war ein schwieriger Start.

Bestimmte interne Schwierigkeiten ließen sich leichter überbrücken. Die beteiligten Verbände wollten mehrheitlich ihre nach der Friedlichen Revolution von 1989/90 errungene Freiheit und Selbständigkeit nicht einmal durch ein organisatorisches Dach einschränken lassen. Dieser „Eigensinn“ wird erklärlich, wenn man bedenkt, dass die ehemaligen Häftlinge oft jahrzehntelang hatten schweigen müssen. Sie hatten sich zusammen mit vielen anderen Menschen in der DDR ihr Rederecht unter großen Gefahren erstritten und wollten es auch nicht dem Anschein einer Bevormundung opfern. So hieß es in der ersten Satzung ausdrücklich: „Zweck der Union ist die Koordinierung und Unterstützung der ihr angeschlossenen demokratischen Opferverbände, die ihre Eigenständigkeit behalten bei Aufklärung, Aufarbeitung, Bewältigung kommunistischer Gewaltherrschaft und Wachhalten der Lehren aus der Geschichte.“⁹⁰ Diese gewollt schwache Position des Dachverbandes hatte freilich auch Konflikte unter den Verbänden zur Folge, dann nämlich, wenn der Vorstand schnell auf politische Entwicklungen reagieren wollte und eine Stellungnahme herausgab, ohne sie mit der zunehmenden Zahl der Mitglieder

abzustimmen. In einer Aktennotiz hieß es deshalb einschränkend: „Union vertritt die Verbände nach außen nur gegenüber dem BMI [Bundesministerium des Inneren], es sei denn, es besteht ein konkreter Vertretungsauftrag.“ Die Union habe keinerlei regionale Zuständigkeiten.⁹¹ Aber diese Einschränkungen waren in den vielfältigen Gesprächen, die der Vorstand zu führen hatte, nicht einzuhalten.

An der Gründungsversammlung am 19. und 20. Oktober 1991 nahmen teil: der Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge Berlin (Horst Engelbrecht), die Initiativgruppe Buchenwald (Lothar Brauer), das Bautzen-Komitee (Uwe Hörenz), die Initiativgruppe Ketschendorf (Waltraut Marschhausen), der Arbeitskreis ehemaliger politischer Verfolgter der SBZ/DDR (Georg Eckardt), die Allianz der Opferverbände des kommunistischen Terrors (Harald Strunz) und als Gast die Gemeindeinitiative Jamlitz (Burkhard Teichert). Nicht alle Mitgliedsverbände waren bereits als Vereine eingetragen oder hatten vor, sich registrieren zu lassen. Vieles musste in dieser ersten Zeit improvisiert werden. Es waren zunächst nicht einmal Gelder für Porto und Reisekosten vorhanden. Zu den ersten inhaltlichen Beschlüssen gehörte eine kritische Stellungnahme zum Entwurf des 1. Unrechtsbereinigungsgesetzes. Zum ersten Vorsitzenden der UOKG wurde einmütig Lothar Brauer von der Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 bestimmt, der jedoch alsbald seinen Platz an Roland Bude abtrat, weil er selbst nicht Häftling gewesen war. Stellvertreter wurde Harald Strunz, der damals noch die Allianz der Opferverbände vertrat. Amtierender Geschäftsführer war Uwe Hörenz vom Bautzen-Komitee.⁹²

Im Zentrum des Interesses der UOKG standen zu dieser Zeit vor allem die Opfer der SBZ und frühen DDR. Die Satzung bestimmte deshalb als vorrangige Aufgaben der UOKG und ihrer Mitglieder:

- die Feststellung und Sicherung von Massengräbern mit namenlos verscharrten Opfern,
- die Errichtung, Gestaltung und Pflege würdiger Stätten der Mahnung und des Gedenkens,
- die Schicksalsklärung von Opfern, deren Angehörige keinerlei Mitteilung erhielten,
- die Rehabilitierung, Entschädigung und soziale Sicherstellung von Opfern und Hinterbliebenen,
- die Forschung nach Tätern, die unter Missbrauch ihrer Stellung an Häftlingen schuldig wurden,
- die Erstellung von Dokumentationen und Publikationen.

Als Logo des Vereins dachte man ursprünglich an ein vergittertes Zellenfenster in verschiedenen Variationen. Daraus entwickelte sich schließlich ein stilisiertes Kreuz aus Stacheldraht, in das die vier Buchstaben „UOKG“ eingefügt waren.

Für die zweite Sitzung im Dezember 1991 sind zusätzlich die Gemeindeinitiative Jamlitz, die Initiativgruppe Mühlberg und der Bund Stalinistisch Verfolgter als anwesend registriert, ohne dass sie formal als neue Mitglieder aufgenommen wurden.⁹³ Damit zählten sich neun der zwanzig angeschriebenen Vereinigungen zur UOKG. Sie planten für das Jahr 1992 eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, teils in der Regie der UOKG, teils in

Verantwortung der regionalen Initiativen. Ergänzt werden sollte die Öffentlichkeitsarbeit durch die regelmäßige Herausgabe eines Informationsblattes und erste Broschüren, die über die Speziallager aufklärten („Halbe mahnt“, Erlebnisberichte aus der Sammlung des Bautzen-Komitees und „Buchenwald 1937 bis 1950“ mit Gerhard Finn als Autor). In Zusammenfassung der alten Karteien über die politischen Häftlinge und neuen Erkenntnisse plante die UOKG den Aufbau einer zentralen Opfer-Datenbank, die Recherchen nach ehemaligen Häftlingen wesentlich vereinfachen konnte. Die Fülle der ersten Aufgaben wird deutlich an den Orten, in denen Suchgrabungen nach Massengräbern und die Errichtung von Gedenkstätten geplant waren: Bautzen, Buchenwald, Frankfurt/Oder, Hoheneck, Halle/Saale, Berlin-Hohenschönhausen, Jamlitz, Fünfeichen, Ketschendorf, Luckau, Mühlberg, Pankow, Sachsenhausen, Torgau, Waldheim, Weesow. Bewältigt werden konnten diese Aufgaben nur von Verbänden, die unmittelbar vor Ort arbeiteten und die lokalen Besonderheiten kannten. Hier erwies sich die dezentrale Konzeption als unübersehbarer Vorteil.

In einer ersten Zusammenstellung von Projekten wurden für die UOKG (Projekte und Personalkosten) rund 95.000 Mark und für die Verbände ein Bedarf von rund 70.000 Mark verabredet. Einige Verbände behielten sich vor, zusätzlich eigene Anträge auf Finanzierung von Projekten zu stellen. Der Finanzplan für das Jahr 1992, der am 30. Dezember 1991 fertiggestellt war, sah schließlich ein Volumen von 285.000 Mark vor. Knapp zwei Drittel der Gelder wurden für Projekte der Verbände bereitgestellt.⁹⁴

Der erste Arbeits- und Finanzplan sah ein umfangreiches Programm vor, mit dem die Arbeit der Verbände unterstützt werden sollte. In vier Seminaren wollten sich die Mitgliedsverbände in die bisher tabuisierten und kaum erforschten Themenbereiche einarbeiten. Zehn weitere Veranstaltungen waren in den ehemaligen Lagern und Haftorten geplant: Bautzen, Mühlberg, Ketschendorf, Sachsenhausen, Torgau, Halbe und Jamlitz. In allen Veranstaltungen, die von den Mitgliedsverbänden verantwortet wurden, ging es darum, einerseits der Opfer zu gedenken, andererseits die Öffentlichkeit auf ein verdrängtes Kapitel deutscher Geschichte aufmerksam zu machen. Geplant waren die Herausgabe eines eigenen Informationsblattes und weiterer Broschüren zur Information über das Lager Buchenwald und Halbe sowie ein Sammlung von Zeitzeugenberichten aus Bautzen. Zu den Projekten gehörten eine zentrale Opferdatei und Forschungsarbeiten für die regionalen Museen. In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung sollte die Öffentlichkeit auf die Sonderlager in der Sowjetischen Besatzungszone aufmerksam gemacht werden. Schließlich sollten die Vertreter der Lager darin unterstützt werden, Suchgrabungen nach Massengräbern durchzuführen und Gedenkstätten einzurichten. Die größten Summen sollten im Jahr 1992 für eine Suchgrabung im Umfeld des „Gelben Elend“ (Bautzen), regionale Forschungsarbeiten und die Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben werden.

Im Grundsatz einigte man sich auf das vom BMI vorgeschlagene Verfahren, dass die UOKG Projektanträge sammelte und geschlossen an das Innenministerium einreichte, das zu dieser Zeit als Drittmittelgeber fungierte. Dafür finanzierte das BMI zeitweise die

Personalstelle eines Geschäftsführers der UOKG, der für die Beratung von Projektanträgen, ihre rechnerische Prüfung und Weiterleitung an das BMI zuständig war. In einem Brief des BMI an die UOKG hieß es dementsprechend: „In letzter Zeit erreichen mich vermehrt Anträge von Opferverbänden mit der Bitte um Unterstützung. Da es sich dabei um Neugründungen von Vereinigungen handelt, fehlen mir naturgemäß vielfach die erforderlichen Informationen, um beurteilen zu können, ob eine Förderung angebracht und erforderlich ist. Deshalb neige ich zu dem in anderen Fällen bewährten Verfahren, derartige Anträge nur über einen Dachverband entgegenzunehmen.“ Auf einen Fehler in der Konstruktion, der sich später als sehr bedeutsam erweisen sollte, wies das Ministerium in einem Brief vom Januar 1992 bereits selbst hin. Die gesamte koordinierende Arbeit des Dachverbandes, die eigentlich eine große Kontinuität über Jahre hinweg, also einen festen Stamm an Mitarbeitern erforderte, konnte nicht institutionell gefördert werden.⁹⁵ Vorteil dieses Verfahrens war, dass „die eigenen Leute“, die die Situation vor Ort kannten, über die Projektgelder befanden. Andererseits waren die Verbände nun gezwungen, selbst einvernehmlich über die Verteilung der bald knapp werdenden Gelder zu beschließen. Im Januar 1992 wurde dieses Verfahren für verbindlich erklärt. Die neuen Regeln wurden allerdings zunächst nicht von allen eingehalten. Eine ganze Reihe von Verbänden reichte zusätzlich zu den Sammelanträgen auch noch weitere Einzelanträge an das BMI ein, so dass zunächst mehr Arbeit entstand.⁹⁶ Die ständig steigende Zahl der Anträge, verbunden mit einer permanenten Verknappung der Mittel führte dieses Verfahren tatsächlich nach wenigen Jahren in eine Sackgasse. Die Flut der Anträge war mit dem Personal der UOKG, das vorwiegend auf Honorarbasis arbeitete, immer weniger zu bewältigen. Es entstanden Abrechnungsfehler und Verzögerungen, die noch nach Jahren für Irritationen sorgten. Eine konsequente institutionelle Förderung hätte hier Abhilfe schaffen können.

Im Februar 1992 traf die UOKG und ihre Verbände eine erste Hiobsbotschaft: Entsprechend dem Sparhaushalt des Bundestages mussten die Zuwendungen an die Verbände auf fast ein Drittel des ursprünglichen Ansatzes zusammengestrichen werden. Zwar gelang es im Laufe des Jahres, zusätzliche Mittel vom BMI zu erlangen. Es wurde jedoch deutlich, dass manches ehrgeizige Projekt nur langfristig realisierbar war. Für die Errichtung und Erhaltung würdiger Gräber waren die Verbände an die Länder verwiesen worden.⁹⁷

Das Jahr 1992 war geprägt von massiven Protesten gegen die ursprüngliche Ausgestaltung des 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes, die mitunter turbulente Formen annahmen. Viele Verbände weigerten sich grundsätzlich, überhaupt an einer Anhörung im März in Halle/Saale teilzunehmen, andere Verbände zogen während der Anhörung unter Protest aus der Veranstaltung aus und schlossen sich einer Demonstration an. Kritisiert wurden vor allem die geringen Haftentschädigungen, die – trotz des erlittenen massiven Leides in den Haftstätten der SBZ/DDR – weit unter denen der Bundesrepublik lagen. Die Anhörung – sicherlich auch unterstützt durch die massiven Proteste – führte schließlich zu einer Veränderung des Gesetzes zugunsten der Opfer.⁹⁸



Demonstration der Opferverbände in Berlin für gerechte Entschädigungsleistungen am 15. Juni 1992.

Im Februar 1992 beschwerte sich die UOKG in einem Schreiben an die Berliner Justizsenatorin Limbach über die weitgehend pauschale weitere Zulassung von Rechtsanwälten aus der DDR. Der Senat berief sich – zu Recht – auf den Einigungsvertrag, nach dem eine inhaltliche Prüfung der früher in der DDR erteilten Zulassung nicht vorgesehen war. Angekündigt wurde allerdings ein neues Gesetz, nach dem eine nachträgliche Überprüfung der Rechtsanwälte ermöglicht werden sollte.⁹⁹ Ehemalige Häftlinge und andere Opfer der DDR mussten nun regelmäßig selbst prüfen, ob sie nicht einen Rechtsanwalt mit ihrer Sache beauftragten, der selbst seine Vergangenheit vertuschen musste. Dem Ansehen dieses Berufsstandes hat die weitgehend ungeprüfte Übernahme der DDR-Rechtsanwälte geschadet.

Im Februar 1992 wurden die Pläne für ein eigenes Mitteilungsblatt der UOKG präzisiert. Die Kosten von 17.000 Mark für drei Jahresausgaben mit einer Auflagenhöhe von 5.000 Exemplaren in einer einfachen Ausstattung mochte das BMI allerdings nicht fördern, da die Verbände mit dem *Stacheldraht* nach seiner Ansicht bereits über ein gefördertes Blatt verfügten. Der *Stacheldraht* aber wurde vom Berliner Landesverband des Bundes der Stalinistisch Verfolgten herausgegeben. Der Bund hatte ein verständliches Interesse, sein erfolgreiches Publikationsorgan nicht aus der Hand zu geben. Dagegen standen die knappen Finanzen des BMI. Eine dadurch faktisch erzwungene Einigung zwischen UOKG und BSV Berlin konnte nur nach langwierigen Verhandlungen erreicht werden.

Im März 1992 wurden der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen und die Opfer des Stalinismus Thüringen als neue Mitglieder der UOKG vorgestellt. Im entsprechenden Protokoll ist auch der Bund der Verfolgten des Stalinismus/Sachsen als Gast genannt. Auf dieser Sitzung trat der bisherige Vorsitzende der UOKG, Lothar Brauer, zurück. Er tat dies mit der Begründung, dass er nicht selbst Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft sei. Nach der damaligen Satzung musste der Vorsitzende zwar nicht unbedingt selbst ein Opfer der kommunistischen Herrschaft sein, für das Außenbild des Vereins war eine solche Regelung aber zweifellos günstiger. Zum neuen Vorsitzenden wurde Roland Bude gewählt, der fünf Jahre als Häftling in Workuta verbracht hatte. Als langjähriger Mitarbeiter des gesamtdeutschen, später innerdeutschen Ministeriums verfügte er über Kontakte in die Politik und die nötige Erfahrung im Umgang mit der Verwaltung. Den Vorschriften entsprechend wurde die Stelle des Geschäftsführers erneut ausgeschrieben. Als Juristischer Berater der UOKG wurde Benno von Heynitz gewonnen.¹⁰⁰

Parallel zur inhaltlichen Arbeit mussten dauerhafte Strukturen des Dachverbandes geschaffen werden. Zu diesem Zweck wurde im Mai 1992 eine Sondersitzung der Mitglieder einberufen. Sie überarbeiteten die Satzung des Vereins und einigten sich auf ein Abstimmungsverfahren, das kleinen und großen Mitgliedsverbänden eine angemessene demokratische Mitbestimmung zusicherte. Auf diese Weise gelang es, die in den nächsten Jahren knapper werdenden finanziellen Mittel ohne größere interne Konflikte unter den Mitgliedsverbänden zu verteilen. Als Gast anwesend war auch der Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Richard Knöchel, so dass die berechtigte Hoffnung bestand, dass die VOS ihren Weg in die UOKG finden würde.¹⁰¹

Diese Hoffnung wurde jedoch auf der nächsten Sitzung der UOKG Ende Juni 1992 enttäuscht. Die VOS war nicht unter den vier neuen Verbänden, die eine Aufnahme in die UOKG beantragten. Der UOKG traten auf dieser Sitzung bei: der Arbeitskreis ehemaliger politischer Verfolgter der SBZ/DDR (Georg Eckhardt), der Unabhängige Verein zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit (Reinhardt Thomas), der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen (Margot Jann), der Arbeitskreis politisch Verfolgter aus der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone und der DDR (Georg Eckardt). Da die Allianz der Opferverbände nicht mehr existierte und auf der Tagung zwei Verbände ihre bereits längerfristige Mitarbeit nur formaljuristisch legalisierten, gehörten nun 11 Verbände der UOKG an.¹⁰²

Die Mitgliederversammlung der UOKG vom Juni 1992 ist insofern „historisch“ zu nennen, als auf ihr das Ende der „wilden Jahre“ nach Revolution und Wiedervereinigung deutlich wird. Erstmals wurde die Legitimation der Vertreter der einzelnen Verbände geprüft und festgestellt. Weitere Formalitäten, die es von nun an einzuhalten galt, bestanden in der Bestätigung der Protokolle und der Tagesordnung. Die Satzung wurde nochmals überarbeitet und der Vorstand nach korrektem Verfahren neu gewählt (Roland Bude, Hans-Joachim Witt, Margot Jann). Der Vorstand wiederum wählte Roland Bude zum Vorsitzenden. Zum Geschäftsführer wurde Uwe Hörenz bestimmt.

Einen großen Teil der Sitzung nahm die Erörterung der Förderanträge ein, die von den Mitgliedsverbänden eingereicht worden waren und über die UOKG an das Innenministerium weitergegeben wurden.

Zu den Projekten, die im Jahr 1992 noch weitergeführt oder aber neu begonnen werden sollten, gehörten die immer umfangreicher werdende Beratungstätigkeit des BSV für die Opfer, die Sicherung regionaler Archive und – im Vorgriff auf das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – eine Informationsveranstaltung für die Betroffenen von Bildungs- und Berufsverboten in der DDR. Weiter vorangetrieben werden sollten Opferdateien (SBZ-Sonderlager, Aktion „Rose“, Berufsverbote). Die Gedenkstätten sollten mit Informationsbibliotheken über die kommunistische Gewaltherrschaft ausgestattet werden.¹⁰³

Im Juli 1992 wurde der UOKG die Gemeinnützigkeit zuerkannt.¹⁰⁴ Die politische Anerkennung der UOKG folgte im Januar 1993 mit der Einladung des Vorsitzenden der UOKG, Roland Bude, zum Neujahrsempfang beim Bundespräsidenten.

Ende Dezember 1992 weist der *Stacheldraht* zwölf Mitgliedsverbände der UOKG aus. Die umfänglichen Aktivitäten, in die die UOKG inzwischen eingebunden war, werden an einem Rundbrief Roland Budes an die Mitgliederverbände deutlich.¹⁰⁵ Die Alltagsarbeit – Bearbeitung von Projektanträgen und ihre Abrechnung, Personalfragen, Austausch von Informationen, Koordination von Veranstaltungen, Kontakte in die Politik, Öffentlichkeitsarbeit, Stellungnahmen zu Ereignissen und Gesetzesvorhaben, Vertretung von Rehabilitationsverfahren gegenüber Russland, Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz – kann nicht im Detail beschrieben werden.

Im Januar 1993 berichtete das Deutsche Rote Kreuz der UOKG über den Fortgang der Mikroverfilmung der Namensverzeichnisse über die Insassen in den NKWD-Sonderlagern, Daten der rund 140.000 in elf Lagern des NKWD inhaftierten Deutschen und weitere Daten. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, den Angehörigen der Opfer Auskünfte über deren Verbleib zu geben. Tausende Angehörige erfuhren nun nach mehr als vierzig Jahren zum ersten Mal Einzelheiten über das Schicksal von Häftlingen aus ihren Familien. Es entstand das Projekt, alle Häftlingsdaten zusammenzuführen und elektronisch verfügbar zu machen. Über diese Häftlingsdatei war bereits 1992 schon einmal nachgedacht worden.

Ende März 1993 schied der erkrankte Peter Stimming als Geschäftsführer aus. Nur hingewiesen werden kann auf das Projekt der UOKG, in Zusammenarbeit mit dem Verband ehemaliger Rostocker Studenten die Vorgänge um die Verhaftungen in den 1940er Jahren zu klären und zu veröffentlichen.¹⁰⁶

Der Bedarf an Aufklärung über die Schicksale der politischen Häftlinge lässt sich daran ermessen, dass im Juni 1993 von den Verbänden Projekte in Höhe von fast 650.000 Mark beantragt worden waren. Nach längeren Verhandlungen wurden der UOKG und ihren Verbänden schließlich rund 175.000 Mark bewilligt sowie noch einmal 60.000 Mark in Aussicht gestellt.¹⁰⁷ Trotz mehrerer Gespräche wurde deutlich, dass die UOKG keine institutionelle Förderung erhalten würde. Seitdem musste die Finanzierung des Geschäftsführers aus Projektmitteln bestritten werden. Auch die Vorstandsmitglieder, Rechnungs-

prüfer und sonstigen Mitarbeiter erhielten keine personelle Förderung mehr. Auch 1994 musste die UOKG zusammen mit den Mitgliederverbänden Kürzungen ihrer Anträge hinnehmen. Die Absprachen dazu wurden in einer Mitgliederversammlung an einem einzigen Abend getroffen, wegen der – wie es im Protokoll dazu ausdrücklich heißt – „eisernen Notwendigkeit, den Planungsrahmen zu erreichen.“¹⁰⁸ Die geschaffenen Abstimmungsmechanismen haben sich auch in solchen schwierigen Situationen bewährt. Im April 1994 kündigte Innenminister Manfred Kanther an, die UOKG in den folgenden Jahren trotz der Sparhaushalte nicht mit weiteren Kürzungen zu konfrontieren. Weitere Einschränkungen hätten das Ende mancher Initiative bedeutet.¹⁰⁹ Im Mai 1994 gab das Bundesinnenministerium für das laufende Jahr knapp 400.000 Mark an Fördermitteln für die Mitgliedsverbände frei, damit standen 100.000 Mark mehr zur Verfügung als die Streichliste vorsah.¹¹⁰ Die Vermutung liegt nahe, damit sollte auch das enttäuschende Ergebnis der gesetzlichen Regelung für die Entschädigungen etwas ausgeglichen werden. Doch zurück in das Jahr 1993.

Im Juli 1993 entschlossen sich die Justizminister der Länder, die Verjährungsfristen für bestimmte Delikte von Tätern der SED-Diktatur nicht zu verlängern. Damit wäre die Ahndung von politisch motivierten Verfolgungsmaßnahmen zu einem großen Teil unmöglich geworden. Auf Anregung der UOKG protestierte der Bundestagabgeordnete Rolf Schwanitz gegen diesen Entschluss. Er wies darauf hin, dass viele Betroffene ihre Akten noch nicht hatten einsehen können, weshalb manche über die Zusammenhänge und Ausmaße der Repressionen noch nicht informiert sein konnten. Schwanitz nannte den Entschluss der Justizminister zu Recht eine „verdeckte Amnestie“. Wie Presseberichte zeigen, fiel der Protest auf fruchtbaren Boden. Auch der Leiter der Berliner Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität, Manfred Kittlaus, kritisierte das Vorgehen der Länderminister scharf. Hartmut Koschyk (MdB) als Vorsitzender des Häftlingsbeirates protestierte gegen diesen Beschluss.¹¹¹

In einem Geleitwort zu den UOKG-Nachrichten im *Stacheldraht* Nr. 1/1994 beschrieb Roland Bude die Schwerpunkte der Arbeit in dieser Zeit: Die erste und wichtigste Aufgabe der UOKG sah Bude darin, die Forderungen der Mitgliedsverbände hinsichtlich einer Nachbesserung des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes zu Gehör zu bringen. Die zweite Aufgabe bestand darin, die Öffentlichkeit über das Schicksal der Opfer der SED-Diktatur vor allem in den frühen Jahren der DDR zu informieren und dabei das allgegenwärtige Desinteresse zu durchbrechen. Dazu nutzte er eine Einladung bei dem damaligen Bundespräsidenten Richard Freiherr von Weizsäcker, der ein Briefwechsel folgte.¹¹² Als besonders sensibel erwies sich die geplante Einrichtung von Gedenkorten für die Opfer in der frühen Zeit der sowjetischen Besatzung. Der Zentralrat der Juden in Deutschland wollte sichergehen, dass in den Konzentrationslagern keine Gedenkorte entstanden, in denen direkt oder indirekt ehemaliger NS-Täter gedacht wurde. Hier konnte nur ein langsames und behutsames Aufeinander-Zugehen Abhilfe schaffen.

Die gewachsene politische Bedeutung der UOKG zeigte sich in dieser Zeit auch darin, dass sie gebeten wurde, Vertreter in Opfergremien zu entsenden (Stiftungsrat der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Beirat des Internierungslagers Buchenwald).

Trotz dieser gewachsenen Anerkennung blieb es eine wesentliche Herausforderung des Jahres 1994, die Arbeit der Verbände auf eine sichere finanzielle Grundlage zu stellen. Die Zuweisungen des Bundesinnenministeriums wurden jährlich neu festgesetzt. Ihre Höhe war zwar durch die vorangegangenen Jahre in gewisser Weise festgelegt, jedoch von Jahr zu Jahr von Kürzungen bedroht. Unter diesen Bedingungen konnte sich keine kontinuierliche Arbeit entwickeln, die – so viel war damals schon absehbar – sich über Jahrzehnte erstrecken würde. Es gab zwar minimale Absprachen über die Finanzierung, die Gründung einer Stiftung aber, wie sie etwa mit der Stiftung „Topographie des Terrors“ für die Zeit des Nationalsozialismus bestand, lehnte die Bundesregierung in der ersten Hälfte des Jahres 1994 noch rundweg ab. Nur wenige Politiker, wie etwa die damalige Präsidentin des Bundestages, Rita Süsmuth, unterstützten die Idee einer Stiftung mit dem Förderkreis „Wahrheit gegen Gewalt“. Das Stiftungskapital sollte aus dem Vermögen der SED kommen. Der Berliner Senat förderte durch jährlich neu zu bestimmende Beträge eine Reihe von Aufarbeitungsinitiativen. Zu einer gesicherten langfristigen Förderung war auch er nicht bereit.¹¹³ Einen gewissen Ausgleich schufen die von einigen Ländern zugesicherten ABM-Stellen, die den Mitgliedsverbänden zugutekamen.

Besorgniserregenden Entwicklungen hatte sich die UOKG in diesem Jahr entgegenzustellen. Das Stasi-Unterlagengesetz sollte mit dem Ziel novelliert werden, die Akteneinsicht drastisch zu beschneiden. Die PDS/LL-Fraktion hatte einen Gesetzesentwurf zur Amnestie für Täter politischer Repressionen in der DDR vorgelegt, der in der Sache bis in die CDU hinein auf ein positives Echo stieß.¹¹⁴ Dieses Mal protestierte die UOKG gegen derartige Pläne gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Ullmann. Im Dezember berichtete auch der Spiegel zustimmend über Möglichkeiten, Ermittlungen zu stoppen, Amnestien zu erlassen oder DDR-Unrecht neu zu bewerten. Statt das Klima zu reinigen, habe die juristische Aufarbeitung des SED-Unrechtes eine „Kultur der Verbitterung“ hinterlassen.¹¹⁵ Gegen diesen politischen Mainstream des „Schlusstriches“ wandte sich die UOKG, indem sie im *Stacheldraht* einen Aufsatz von Manfred Kittlaus, dem Leiter der Zentralen Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität, abdruckte. Kittlaus sprach von einer Verpflichtung zur Strafverfolgung gegenüber den Opfern und der Bürgerrechtsbewegung. Amnestie und Straffreiheit dürften von der politischen Klasse nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung der Betroffenen beschlossen werden.¹¹⁶

Einen Überblick über die inzwischen weitgespannten Tätigkeitsfelder der Mitgliedsverbände, die die UOKG zu vertreten hatte, bietet das Protokoll der Mitgliederversammlung vom Juni 1994. Die Vielfalt der Aktivitäten der Einzelverbände, über die ein regelmäßiger Austausch stattfand, kann hier auch nicht annähernd wiedergegeben werden.¹¹⁷ Einen Eindruck vermittelt der *Stacheldraht* in seiner 6. Ausgabe von 1994.¹¹⁸ In der gleichen Ausgabe veröffentlichte die UOKG die Namen von rund 300 in Russland Rehabilitierten, um deren Angehörige zu finden. Diese Aktion wurde später mit weiteren Namen mehrmals wiederholt.

Im Laufe des Jahres 1994 waren dem Vorsitzenden Roland Bude weitere Aufgaben im internationalen Raum zugewachsen. Im August kündigte er deshalb Neuwahlen für den Vorstand der UOKG an, die während der Mitgliederversammlung 26. und 27.

November 1994 durchgeführt wurden. Gewählt wurde als Vorsitzender Gerhard Finn. Zum Vorstand gehörten nun weiterhin Hans-Joachim Witt und Lothar Hädicke. Als Kassenprüfer wurden Günther Rudolph und Heinz Lindner gewählt.¹¹⁹ Im Dezember 1994 zählte das Mitgliederverzeichnis 16 Mitglieder der UOKG.¹²⁰ Nach eigenen Berechnungen vertrat sie im Januar 1996 mit ihren Verbänden fast 10.000 Menschen im gesamten Bundesgebiet.¹²¹

Zu den wichtigsten Ereignissen des Jahres 1996 gehörte die Eröffnung der von der UOKG erarbeiteten Wanderausstellung „Mauern, Gitter, Stacheldraht“, die am 29. Februar vom Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Herwig Haase, feierlich eröffnet wurde. Die Ausstellung schilderte anhand von amtlichen Dokumenten das Schicksal von sechs politisch verfolgten Menschen in der DDR.¹²² Ab Oktober 1996 war die Ausstellung in Dresden zu sehen, im November im Bonner Bundeshaus. Danach sollte sie in den Räumen der ASTAK gezeigt werden, um dann nach Salzgitter zu wandern (Vgl. dazu den Abschnitt „Projekte und Themenfelder“).¹²³

Wenige Tage vorher hatte Angelika Barbe (MdB) einen Vortrag in der Mitgliederversammlung der UOKG gehalten. Sie sprach sich für eine Häftlings-Stiftung mit einem Kapital von 1,9 Milliarden Mark aus dem Vermögen der SED und die Novellierung der beiden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze sowie die Abwehr gegen jegliche Amnestie von Tätern des DDR-Unrechtssystems aus.¹²⁴ In der gleichen Versammlung wurde die UOKG mit weiteren Kürzungen konfrontiert. Nunmehr musste die gesamte Rechnungsführung ehrenamtlich – das Protokoll vermerkt sarkastisch „für einen Appel und ein Ei“ – von Wilfred Klein übernommen werden. Der bisherigen Rechnungsführerin Rita Sauer musste „betriebsbedingt“ gekündigt werden. Als zusätzlich der Wechsel im Amt des Geschäftsführers von Harald Strunz anstand, drohte die Arbeit zeitweise vollständig zusammenzubrechen. Bereits seit zwei Jahren war der Arbeitsaufwand (die Bearbeitung von Projektanträgen der 12 bis 16 Mitgliedsverbände, der Buchversand, die politischen Aktivitäten und die alltägliche Korrespondenz) kaum noch zu bewältigen gewesen und hatte durch Fehlinformationen zu mehrfachen Konflikten geführt, die durch Gespräche ausgeräumt werden mussten.¹²⁵ Dieser Dauerstress hatte offensichtlich auch Auswirkungen auf die Beziehungen im Vorstand gehabt, der 1996 dann zu einer Neubesetzung führte. In dieser Zeit schieden Lothar Hädicke und Gisela Gneist aus gesundheitlichen Gründen aus dem Vorstand aus. Zwischenzeitlich wurde Mechthild Günther zur Geschäftsführerin bestellt, die jedoch nach kurzer Zeit in eine andere Aufgabe gerufen wurde. Mangel an Personal und teils auch an Erfahrung in der Buchführung führten rückwirkend zu Beanstandungen durch das Bundesverwaltungsamt. Diese waren – soweit sich das feststellen ließ – nicht auf Veruntreuung von Geldern, sondern auf ungenehmigte Umwidmungen und Verletzung von Nebenbestimmungen zurückzuführen.¹²⁶ Dennoch drohte der UOKG zeitweise die Zahlungsunfähigkeit, weil das BMI wegen Fehlern und Verzögerungen die Zahlungen einstellen wollte. Zeitweise gab es aus Krankheitsgründen keinen handlungsfähigen Vorstand. Von Seiten einiger Verbände wurde die UOKG als „Erfüllungsgehilfe des BMI“ bei den drastischen Sparvorhaben denunziert. Die geplante Neuwahl des Vorstandes im November 1996 kam nicht zustande.

Trotz aller internen Schwierigkeiten beteiligte sich die UOKG an der Erarbeitung eines Stiftungsgesetzes für die spätere Stiftung Aufarbeitung und einer Konzeption für die spätere Gedenkstätte Hohenschönhausen.¹²⁷

Das Jahr 1997 begann mit erheblichen Anstrengungen zur Konsolidierung des Dachverbandes. Im Februar konnte berichtet werden, dass alle von den Mitgliedsverbänden eingereichten Förderanträge auf formale Richtigkeit geprüft und an das Bundesinnenministerium weitergegeben worden waren. Der Vorstand teilte mit, dass in Russland weitere 130.000 Personenakten von Internierten und Häftlingen der Speziallager in Deutschland aufgefunden worden waren. Auch an dem Projekt der Stiftung (der späteren Stiftung Aufarbeitung) war weitergearbeitet worden. Im Zentrum der ersten Mitgliederversammlung standen jedoch die Wahl eines neuen Vorstandes und die Verabschiedung einer neuen Satzung. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde entsprechend dem erhöhten Arbeitsaufkommen auf fünf erhöht. In den Vorstand wurden gewählt Hartwig Bernitt, Hartmut Rührdanz, Gerhard Finn, Roland Bude und Günther Rudolph. Die Vorstandsmitglieder übernahmen – anders als früher – jeweils genau bestimmte Aufgaben.¹²⁸ Damit waren die Probleme der UOKG noch nicht beendet. Im Vorstand verdichtete sich der Eindruck, dass die Bundesregierung die Förderung der UOKG beenden wollte. Auf eine schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz hin wurde dies dementiert. Allerdings fiel der Katalog der als förderungswürdig eingestuftten Maßnahmen schmaler aus als vorher: 1. Erstellung und Publikation von Lager- und Anstaltschroniken sowie Opferstatistiken; 2. Erforschung und Publikation spezifischer Verfolgungs- und Repressionsmaßnahmen; 3. Kolloquien zur Aufarbeitung von Verfolgungsmaßnahmen; 4. Maßnahmen zur Opferberatung und -information, insbesondere zur Unrechtsbereinigungsberatung; 5. Treffen der Opfergemeinschaften (nur Kosten der Organisation).¹²⁹

In der Presse war allerdings nur wenige Tage später das Gegenteil zu lesen: „SED-Opferverbände vergeuden durch Mehrfachangebote viel Geld.“ Der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Martin Gutzeit, verteidigte die Arbeit der Verbände jedoch. Aus seiner Berliner Erfahrung heraus konnte er sagen, dass es eine spezifische Beratung für DDR-Häftlinge in Ost und West geben müsse.¹³⁰ Auf der Mitgliederversammlung im Juni kamen weitere Schwierigkeiten zur Sprache. Für Irritationen sorgte eine Abschrift der Satzung, die angeblich Abschreibefehler enthielt, sich jedoch so interpretieren ließ, dass die Verbände um einige ihrer Rechte gebracht werden sollten. Der BSV monierte die Wahl von Hartmut Rührdanz in den Vorstand. Diese Probleme konnten ausgeräumt werden. Weiterhin teilte die ASTAK mit, dass sie wegen eines personellen Engpasses die UOKG-Ausstellung nicht mehr betreuen konnte. Eine Zusage konnte aber doch noch einmal erreicht werden. Schließlich musste der Vorstand zur Kenntnis nehmen, dass für die langjährige Redakteurin, Sybille Ploog, keine Stelle mehr finanziert werden konnte. Roland Bude und Gerhard Finn erklärten sich bereit, in dieser Frage noch einmal mit dem Innenministerium zu verhandeln. Mechthild Günther gab bekannt, dass sie ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin zum Jahreswechsel beenden werde. Es musste also ein neuer Geschäftsführer gesucht werden. Schließlich waren Fehlbuchungen aus früheren Jahren

in der Handkasse zu verzeichnen, die in Ordnung gebracht werden mussten. Zu den Schwierigkeiten der Finanzplanung gehörten zögerliche Auszahlungen des BMI, das weitere finanzielle Unterstützung von erfolgreichen Rechnungsprüfungen abhängig machte. Dadurch gerieten Verbände in Probleme, die mit ihren geringen Eigenmitteln in Vorleistung gegangen waren. Die Mitglieder beschlossen, in Zukunft auf das ihnen zustehende Tagesgeld für die Sitzungen zu verzichten. In Bezug auf die geplante Stiftung Aufarbeitung herrschte Unsicherheit, ob durch ihre Einrichtung nicht die UOKG als Dachverband überflüssig würde. Erleichtert stellte der Vorstand fest, dass alle Parteien im Bundestag – bis auf die PDS – eine Fortexistenz der UOKG und des *Stacheldraht* befürworteten. Trotz dieser Lawine von Schwierigkeiten legte der Vorstand einen in der Fülle der Veranstaltungen und Aktivitäten beeindruckenden Bericht vor. Herausragendes Ereignis war der Wunsch der Internationalen Häftlingsverbände, ihre nächste Zusammenkunft in Deutschland stattfinden zu lassen. Wichtig für die Konzeption – wenn auch ohne unmittelbare Folgen – waren Überlegungen, sich organisatorisch und inhaltlich an die ehemalige Bürgerrechtsbewegung der DDR anzunähern.¹³¹

Im August 1998 schrieb Gerhard Finn einen ausführlichen Brief an die Vorstandsmitglieder der UOKG, in dem er die zukünftigen Aufgaben umriss. Zunächst lobte er die inzwischen solide Rechnungsführung, die von Ewald Ott übernommen worden war. Allerdings blieb die Bearbeitung und Auszahlung von Geldern durch das Bundesinnenministerium immer noch schleppend und brachte die Verbände weiter in punktuelle Schwierigkeiten. Unzulänglich sei die Öffentlichkeitsarbeit der UOKG. Zwar habe sich der *Stacheldraht* eine treue Leserschaft erobert, doch darüber hinaus müsse die UOKG sich in das öffentliche Leben einbringen und den Stimmen der Opfer im aktuellen politischen Diskurs Gehör verschaffen. Finn regte an, die Aktivitäten der UOKG auf eine europäische Ebene zu heben, um weiteren Opfern in Ostmitteleuropa helfen zu können. Zu diesem Zweck sollte ein Europa-Büro eingerichtet werden, das internationale Fragen der Entschädigung und Rehabilitierung von Opfern der kommunistischen Herrschaft koordinieren sollte. Ferner würde es nötig werden, mit der Stiftung Aufarbeitung, die im September 1998 ihre Arbeit aufnehmen sollte, ins Gespräch zu kommen.¹³² Weitere Einzelheiten zu diesen Projekten müssten gesondert geschildert werden. Immerhin bekundete die Politische Kommission der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nach jahrelangen Bemühungen im Januar 2006 die Absicht, die Verbrechen des Kommunismus offiziell zu verurteilen. Damit war ein weiterer Schritt auf dem Wege getan, diese Verbrechen international zu verfolgen und eine Leugnung unter Strafe zu stellen.

Um die Interessen der Opferverbände deutlich zum Ausdruck zu bringen, veröffentlichte der *Stacheldraht* fast zeitgleich einen von Gerhard Finn verfassten Brief an die im Aufbau befindliche Stiftung, der von den wichtigsten Verbänden unterzeichnet worden war.¹³³

Der 7. Kongress der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus fand – wie 1997 geplant – vom 16. bis 21. Juni 1998 in Berlin statt. Der Kongress beschäftigte sich mit den Möglichkeiten der Aufarbeitung und informierte dazu über die gerade zum Abschluss gekommene Arbeit der Enquetekommissi-



Gedenkworte des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Martin Gutzeit, anlässlich des 7. Kongresses der InterAsso in der Gedenkstätte Hohenschönhausen (Foto: Yvonne Durré).

onen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung und den Folgen der SED-Diktatur. Vorgestellt wurde ebenso die Arbeit des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, Joachim Gauck. Der Austausch über die Situation in den 15 Ländern der Delegierten wurde bestimmt von den vielfältigen Möglichkeiten der Aufarbeitung in Deutschland. Im November 1998 wurde von der Internationalen Assoziation politischer Häftlinge und Opfer des Kommunismus die von Gerhard Finn entworfene „Zagreber Resolution“ beschlossen und als Dokument beim Europarat sowie der UN hinterlegt.¹³⁴ Im Jahr 2000 ließ sich der Verein der günstigen politischen Bedingungen wegen in Deutschland registrieren. Die internationale Aufklärung kommunistischer Verbrechen und ihre juristische Verfolgung blieb ein Projekt von InterAsso und UOKG. Auf welche Weise es verfolgt wurde, kann hier nicht dargestellt werden.¹³⁵

Im September 1998 trat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus der UOKG bei, im November folgte die Gemeinschaft politisch Verfolgter der SBZ/DDR. Der Vorsitzende, Gerhard Finn, regte auf der Mitgliederversammlung an, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren. Um auf aktuelle Ereignisse zeitnah reagieren zu können, sollte ein Pressedienst ins Leben gerufen werden, der wichtige öffentliche Äußerungen sammelte und an die Verbände weitergab. Dieser UOKG-Wochenrückblick wurde 2008 reaktiviert und existiert als kostenloser Service der UOKG noch heute. Er enthält die Rubriken „Aus Institutionen und Politik“, „Zeitgeschichte“, „Aus den Verbänden“ und „Rehabilitierung und Entschädigung“.

Trotz der neuen Ansätze kam es in dieser Zeit auch zu Austritten. Im November 1998 traten die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen (sie ist heute wieder Mitglied) und im April 1999 der Verband der Opfer des Stalinismus Thüringen aus der UOKG mit der Begründung aus, die Mitarbeit im Dachverband habe ihnen zu wenig Nutzen gebracht.¹³⁶

Im September 1999 stellte die Mitgliederversammlung in einer gemeinsamen Sitzung mit dem damaligen Geschäftsführer der Stiftung Aufarbeitung, Wolfgang Kusior fest, dass die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen langsam in routinierte Bahnen gelange. Den Projekten der UOKG und ihrer Mitgliederverbände räume die Stiftung oberste Priorität ein. Veranschlagt waren insgesamt 460.000 Mark. Kusior versicherte, dass diese Förderung auch im Jahre 2000 beibehalten würde. Vorgesehen war, der UOKG eine größere Selbständigkeit bei der Verwaltung der Mittel zuzugestehen (diese Zusage wurde allerdings nicht verwirklicht).¹³⁷ Der UOKG flossen im Jahr 2000 tatsächlich Mittel in der genannten Höhe zu. Die Zahlungen erfolgten jedoch so zögerlich, dass die UOKG zeitweise nicht mehr in der Lage war, die Miete für ihre Büros zu zahlen. Das Honorar für den Geschäftsführer der UOKG musste reduziert werden. Die Teilnahme von Vertretern der UOKG an der Tagung der InterAsso in Budapest war gefährdet, weil die Zuwendungen der Stiftung Aufarbeitung unterhalb der Reisekosten lagen.¹³⁸

In der Folgezeit wurde in den Mitgliedsversammlungen intensiv darüber diskutiert, den Dachverband für Initiativen und Vereine zu öffnen, die „im strengen Sinne keine Opferverbände seien, aber Verfolgte des Kommunismus vertreten.“¹³⁹ Eine Erweiterung des satzungsgemäßen Aufgabenfeldes der UOKG wurde zwar von den Verbänden grundsätzlich für gut befunden, es dauerte aber noch längere Zeit, bis diese Idee an Profil gewann. Zwei gegensätzliche Faktoren waren dabei zu bedenken: Einerseits konnte so eine Verjüngung der Mitglieder erreicht werden. Die Mitglieder waren in der Hauptsache Verfolgte der SBZ und frühen DDR und daher oftmals schon in vorgerücktem Alter. Andererseits durfte es nicht geschehen, dass sich mit der Aufnahme einer größeren Zahl von Mitgliedsverbänden das Volumen der Zuwendungen für die bisherigen Mitglieder verringerte. Zwischen Vor- und Nachteilen des neuen Konzeptes musste also in einem längeren Diskussionsprozess abgewogen werden.

Eine Entscheidung über das Profil der UOKG wurde dringlich, als die Stiftung Aufarbeitung Mitte 2000 mitteilte, dass die Förderung der Opferverbände ab 2001 nicht mehr über die UOKG, sondern direkt mit den Verbänden abgewickelt würde. Damit hatte die UOKG eine ihrer wesentlichen Aufgaben verloren, derentwegen sie ursprünglich gegründet worden war. Gerhard Finn wies im September 2000 darauf hin, dass die Alternative – Verjüngung des Verbandes durch Aufnahme neuer Mitglieder – auch an personelle Grenzen stoßen würde.¹⁴⁰ An der folgenden Diskussion über die Satzung, die unter den Mitgliederverbänden geführt wurde, lässt sich das Für und Wider einer erweiterten Neuaufnahme von Mitgliedern ablesen. Gerhard Finn versuchte im Herbst 2001 zum letzten Mal, eine Finanzierung für die Geschäftsstelle der UOKG zu erreichen, die eine kontinuierliche Arbeit für einen Geschäftsführer und eine Hilfskraft ermöglichen sollte. Nach mehreren Verhandlungsrunden mit der Stiftung Aufarbeitung wurde eine Einigung über eine Minimallösung erzielt, die faktisch aber nur die Arbeit des Geschäftsführers sicherstellte.

Ende Dezember 2000 beendete Geschäftsführer Werner H. Krause seine Tätigkeit. Nach einer Übergangszeit begann Detlef W. Stein seine Arbeit als Geschäftsführer der UOKG

im April 2001. Eine gleichzeitig vorgesehene Geschäftsführung der Internationalen Assoziation durch Stein scheiterte an der fehlenden Finanzierung durch die Stiftung Aufarbeitung.

Im November 2000 wurde der fünfköpfige Vorstand der UOKG neu gewählt. Ihm gehörten nunmehr an:

- Vorsitzender: Gerhard Finn (Politische Vertretung, Internationale Beziehungen, Öffentlichkeitsarbeit)
- 1. Stellvertreter: Günther Rudolph (Finanz- und Rechtsfragen, Ärztlicher Beirat, Internationale Assoziation)
- 2. Stellvertreter: Angelika Barbe (Gedenkstättenarbeit, Entschädigungsfragen, politische Bildung)
- Mitglied: Mechthild Günther (Kontakte in Berlin, Wanderausstellung)
- Mitglied: Alexander Bauersfeld (politische Bildung in den alten Bundesländern)¹⁴¹

Im Juni 2001 wird deutlich, dass sich die innere Struktur der UOKG noch nicht wieder stabilisiert hatte. Gerhard Finn konstatierte, dass viele Verbände durch den Sparzwang „in den letzten Jahren ein für gemeinsames Handeln gefährliches Konkurrenzverhalten entwickelt haben“. Unter den Verbänden machte sich Enttäuschung über die mangelnde Akzeptanz der Opfer in der Gesellschaft breit. Frustriert waren viele Mitglieder darüber, dass jeder noch so kleine Fortschritt durch überdimensionales Engagement erkämpft werden musste. Noch einmal rief Angelika Barbe zu einer Aktion auf, die Forderungen der ehemaligen Häftlinge nach einer Ehrenpension zu unterstützen. In Leipzig war der Bundesvorsitzende des Bundes der Stalinistisch Verfolgten zurückgetreten. Gegen ihn hatte das Bundesvermögensamt Rückforderungen von 12.000 Mark geltend gemacht. Inzwischen wurde die UOKG für den fehlenden Betrag in Haftung genommen. Der Rücktritt hatte allerdings auch eine positive Seite: Der BSV, der kurz zuvor aus der UOKG ausgetreten war, beantragte in Person seines neuen Vorsitzenden, Hans Schwenke, den Wiedereintritt, dem stattgegeben wurde.¹⁴²

Am 5. Dezember 2001, wenige Tage nach einer Mitgliederversammlung mit dem Titel „Zukunft der UOKG“¹⁴³, kündigte Gerhard Finn seinen Rücktritt als Vorsitzender an. Konflikte in der Mitgliederversammlung über aufzunehmende neue Verbände – unter ihnen Help e.V. – führten im Verein mit der desolaten personellen Lage (ein Geschäftsführer auf Projektbasis mit einer monatlichen Arbeitszeit von 40, nach anderen Angaben 65 Stunden) zu vielen Missverständnissen und einer überaus gespannten Situation im Vorstand. Nachdem Finn, der trotz Krankheit noch eine rege Reisetätigkeit zu absolvieren hatte, im Vorstand mehrfach wegen zu wenig Effizienz kritisiert worden war, resignierte er.¹⁴⁴

Auf einer Sondersitzung am 12. Januar 2002 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Alexander Bauersfeld und Harald Strunz wurden zu Mitgliedern des Vorstandes gewählt, Angelika Barbe und Reinhold Rösner zu Stellvertretern und Horst Schüler zum Vorsitzenden.¹⁴⁵ Anwesend waren nur noch zwölf Mitgliederverbände. Neben Gerhard Finn gab auch Günther Rudolph seinen Rückzug aus dem Vorstand bekannt.

Bereits Anfang November 2001 hatte Horst Schüler seine Vorstellungen über die Zukunft der UOKG in einem Brief niedergelegt. Er kritisierte die „Isolationpolitik“ in den vergangenen Jahren und schlug eine breite Öffnung der UOKG vor, die von der Bürgerrechtsbewegung der DDR bis zu den Vertriebenenverbänden reichen sollte. Zugleich sollte der innere Zusammenhalt der UOKG gestärkt werden. Schüler empfahl, sich auch in der Selbstbezeichnung vom Begriff „Opfer“ zu lösen. Mit dem Begriff „Opfer“ assoziiere man eben nur „wehrlöse, bedauernswerte Geschöpfe, die zwar Mitleid verdienen, jedoch in dieser Gesellschaft kaum wahrgenommen werden.“¹⁴⁶ Da Schüler seinen Brief vor seiner Wahl veröffentlicht hatte, ist die Zustimmung zu seiner Person auch als Zustimmung zu seinem Konzept zu werten. Finn stimmte in einem Brief dem Konzept Schülers grundsätzlich zu. An der Selbstbezeichnung als Opfer müsse man aber festhalten. Eine Entschädigung, Opferpension oder ähnliches stehe nun einmal nach landläufiger Meinung nur den Opfern zu, aktiven Gegnern aber nicht. Diesem Vorurteil müsse man – leider – Rechnung tragen.¹⁴⁷ So blieb der Name des Dachverbandes Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft bestehen, obwohl sich in ihm auch andere Verbände sammeln sollten, deren Mitglieder für sich selbst nicht den Opferstatus in Anspruch nehmen wollten.

Die von Horst Schüler betriebene Öffnung der UOKG für weitere Verbände, die nicht einem streng ausgelegten Opferbegriff entsprachen, führte zunächst zu einer Beruhigung unter den Verbänden. Die „Ständige Konferenz der Verfolgten und Gegner des Kommunismus in Deutschland“, die in für Außenstehende undurchschaubarem Zusammenhang mit dem „Zentralrat kommunistisch Verfolgter“ stand, und sich als Interessenvertreter unterschiedlicher Initiativen verstand, löste sich am 1. Juni auf und empfahl ihren Mitgliedsorganisationen, der UOKG beizutreten, soweit diese noch nicht Mitglied waren.¹⁴⁸ Eine solche Verbandspolitik war freilich nicht ohne Risiko. Mit der Aufnahme unterschiedlichster Verbände erhöhte sich auch die Vielfalt und mögliche Divergenz der Interessen, ohne dass der Vorstand strukturelle Möglichkeiten der Steuerung erhielt. Mit anderen Worten: Der Dachverband nahm zwar mit den Mitgliedern an Gewicht zu. Es wurde aber auch gleichzeitig schwerer, „mit einer Stimme“ zu sprechen.

In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts sind in den Verbänden – nicht nur den Mitgliederverbänden der UOKG – so bisher nicht festgestellte Tendenzen der Intoleranz, politischen Radikalisierung, persönlich gefärbten Rivalenkämpfe und auch extremistische sowie rassistische Äußerungen von Verbandsmitgliedern zu beobachten, die teilweise bis in führende Funktionen aufstiegen. Diese Tendenzen wurden – selbstverständlich – von politischen Kräften und Medien aufgenommen und skandalisiert, deren instrumenteller Anti-Faschismus eine Aufarbeitung der Verfolgung im kommunistischen Machtbereich diskreditieren sollte. Während sich für die prompte Skandalisierung rechtsradikaler Äußerungen innerhalb der Verbände durch die PDS eine Erklärung findet, ist das nach zehnjähriger Existenz der meisten Verbände auftretende Phänomen schwerer zu durchschauen. Auffällig ist zunächst, dass in dieser Zeit in einigen Verbänden Wechsel an der Spitze stattfanden, die politisch radikalisierte Personen in Führungspositionen brachten. Da sie aber in den meisten Fällen gewählt worden waren, ist zu vermuten, dass sich auch

die Stimmung in einigen Verbänden radikalisiert hatte. Es entstand ein heute kaum noch zu entwirrendes Geflecht von Verdächtigungen und Gegenverdächtigungen, gerechtfertigten Beschuldigungen und ungerechtfertigten Dementis, deren öffentliche Wirkung verheerend war.

Die Gründe für einen solchen Umschwung im politischen Klima könnten durchaus in dem jahrelangen und oft erfolglosen Kampf um Anerkennung und Entschädigung zu suchen sein. Briefe von Betroffenen unterschiedlichster Repressionsmaßnahmen in der DDR an die UOKG weisen in jenen Jahren zunehmend Wut und Enttäuschung über den Staat im Allgemeinen auf. Besonders wurde der Berliner SPD die Koalition mit der PDS als Verrat angekreidet (Zitat: „der rot-blutrote Senat“). Ob diese Erklärung stimmig und ausreichend ist, könnten freilich nur genauere soziologische Untersuchungen klären. Es mischen sich also in dieser Zeit tatsächliche radikale Äußerungen mit Kampagnen einzelner Medien, die diese Äußerungen begierig aufgriffen.

Eine erste derartige Kampagne fand im Frühjahr 2001 gegen die Lagergemeinschaft Workuta statt, die sich in Weimar zu einer Tagung zusammengefunden hatte. Vera Lengsfeld (MdB) hat die Vorgänge ausführlich beschrieben, die aufbauend auf Mitteilungen Dritter zu einer über mehrere Tage andauernden Serie von Artikeln gegen die Lagergemeinschaft aufgebauscht wurden.¹⁴⁹

Auf der anderen Seite zeigte die von Horst Schüler begonnene Öffnung der UOKG für neue Aufgabenfelder und Mitgliederverbände in den folgenden Jahren nachhaltige Wirkung. Im November 2003 stellten sechs Vereine einen Antrag auf Mitgliedschaft in der UOKG.¹⁵⁰ An der Mitgliederversammlung Anfang Dezember 2003 nahmen bereits 26 Verbände teil.¹⁵¹ Dass es allerdings nicht um „Wachstum um jeden Preis“ ging, belegen die Ablehnungen von Anträgen auf Aufnahme in die UOKG. Abgelehnt wurden vor allem Vereine mit undeutlichem Profil und unklaren Mitgliederverhältnissen. Die Erhöhung der Mitgliederzahl – dies sei am Rande vermerkt – führte allerdings auch zu einer unvorhergesehenen Erhöhung der Verbandskosten. Diese wiederum mussten gegenüber der Stiftung Aufarbeitung glaubhaft gemacht und umgesetzt werden. Auf das Tagesgeld für die gemeinsamen Zusammenkünfte hatten die Teilnehmer bereits vor einigen Jahren verzichtet. Nun wurde nach noch preiswerteren Unterkünften und weiteren Einsparungsmöglichkeiten gesucht.

Im Februar 2004 gründete sich eine Arbeitsgruppe „Parlamentarische Arbeit“ in der UOKG, welche die Gespräche mit Politikern vorantreiben sollte. Zu dieser Arbeitsgruppe gehörten: Sibylle Dreher, Angelika Barbe, Alexander Bauersfeld und Hugo Diederich. Auch diese Maßnahme diente der weiteren Öffnung der UOKG. Die Kontakte in die Politik wurden wesentlich intensiviert. Dazu gehörten regelmäßige Gespräche mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit, über Veranstaltungen und Gedenkstätten in Berlin. Im Jahr 2003 gehörten dazu: das Gedenken an den 17. Juni 1953 und die Umbenennung von Straßen mit Namen von DDR-Funktionären. Sechzehn Verbände berichteten über ihre Tätigkeit in ihrem Themenfeld oder ihrer Region. Einige Verbände hatten bereits internationale Beziehungen angeknüpft. Über die InterAsso war ein reger Austausch

mit den Nationen Ostmitteleuropas entstanden. Es begannen nun auch Arbeitskontakte zur „anderen DDR-Opposition“, den Bürgerrechtlern der 1980er Jahre, die sich vor allem um die Robert-Havemann-Gesellschaft gruppierten. Die Gesellschaft stellte sich erstmals den in der UOKG versammelten Verbänden vor. Eine Zusammenarbeit mit einzelnen Verbänden hatte es schon sehr früh gegeben. Neu war aber nun eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der UOKG und der Havemann-Gesellschaft. Daneben blieben die „traditionellen“ Aufgabenbereiche erhalten. So beteiligte sich die UOKG über viele Jahre hinweg an dem mühsamen und teils auch konfliktreichen Prozess, eine würdige Stätte der Erinnerung und Mahnung für alle Opfer in dem doppelten Lager Sachsenhausen einzurichten. Neu war auch die Beteiligung am Ökumenischen Kirchentag in Berlin mit eigenen Informationsständen, Diskussionsbeiträgen und Veranstaltungen.

Gegen Ende des Jahres 2003 entstanden erneut Spannungen zur Vereinigung der Opfer des Stalinismus, die 1998 der UOKG beigetreten war. Diese Spannungen entstanden freilich nicht an der Basis, in der Zusammenarbeit vor Ort oder in bestimmten Projekten. Hier war die gemeinsame Arbeit das Verbindende. Es wurden sogar Projekte vorangetrieben, VOS und BSV soweit aneinander anzunähern, dass eine Vereinigung möglich erschien. Diese Spannungen, die sich auf den neuen Verbandsvorsitzenden der VOS konzentrierten, begleiteten die Arbeit der UOKG in den folgenden Jahren. Die Mitgliederversammlung der UOKG nahm besorgt zur Kenntnis, dass im Namen der UOKG im Internet rechtsextremistische Äußerungen aufgetaucht waren und beschloss einstimmig folgende Erklärung: „Die Mitgliederversammlung der UOKG am 6. 12.-7.12. in Berlin distanziert sich von allen politisch-extremistischen Äußerungen und Handlungen des Herrn Gustav Rust und Gesinnungsgenossen im Internet und in der Öffentlichkeit. Herr Gustav Rust und Gesinnungsgenossen sind nicht befugt, für die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft und der ihr angeschlossenen anwesenden Gemeinschaften zu sprechen.“¹⁵² Öffentlich wurden auch hochrangige Politiker angegriffen und einer Kollaboration sowohl mit den Machthabern des Dritten Reiches als auch der DDR verdächtigt. So erhielt der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker einen „Fragebogen“, der bereits in den Fragen denunziatorische Vorwürfe enthielt: „Haben Sie in Ihren Verteidigungsreden auch Verbrechen der SS verteidigt, um Ihrem Mandanten zu helfen? Wie eng war Ihre Beziehung zur SED-Diktatur und zu Erich Honecker?“ Diese Fragebogenaktion wäre nicht der Rede wert, wenn nicht dem Antwortschreiben des Bundespräsidenten zu entnehmen wäre, dass er die UOKG für derartige unqualifizierte Angriffe auf seine Person mitverantwortlich machte.¹⁵³ Die UOKG wiederum hatte nicht einmal die Möglichkeit, den Autor des Fragebogens aus ihren Reihen auszuschließen, da dafür die Mitgliedsverbände zuständig waren. Aktionen dieser Art schaden dem Ruf der UOKG und es bedurfte vieler Mühen, um den Schaden zu begrenzen. Mitunter legt sich auch der Verdacht nahe, dass derartige Aktionen bewusst zur Rufschädigung eingesetzt wurden.

Im November 2004 erreichten die Spannungen um die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) auch die Mitgliederversammlung der UOKG. Ein Mitglied der UOKG hatte dem Vorsitzenden der VOS öffentlich „kriminelle Machenschaften“ vorgeworfen, ohne

allerdings hinreichende Belege zu liefern. Daraufhin forderte die VOS dessen Ausschluss aus der UOKG. Die UOKG dagegen empfahl beiden Verbänden, derartig gravierende Vorwürfe gerichtlich klären zu lassen. Nach einer lautstarken Auseinandersetzung, in der die VOS sich nicht durchsetzen konnte, verließen deren Vertreter die Sitzung.¹⁵⁴ Später wurde der Vorstand gerügt, er habe es nicht verstanden, die Diskussion in eine ruhige und sachliche Bahn zu lenken. Die Spannungen verschärften sich zusätzlich durch gegenseitige Vorwürfe, einen Beschluss des Bundestages über eine Ehrenpension durch unkluges politisches Verhalten verhindert zu haben.

Trotz eines Beschlusses der Mitgliederversammlung der UOKG, in der sie die weitere Mitgliedschaft der VOS für wünschenswert erklärte und Streitfragen versprach sachlich auszutragen, blieben Vertreter der VOS in der kommenden Zeit den Mitgliederversammlungen fern, erklärten aber auch nicht ihren Austritt. Dieser Zustand zwischen Schweben und Spannungen blieb noch mehrere Monate bestehen.

Im Februar 2005 wurde Horst Schüler von einem Verbandsmitglied auf eine neue Strategie rechtsradikaler Kreise hingewiesen. Aus der DVU und der NPD heraus waren Initiativen bekannt geworden, in Sachsenhausen an den Gedenkfeiern teilzunehmen und dabei auch der „Opfer des Nachkriegs-KZ zu gedenken.“ Weiter hieß es in dem Brief: „Die Neonazis dringen hier in eine Lücke, die durch die Verantwortlichen für das Gedenken und für die Gedenkstätten selbst geschaffen worden ist. [...] Wenn in diese Aufarbeitungslücke nun die Rechtsextremisten eindringen, entsteht in der Öffentlichkeit ein völlig verzerrtes Bild. Der weniger informierte Bürger schließt daraus, dass hier ein Eintreten für Gesinnungsgenossen erfolgt. [...] Ich möchte mich nicht durch Neonazis vertreten wissen, und das Andenken an viele meiner Freunde verbietet es ebenfalls.“¹⁵⁵ In der folgenden Mitgliederversammlung im März wurde diese Frage diskutiert. Es wurde angedacht, gegen „falsche Bündnisgenossen“ neue Strategien zu entwickeln, „um dem Rattenfängerprinzip der Nazi-Strategen entgegenzuwirken.“¹⁵⁶

Es dürfte kein Zufall sein, dass nunmehr vereinzelt in einigen Verbänden rechtsextreme Äußerungen laut wurden und Extreme auch in Führungspositionen aufstiegen. Vermutlich versuchten Mitglieder auch auf diesen neuen „Bündnispartner“ zuzugehen. Befördernd für diese Radikalisierung dürfte sich der jahrelange frustrierende Kampf um hinreichende Entschädigungen und gesellschaftliche Anerkennung ausgewirkt haben. Gestützt wird diese These durch eine Reihe von Schreiben aus den Kreisen der Opfer, die eine allgemeine Staats- und Politikverdrossenheit dokumentieren, gegen die anzugehen, der UOKG durchaus nicht leicht fiel. Eine solche Äußerung in der Zeitschrift der VOS, der Freiheitsglocke lautete: „Die BRD ist genauso ein Unrechtsstaat nach Völkerrecht wie die DDR und Österreich, denn alle drei sind Produkte der Feindstaatenbesatzungs- und Ausplünderungspolitik.“ Rainer Wagner – als Mitglied der VOS und des Vorstandes der UOKG – beantragte sofort den Ausschluss des Briefeschreibers. Als der Betreffende als Mitglied des BSV zum Beisitzer in dessen Bundesvorstand gewählt wurde, forderte der gesamte Vorstand der UOKG (einschließlich der Schiedskommission) dessen Ausschluss: „Unser wichtigster Grundsatz, der ja auch in unserer Satzung verankert ist, und dem alle

Mitglieder verpflichtet sind, wendet sich mit größter Entschiedenheit gegen jede Form von Rechts- wie Linksextremismus, Antisemitismus und Rassismus.“¹⁵⁷ Doch der Schaden in der Öffentlichkeit war enorm.

Etwa zur gleichen Zeit wurde dem Vorstand der UOKG anonym ein Wortprotokoll zugespielt, in dem ein rassistischer und antisemitischer Redebeitrag eines Mitgliedes der VOS dokumentiert war. Um einem denunziatorischen Klima keinen Vorschub zu leisten, schenkte der Vorstand dem Protokoll keine Beachtung. Daraufhin erhielt der Vorstand der UOKG einen Mitschnitt der Rede zugesandt. Daraufhin wandte sich der Vorstand an den Vorstand der VOS und verlangte unter Hinweis auf die Satzung der UOKG, die rechts-extremistische, antisemitische und rassistische Äußerung untersagte, „eine umgehende Stellungnahme, die keinerlei Zweifel hinterlassen darf.“¹⁵⁸ Um zukünftig mögliche Unterwanderungsversuche zu verhindern, formulierte der Vorstand Kriterien, „für die persönlichen Voraussetzungen und Tätigkeiten der UOKG-Vorstandsmitglieder“. Dazu gehörten unter anderem: eine unbedingte Abgrenzung von allen links- und rechtsextremistischen Parteien und Organisationen, eine Erklärung über eine freiwillige Überprüfung auf Kontakte zum MfS.

VOS und BSV gerieten in dieser Zeit in Turbulenzen, die hier nicht zu schildern sind. Die UOKG bemühte sich darum, die Beziehungen zur VOS aufrecht zu erhalten, ohne in den Ruf zu geraten, extremistische Äußerungen gutzuheißen, die Mitglieder des Vereins an die Öffentlichkeit brachten. Versuchen gegenüber, VOS und BSV zu vereinen, verhielt sich der Dachverband möglichst neutral, obwohl es Versuche gab, sie zu einer Parteinahme zu bewegen. Die angestrebte Vereinigung von VOS und BSV war – soweit für Außenstehende erkennbar – der frustrierenden Erfahrung geschuldet, dass die politischen Häftlinge der DDR nunmehr fast anderthalb Jahrzehnte des Kampfes um die Ehrenpension hinter sich gebracht hatten, ohne ihr wesentlich näher zu kommen. Es bot sich also an, statt der „kleinteiligen“, pluralistischen Strukturen der UOKG eine einheitliche, schlagkräftige Organisation zu entwickeln.¹⁵⁹ Über ein solches Konzept konnte man durchaus diskutieren. Aus Sicht der Akteure erscheint es auch nachvollziehbar. Freilich bleibt die Frage, welche Aktionsformen einer solchen Organisation zusätzlich zur Verfügung stehen würden. Es ist immerhin die Frage zu stellen, ob ein solches Konzept nicht zum Teil der Radikalisierung der Stimmung unter den Opfern allgemein entsprang. Die UOKG versuchte, einen anderen, dialogisch geprägten Weg zu gehen.

Zur Bundestagswahl 2005 verschickte die UOKG „Wahlprüfsteine“ an die Kandidaten und Parteien. Mit dieser Aktion erreichte sie, dass sich eine große Zahl von Politikern mit den Fragen beschäftigen musste. Die erste Frage lautete: „Werden Sie sich in der kommenden Legislaturperiode für die Zahlung einer Ehrenpension/Opferrente an die ehemaligen politisch Verfolgten des Kommunismus einsetzen?“ Die Kandidaten wurden nach ihrem Engagement für Erleichterungen bei den Entschädigungsverfahren der Unrechtsbereinigungsgesetze gefragt. Schließlich sollten sie zu erkennen geben, inwieweit ihnen die Förderung der Opferverbände am Herzen lag.¹⁶⁰ Anfang August 2005 veröffentlichte der *Stacheldraht* die Antworten von CDU/CSU, FDP und SPD sowie eine Ausgabe später

von Bündnis'90/Die Grünen. Auf der Titelseite warnte er davor, die Linkspartei zu wählen. Von ihr könnten die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft kein Engagement, keine Aufklärung über die DDR-Zeit und keinen Einsatz zur Ausgestaltung der Demokratie erwarten.¹⁶¹ Sicher gelang es der UOKG mit dieser Aktion trotz namentlicher Wahlempfehlungen nicht, politischen Druck im Sinne einer Lobby aufzubauen. Sie erreichte aber, dass sich eine große Zahl von Politikern mit ihren Fragen beschäftigen musste und diejenigen Politiker bekannt wurden, die sich in den Parteien am nachhaltigsten für die Belange der Opfer einsetzten.

Im Februar 2006 wurde der Vorstand neu gewählt.¹⁶² Die Wahl erbrachte folgendes Ergebnis: Vorsitzender – Horst Schüler, stellvertretende Vorsitzende – Rainer Wagner und Lothar Scholz; Mitglieder des Vorstands – Siegmund Faust und Angelika Barbe.¹⁶³ Der UOKG gehörten inzwischen 32 Verbände an, von denen freilich vier aus unbekanntem Gründen nicht an der Sitzung teilnahmen. Ihr Fernbleiben dürfte zumindest teilweise damit zu erklären sein, dass sie der Auseinandersetzungen müde waren und sich nur noch wenig vom Dachverband versprachen. Auf verschenkte Möglichkeiten wies auch MdB Arnold Vaatz mit sehr vorsichtigen Worten in einem Interview mit dem *Stacheldraht* hin. Eine bessere Wirkung in die Politik hinein würden die Opfer erzielen, wenn sie ihre Interessen und Strukturen stärker bündelten.¹⁶⁴

Die unterschiedlichen Ansichten über die Strategien der Häftlinge und anderen Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gingen in dieser Phase teilweise in öffentliche persönliche Schuldzuweisungen über. Die klimatischen Veränderungen spiegeln sich auch in den Protokollen. Sie werden von nun an akribischer geführt. Oftmals werden nachträgliche Änderungen in den Formulierungen verlangt. Formalrechtliche Fragen werden strenger beachtet als früher. Eine Radikalisierung einzelner Mitglieder führte zu öffentlichen Äußerungen, die der gesamten Bewegung schaden. Beschlüsse über sachliche Problemlösungen und Appelle, den Streit zu beenden (Schüler im August 2007), wurden nicht befolgt. Eine Krise der Bewegung, in die die UOKG hineingezogen worden war, wurde 2006/2007 unübersehbar. Angesichts der in dieser Zeit forciert geführten Diskussion über die Gedenkstätten und die Empfehlungen der Expertenkommission des Beauftragten für Kultur und Medien zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte sowie die Debatte um das 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz war dies ein sehr unpassender Zeitpunkt. In diesem Zusammenhang veröffentlichte der *Stacheldraht* im Februar 2007 – gegen seine sonstige Gepflogenheit, nicht gegen Mitgliederverbände zu polemisieren – einen offenen Brief an alle Mitglieder der VOS und des BSV, in dem alle Kontroversen noch einmal öffentlich gemacht wurden. Die UOKG bekannte sich darin noch einmal zur ihrer Haltung, keine rechtsradikalen Äußerungen zu dulden. Sie verteidigte ihre Verbandspolitik, die über eine Vertretung der Opfer im engeren Sinne hinausging.¹⁶⁵ Trotz der schwerwiegenden Konflikte mit den Spitzen der beiden Verbände VOS und BSV zählte die UOKG im Februar 31 Mitgliedsverbände. Die Notwendigkeit einer institutionellen Förderung erkannte nun auch die Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, die von der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) einberufen worden war.¹⁶⁶ Die Politik folgte den Empfehlungen der Kommission freilich nicht.



Vorstandswahl im Juli 2007, an der Stirnseite der neue und der alte Vorsitzende Rainer Wagner und Horst Schüler.

Mitte Juli 2007 standen Vorstandswahlen an. Der inzwischen 83-jährige Horst Schüler zog sich aus der Funktion des Vorstandsvorsitzenden zurück. Er wurde mit stehenden Ovationen aus seinem Amt verabschiedet und zugleich als Ehrenvorsitzender gewählt. Die Mitgliederversammlung wählte als neuen Vorstand: Rainer Wagner als neuen Vorsitzenden, Helmut Ebel und Klaus Zöllig als Stellvertreter, Siegmund Faust und Richard Buchner als Beisitzer.¹⁶⁷

Rainer Wagner stellte sich den Mitgliedsverbänden der UOKG in einem Aufsatz vor.¹⁶⁸ Seine wichtigste Aufgabe sah er darin, die zermürenden Querelen unter einigen Mitgliedsverbänden zu beenden. Ausdrücklich lobte er die Haltung des Vorstandes, trotz aller Konflikte die VOS und den BSV nicht per Beschluss aus der UOKG auszuschließen, sondern eine sorgfältige Prüfung vorzunehmen, ob sich nicht doch noch Lösungen finden ließen.

Zu den ersten Projekten des neuen Vorstandes gehörte die Einrichtung einer Schlichtungskommission, die sowohl den Vorstand als auch die Mitgliederversammlung vor Konflikten schützte, die oftmals die Tagungen zeitlich und emotional über Gebühr belastet hatten. Zur Verbesserung der demokratischen Mitbestimmung wurde nun eine Staffelung der Stimmen eingeführt, die den größeren Verbänden einen ihrer Mitgliederzahl entsprechenden Einfluss einräumte. Grundlegende Veränderungen in der Vereinspolitik sollten von nun an erst mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen beschlossen werden können. Eingeführt wurden auch die Ämter der Regionalbeauftragten und des Pressesprechers. Diese formal erscheinenden Regelungen und Aufgabenbestimmungen trugen sehr zur Stabilisierung des Vereinslebens bei. Von der ersten Mitgliederversammlung nach der Wahl Wagners heißt es, die Fülle von Tagesordnungspunkten sei „in auffallend konstruktiver Weise bewältigt worden.“ Thematisch wandte sich die Mitgliederversammlung den psychischen Spätfolgen der Haft zu – ein Thema, das in den

Kongress der UOKG 2009 zur Frage der Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden einging.¹⁶⁹ Wenig später wurde auch Einzelpersonen die Möglichkeit der Fördermitgliedschaft in der UOKG eingeräumt.

Im zeitlichen Zusammenhang mit dem 3. Unrechtsbereinigungsgesetz begann die UOKG im Jahr 2007 mit einer eigenen Beratungstätigkeit. Für die Opferberatung standen nun zwei Berater zur Verfügung (Tino Stephan, Carola Schulze). Für die politische Bildung war Detlef W. Stein zuständig, für die Projektentwicklung Theo Mittrup. Alle Stellen wurden als jährlich neu zu beantragende Projekte finanziert, jedoch in der Hoffnung auf eine künftige institutionelle Förderung eingerichtet. Die Aufgabe eines Bundesgeschäftsführers wurde in dieser Zeit eingestellt, da sie nicht aus Eigenmitteln zu bezahlen war. Im Wahljahr 2009 wiederholte die UOKG ihre Forderung nach institutioneller Förderung. Angesichts der wiederholten, unerfüllten übrigen Forderungen sei an eine ironische Äußerung von Gerhard Finn erinnert, die er fast sieben Jahre früher gemacht hatte: „Ich habe manchmal das Gefühl, dass wir von der Regierung, von andern staatlichen Stellen und Stiftungen nur Drehorgeln bekommen, um auf den Hinterhöfen der Politik als Leierkastenmänner für unsere Rechte, für unsere demokratischen Anliegen politisch und materiell betteln gehen zu können. Jeder Groschen, der dann huldvoll auf den Hof geworfen wird, ist dann noch fein in viel Bewilligungspapier verpackt.“¹⁷⁰ Zweifellos waren Schritt für Schritt Anerkennungen und finanzielle Unterstützung für die Opfer erreicht worden. Der Weg dahin hatte sich aber über nunmehr 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution erstreckt.

Im März 2009 wandte sich die UOKG einem lange vernachlässigten Thema zu: den ehemaligen Heimkindern der DDR. Zwar hatte der *Stacheldraht* regelmäßig über die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof und andere Heimeinrichtungen (z.B. das Durchgangsheim Bad Freienwalde) berichtet. Angesichts der Einrichtung der Runden Tische zur Heimerziehung in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre regte die UOKG eine Erweiterung an: „Deshalb halten wir es für unbedingt erforderlich, die Misshandlungen von Heimkindern in den staatlichen und kommunalen Einrichtungen der DDR mit ins Auge zu fassen.“ Als besonders verwerflich in den DDR-Heimen wurde die sogenannte Selbsterziehung im Kollektiv bezeichnet.¹⁷¹

Ein Ergebnis der wiedergewonnenen Wertschätzung der UOKG, die sich trotz aller notwendigen Konflikte parteiübergreifend einstellte, war die Beteiligung der UOKG in Person von Rainer Wagner bei der Diskussion um das neu zu schaffende Amt einer Beauftragten für die Stasi-Unterlagen im Land Brandenburg. Geplant war zeitweise ein Amt, das gleichermaßen für die Opfer der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktatur zuständig sein sollte. Rainer Wagner, als Mitglied der Brandenburger Expertengruppe sah in einer solchen Konstruktion positive und negative Seiten. Zum einen werde der Gedanke befördert, die Spannungen zwischen beiden Opfergruppen abzubauen, zum anderen müsste die Konzentration in einem Amt den zukünftigen Inhaber überfordern. Er bedauerte dennoch, dass eine gemeinsame Beratung beider Opfergruppen in der neuen Institution schließlich an „der ideologischen Engstirnigkeit der Linken“

gescheitert sei.¹⁷² Die Ausweitung der Funktionsbeschreibung gegenüber einer reinen „Stasi-Beauftragten“ dagegen sah er aus der Sicht der Verbandsarbeit positiv. Die Machtmechanismen der kommunistischen Herrschaft konnte nicht auf die Staatssicherheit verengt werden. Auf diese Weise wurde am 17. Dezember 2009, zwanzig Jahre nach der Friedlichen Revolution, Ulrike Poppe als Landesbeauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur eingeführt. Die Wertschätzung der kritischen Begleitung zur Einrichtung dieses Amtes drückte sich darin aus, dass Rainer Wagner zur Einführung als Redner eingeladen war. Auch 2011, als das Gesetz über die Unterlagen der Staatssicherheit erneuert werden sollte, wurde Rainer Wagner in den zuständigen Bundestagsausschuss berufen und hat sich dort dafür eingesetzt, dass Akteneinsicht und Überprüfungen auf Kontakte mit der Staatssicherheit sachgemäß erweitert wurden.¹⁷³

Nach mehrmaligen Aufforderungen an die politisch Verantwortlichen des Runden Tisches sexueller Missbrauch an Heimkindern in der Bundesrepublik protestierte die UOKG „aufs Äußerste verärgert“ über die Ignoranz des Runden Tisches gegenüber sexueller und körperlicher Gewalt in den Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen der früheren DDR. Sie wies auf die politischen Motive des „Wegsperrens“ von Kindern und Jugendlichen in der DDR hin und stellte fest: „20 Jahre nach der Wiedervereinigung scheint sich der Fokus der politischen Klasse in Deutschland auf das bedauerliche Schicksal der westdeutschen Opfer zu beschränken. [...] Hier werden zwei Klassen von Opfern geschaffen, was tiefe Verletzungen bei den ostdeutschen Betroffenen nach sich ziehen kann.“¹⁷⁴

Rainer Wagner gelang es zusammen mit dem Vorstand nach einer langen Zeit interner Konflikte die UOKG wieder „in ruhiges Fahrwasser“ zu geleiten. Während zwischen VOS und BSV noch lange, stark personell gefärbte Konflikte schwelten, wandte sich die UOKG der Sacharbeit zu. Dies gab ihr die Möglichkeit, sich im Interesse der Verbände auch zu politischen Fragen zu äußern. Das sehr breit gesteckte Feld ist im Internet dokumentiert und kann hier nicht wiedergegeben werden.¹⁷⁵ Hingewiesen sei auf die Mitgliedschaft des Vorsitzenden in Gremien der Stiftung Berliner Mauer und als Beiratsvorsitzender der Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen sowie die Mitarbeit im Arbeitskreis des Regierenden Bürgermeisters von Berlin (AK II), der sich mit den Orten des Gedenkens und den Rahmenbedingungen für Aufarbeitung der DDR-Geschichte in Berlin befasst.

Neben den Kongressen wurden nun verstärkt aktuelle Fragen kurzfristig auch in Podiumsdiskussionen aufgegriffen. In Kooperation mit der Stiftung Berliner Mauer kam es zu stark beachteten Veranstaltungen in der Bernauer Straße. Es gab Vorträge zur Enttarnung des Westberliner Polizisten und Stasi-Mörders Karl-Heinz Kurras (2009), der den Student Benno Ohnesorg erschossen hatte. 2010 wurde eine Podiumsdiskussion zur Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz veranstaltet, bei der erstmalig eine stärkere Betroffenheit der damals zuständigen Kirchenleitung der provinz-sächsischen Kirche (Magdeburg) zu bemerken war. Im Juni 2011 wurde noch einmal der Psychiatriemissbrauch in der DDR thematisiert.¹⁷⁶ In einer weiteren Veranstaltung wurde ein Videospiele



Podiumsdiskussion der Stiftung Aufarbeitung im März 2009 zum Thema „Früher Widerstand“ mit (v.l.n.r.) Achim Beyer, Erich Loest, Karl Wilhelm Fricke, Roland Bude. Moderation: Jaqueline Boysen.

kritisiert, das in skandalöser Weise die Vernichtung von DDR-Flüchtlingen zum Thema hatte. Ebenfalls 2011 fand eine Podiumsdiskussion über die umstrittenen Äußerungen der Mitteldeutschen Bischöfin Junkermann zur Versöhnung der Opfer mit den Stasi-Tätern statt.

Eine grundsätzliche Behinderung der umfänglichen Arbeit blieb jedoch bestehen. Der Umfang der zu leistenden und von den Verbänden auch immer wieder abgeforderten Arbeit muss weiter auf „Projektbasis“ finanziert werden. Im November 2011 appellierte die UOKG deshalb – wie schon in den letzten zwanzig Jahren wiederholt und mitunter auch schon halbherzig zugesagt – an die Bundesregierung, ihr eine institutionelle Förderung zu gewähren.¹⁷⁷

Nach dieser Beschreibung der Geschichte der UOKG sollen nun einige Projekte und Themenfelder vorgestellt werden, welche die Arbeit des Verbandes in besonderer Weise geprägt haben.

Projekte und Themenfelder

Die bisher geschilderte Geschichte des Dachverbandes verfolgte vor allem die großen Linien der Verbandspolitik. Die Schilderung bleibt jedoch ohne Berücksichtigung der Projekte und Themenfelder unvollständig, die über die Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen hinweg über Jahre verfolgt wurden und sich zu einem eindrücklichen Bild summieren. Herausgegriffen werden einige Projekte und Themenfelder, die den Verband besonders beschäftigten. Die tagtäglichen Routinearbeiten, die nach der Einstellung der personellen Förderung nur noch über befristete Projekte und umfangreiche ehrenamtliche Arbeit realisiert werden konnten, müssen hier wenigstens summarisch erwähnt werden, weil durch sie über fast zwei Jahrzehnte in Höhen und Tiefen die Union am Leben erhalten worden ist. Zu hier nicht genannten Feldern gehören die politischen Bemühungen um den Fortgang der Rehabilitierungen durch russische Behörden, die Organisation von Recherchen nach Namenslisten von Lagerinsassen in Zusammenarbeit mit dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, die Forderungen nach Entschädigung für die Zwangsarbeit politischer Häftlinge¹⁷⁸, die Frage nach Strahlenschädigungen durch das MfS¹⁷⁹, die Kritik der Rentenberechnung für Übersiedler. Auch die folgenden Abschnitte bleiben freilich skizzenhaft. Sie könnten erst nach genaueren Recherchen beschrieben werden, obwohl sie zu den wesentlichen Arbeitsbereichen des Vorstandes der UOKG gehören.

Sorge für die Massengräber

Die Einrichtung und konzeptionelle Begleitung von Gedenkstätten einschließlich der Gräber für Opfer der kommunistischen Herrschaft gehören zu den zentralen Anliegen der UOKG. Sie hat sich dieser Aufgabe stets auf zwei Ebenen gewidmet. Einerseits hat sie aktiven Einfluss auf die Schaffung von politischen Rahmenbedingungen genommen und dazu eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Zum anderen hat sie an zentralen Orten an der Entwicklung von Konzepten für einzelne Gedenkstätten mitgearbeitet. Hier waren mitunter auch Konflikte auszutragen, die sich gegen eine politische Instrumentalisierung einzelner Opfergruppen richteten.

Die Suche nach den Gräbern von Menschen, die in den Speziallagern umgekommen waren, gehört zu den frühen Motiven zur Gründung lokaler Initiativen. Die Gräber und Massengräber der Speziallager waren oftmals der einzige Ort, wo Angehörige ihrer Verstorbenen gedenken konnten. Zu Zeiten der DDR waren sie verwildert oder gar überbaut worden. So gehörte es zu den ersten Aufgaben noch vor der Gründung der UOKG, Initiativen zu unterstützen, die sich auf die Suche nach den Gräbern machten. So wurde beispielsweise der erste Zugangsweg zu den Massengräbern des Speziallagers Buchenwald gegen den Willen der Gedenkstättenleitung von der Initiativgruppe Buchenwald gebaut. Dafür hatte sie unbürokratisch 220.000 Mark aus Mitteln des innerdeutschen Ministeriums erhalten. Mittel, die ursprünglich für den Freikauf politischer Häftlinge verwendet werden sollten, wurden nun für die Hilfe an Initiativen in der DDR verwandt. Sie erhielten Schreibmaschinen, Fotokopierer und auch bereits erste Computer.¹⁸⁰



*Kreuz für die Toten des Streiks 1953 in Workuta.
(Foto: Lothar Scholz, November 2003)*

Es war die Frage zu klären, ob die Gräber der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft, darunter besonders die Massengräber, unter diejenigen Bestimmungen der Länder und des Bundes fielen, wie sie den Opfern des Nationalsozialismus zugestanden worden waren: danach hatten die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ein „dauerndes Ruherecht“. Ob und wie weit dieses Recht in allen Einzelfällen auch den Opfern in der SBZ/DDR zugesprochen werden sollte, musste eigens festgestellt und verordnet werden. Erst nach diesem juristischen Akt konnten diese Gräber auf Dauer gesichert und Konzeptionen für das Gedenken entworfen werden.

Im Dezember 1992 konnte die UOKG berichten, dass die Suchgrabungen auf dem Gelände des ehemaligen KZ und späteren Internierungslagers Sachsenhausen abgeschlossen waren. Der zweite Schritt, die würdige Gestaltung

der Massengräber, ließ allerdings trotz Bereitstellung finanzieller Mittel auf sich warten. In dieser Situation verlangte die UOKG in einer Resolution: „Nunmehr gilt es, ohne jeden Verzug dafür zu sorgen, dass diese grauenvollen Stätten des Todes nicht länger als wüste Brache verbleiben. Die vielfach beschworene Sensibilität im Umgang mit dem Lager Sachsenhausen duldet – richtig verstanden – keinen Aufschub bei dieser Aufgabe.“¹⁸¹

Im Laufe der letzten zwanzig Jahre hat die UOKG die Einrichtung von fast vierzig Gedenkstätten und -orten konzeptionell begleitet. Die Hauptlast der Arbeit lag hier freilich bei den lokalen Verbänden und Initiativen.

Konzeptionen für Gedenkstätten

Mahnmale und Gedenkstätten, die an die Verfolgung durch die kommunistische Diktatur erinnern sollten, mussten stets berücksichtigen, dass das Gedenken in einem Land – teilweise sogar am selben Ort – stattfand, wo die Opfer des Nationalsozialismus gelitten hatten. Eine für das eigene Geschichtsbild gewünschte reinliche Trennung zwischen Tätern auf der einen Seite und Opfern auf der anderen Seite schien dort nicht mehr möglich, wo ehemalige Opfer zu Tätern wurden. Umgekehrt wehrten sich Opfer des Nationalsozialismus vehement dagegen, dass ihrer Peiniger möglicherweise als Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft betrachtet und in gleicher Weise gewürdigt

wurden. Einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Verständigungsversuche unter den Opfern nahmen linke Verwalter der Geschichte aus dem Osten und Westen Deutschlands. Nachdem deren Theorien gescheitert waren, die die westlichen Internierungslager mit den östlichen Speziallagern gleich setzten, wurde die These verfochten, dass der wesentliche Unterschied zwischen den KZ während des Nationalsozialismus und den Speziallagern im einmal vorhandenen, einmal nicht nachweisbaren „Vernichtungswillen“ läge. Dieser Unterschied erlaube es nicht, beider Opfergruppen in gleicher Weise zu gedenken. Die Opfer kommunistischer Verbrechen fühlten sich zu Recht als „Opfer 2. Klasse“ herabgestuft. Appelle, das makabre Spiel einer Rangordnung zwischen den Opfern zu unterlassen, hatten – zumindest in dieser Zeit – keinen Erfolg.

Bis die Aufklärung über die kommunistischen Verbrechen durch historische Forschung zweifelsfrei untermauert war, erhielt sich zudem die in der ehemaligen DDR absichtsvoll verbreitete Legende von der vollständigen Entnazifizierung in der DDR, so dass die Speziallager als rechtmäßige Strafmaßnahme gegen nationalsozialistische Täter wahrgenommen wurden. Diese biographisch und politisch entstandenen Kontroversen waren auszuhalten und ernst zu nehmen, auch wenn sie mitunter in der Öffentlichkeit eskalierten. Der – mühsame – Verständigungsprozess über viele Jahre wurde von der UOKG mit getragen. Er ist trotz mancher Erfolge auch heute noch nicht abgeschlossen.

Im Februar 1992 begann ein Klärungsprozess zwischen der UOKG als Vertreter der Opfer nach 1945 mit dem Zentralrat der Juden, der ein berechtigtes Interesse daran hatte, dass die Erinnerung an den Holocaust nicht relativiert würde. In Sachsenhausen und Buchenwald entstand die Frage, wie beider Opfergruppen gedacht werden könnte, ohne die Gefühle der Opfer und Nachfahren der jeweils anderen Gruppe zu verletzen. Den damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Ignaz Bubis, zitierte die Morgenpost im Februar 1993 mit den Worten: „Wir haben zwar Verständnis für die Opfer nach 1945, aber unter diesen Opfern waren neben Sozialdemokraten und Regimegegnern auch Opfer aus Täterkreisen.“¹⁸² Eine besonders schwierige Gesprächssituation war auch deshalb entstanden, weil im Jahr zuvor ein Anschlag auf die Jüdische Baracke des KZ Sachsenhausen stattgefunden hatte, in dessen Folge das Gebäude vollständig niedergebrannt war. Weitere Ausschreitungen von Rechtsextremen konnten den Verdacht nähren, dass sich eine neonazistische Bewegung in Deutschland etablieren könnte. Bubis würdigte zwar die engagierten Demonstrationen und Lichterketten gegen den Rechtsradikalismus, befürchtete aber eine weitere Eskalation. Eine „Konferenz der Verbände ehemaliger politischer Häftlinge“, an der auch die UOKG teilnahm, reagierte auf diese recht vorsichtigen Äußerungen von Bubis mit einem sehr undiplomatisch formulierten Brief: „Wir ehemaligen politischen Häftlinge fühlen uns durch solche disqualifizierende Äußerungen verletzt, gehen aber davon aus, dass in den Kreisen des Zentralrates der Juden ein hohes Maß an Ahnungslosigkeit über die Verhältnisse in der SBZ/DDR, insbesondere über die dort stattgefundene Verfolgung und auch über den Umgang mit ehemaligen Nazis durch die SED herrscht. [...] Bitte geben Sie uns bald Bescheid, ob Sie unser Gesprächsangebot annehmen.“¹⁸³ Sachlich war ein Gesprächsangebot tatsächlich die einzig richtige Lösung. Den ultimativen Ton des Briefes wird man aus der

Rückschau sicherlich sehr selbstkritisch bewerten müssen. Roland Bude, der damalige Vorsitzende der UOKG nahm den Neujahrsempfang beim Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Januar 1994 zum Anlass, sich von „Ton und Form“ einiger derartiger Briefe zu distanzieren, die Ignaz Bubis in dieser Sache zugegangen waren. Er bat aber auch nachdrücklich um Verständnis für die Haltung der politisch Verfolgten der SBZ/DDR, die nicht mit den NS-Tätern vermischt werden wollten. Bubis seinerseits bekundete „den Widerständlern und den schuldlosen Opfern“ ausdrücklich seinen Respekt. Er bat jedoch um Verständnis dafür, dass den jüdischen NS-Opfern von Buchenwald und Sachsenhausen nicht zugemutet werden könne, in einem Atemzug mit den Insassen dieser Lager nach 1945 als Opfer genannt zu werden, solange unklar sei, ob nach 1945 nicht doch auch NS-Täter in diesen Lagern einsaßen. Auch Bubis distanzierte sich von überhöhten Tönen, die vom Zentralrat zu hören gewesen waren. So war der Konflikt zwischen beiden Gruppen zwar nicht ausgeräumt, doch in einem Ton formuliert, der Gespräche möglich machte.¹⁸⁴

Im Februar 1994 wandte sich Gerhard Finn mit einem Rundbrief an die Öffentlichkeit, in dem er auf ein zweites Konfliktfeld aufmerksam machte. Die politischen Häftlinge in den Speziallagern wurden – bewusst oder ohne Kenntnis der historischen Umstände – von Verbänden der NS-Opfer als NS-Täter hingestellt. Die Ablehnung eines gemeinsamen Gedenkens an die Opfer beider Diktaturen wurde mit Äußerungen abgelehnt, welche die Opfer der kommunistischen Herrschaft, Sozialdemokraten und Bürgerliche, die teils in beiden Lagern inhaftiert waren, nur als schlimmste Diffamierung verstehen konnten: „Es ist vor unseren Opfern und den Tausenden lebenden ehemaligen Häftlingen in ganz Europa nicht zu verantworten, in einem Gremium der Stiftung neben Vertretern unserer damaligen grausamen Peiniger und Henker zu sitzen.“ Finn wies darauf hin, dass in diesem Bereich der Anti-Faschismus bewusst instrumentalisiert wurde, um eine Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft zu unterbinden. Er bat darum, das Gedenken an die Opfer nicht an ideologischen und politisch aktuellen Motiven scheitern zu lassen, sondern zu einer Haltung zu finden, die das Leiden und die Rechtlosigkeit der Häftlinge in den Vordergrund stellt.¹⁸⁵

Der Vorsitzende der UOKG, Roland Bude, schilderte zur gleichen Zeit auf eine Anfrage des Innenausschusses des Deutschen Bundestages seine Vorstellungen über die Gestaltung der Mahn- und Gedenkstätten. Er plädierte dafür, das namenlose Grauen in den KZ und den Speziallagern zum Ausgangspunkt der Betrachtung zu nehmen. Diese Blickrichtung lasse es nicht zu, die Situation in den Speziallagern durch die „hehren Ziele“ des Kommunismus zu relativieren und damit zu legitimieren. Nötig sei eine Aufarbeitung des politisch instrumentalisierten Anti-Faschismus in der SBZ und DDR, der eine solche Gewalt mit dem Anschein von Legitimität versehen habe. Die Gedenkstätten müssten sich damit auseinandersetzen, dass sich im Übergang von einer Diktatur zur anderen Täter und Opfer mitunter nicht säuberlich trennen lassen: „Es ist leider so, dass es NS-Opfer gab, die nach ihrer Befreiung in Funktionen des kommunistischen Unrechtsregimes aufstiegen und schreckliche Täter wurden, die noch ihrer Bestrafung harren. Leider ist es auch so, dass sich unter den Opfern des Kommunismus in den KZ's auch NS-Täter

befanden.“ Beide Unrechtssysteme sollten in ihrer jeweiligen historischen Bedingtheit gesehen und nicht gegeneinander ausgespielt werden.¹⁸⁶

Im Oktober 1998 waren die Auseinandersetzungen um das Verhältnis der Opfer beider Diktaturen noch nicht beigelegt, wie ein Aufsatz von Gerhard Finn belegt, den er im *Stacheldraht* veröffentlichte.¹⁸⁷

Als im Juni 2004 der Bundestag über ein „Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“ debattierte, plädierte Horst Schüler in einem Artikel des *Stacheldraht* für eine Anerkennung der Opfer beider Diktaturen in ihrer jeweiligen Eigenart. Eine Aufrechnung der Leiden gegeneinander schade der historischen Wahrheit. Auch von ihrer Ideologie ehrlich überzeugte Kommunisten verdienten Respekt. „Sie waren die ersten, die in die Konzentrationslager gingen, sie sind geschunden worden, wie man überhaupt nur Menschen schinden kann.“ Dass manche unter ihnen später duldeten, dass nun in ähnlicher Form gegen Andersdenkende vorgegangen wurde, müsse man als historische Wahrheit aber auch zur Kenntnis nehmen.¹⁸⁸

Gegenstand einer besonderen Mitgliederversammlung im Januar 2005 war eine intensive Diskussion über eine Konzeption der Gedenkstätte Sachsenhausen und ihre Umsetzung. Im Sinne der Öffnung begann die UOKG nun, nicht nur gegen unbefriedigende Konzeptionen zu protestieren, sondern sich mit der „Politik der kleinen Schritte“ an der Veränderung zu beteiligen.

Mahnmal für die Opfer

Die Idee eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Herrschaft ist seit Dezember 1989 immer wieder einmal an die Öffentlichkeit gebracht worden. Zwischenzeitlich wurde auch angeregt, für herausragende Opfergruppen – der Staatssicherheit, der Mauer, des 17. Juni 1953 – zentrale Denkzeichen oder Erinnerungsorte zu schaffen. Die Beseitigung der an den Volksaufstand von 1953 erinnernden Bilder vor dem Finanzministerium im Jahr 2005 und die beabsichtigte Entfernung von Kreuzen für die Mauertoten im gleichen Jahr in der Berliner Friedrichstraße führten nicht nur zu Protesten der UOKG, sondern auch zu dem Projekt eines Mahnmals für alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an einer prominenten Stelle in Berlin. Ungeklärt blieb bisher das Verhältnis zu dem Vorschlag der Deutschen Gesellschaft, in Berlin ein Nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal zu schaffen.

Das Projekt eines Mahnmals für alle Opfer der kommunistischen Herrschaft wurde innerhalb der UOKG seit 2008 von einer eigenen Arbeitsgruppe in Gesprächen unter anderem mit dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), Staatsminister Bernd Neumann, und dem Berliner Senat verfolgt.¹⁸⁹ Als Schirmherr konnte Otto von Habsburg gewonnen werden. Im März 2010 veröffentlichte die Initiative Mahnmal im *Stacheldraht* einen Aufruf zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.¹⁹⁰ In Gesprächen wurde von Seiten der Politik ein Standort in unmittelbarer Nähe des Reichstags als Möglichkeit akzeptiert. Im April 2010 regte auch der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, die Einrichtung

eines Mahnmals für alle politisch Verfolgten der SED-Diktatur an: „Wir brauchen einen zentralen Ort, der uns zur Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur provoziert.“¹⁹¹ Die Aufgabe besteht bis heute fort. Im April 2012 wurde erstmalig eine befristete Projektstelle zur Förderung einer vertieften wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussion über ein mögliches Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft durch den Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, bewilligt.

Gestaltung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

Opfer der politischen Verfolgung in der SBZ/DDR, die auf eine schnelle Entschädigung nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 gehofft hatten, wurden enttäuscht. Eine erste Hilfe für Hinterbliebene, Internierte, SMT-Verurteilte und alle bisher gesetzlich noch nicht geregelten Fälle konnte Geschäftsführer Roland Bude immerhin im März 1992 in Aussicht stellen. In einem Rundschreiben bat er diese Gruppen, sich an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge zu wenden, die eine zusätzliche Dienststelle in Berlin eingerichtet hatte. Diese erste Hilfe war freilich nicht als Ersatz für die beiden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze gedacht, deren Verabschiedung sich weiter hinzog.¹⁹² Umfang und Form der vorgesehenen Unrechtsbereinigung stießen schnell auf die heftige Kritik der Opferverbände, die sich mitunter in hilflose Wut verwandelte. Nachdem der Bundestag am 17. Juni 1992 unter Protest von UOKG und VOS das 1. Unrechtsbereinigungsgesetz in zweiter und dritter Lesung beschlossen hatte, wurde ein Flugblatt verbreitet, das angeblich von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus und der UOKG herausgegeben worden war. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, beide Verbände begäben sich in eine extremistische Fundamentalkritik nicht nur gegenüber dem Gesetz, sondern gegenüber der gesamten rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik. In seiner Argumentationsweise verletzte dieses Flugblatt die einfachsten demokratischen Gepflogenheiten. Verfasst war es in einer Sprache, die an die kommunistische Propaganda während des Kalten Krieges in den 1960er Jahren erinnerte: „Die Haupttäter und Einpeitscher dieses Schand-Gesetzes“, „...ließ die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ihre Bundestagsabgeordneten als Marionetten tanzen.“¹⁹³ Die Abgeordneten, die sich für das Gesetz entschieden hatten, wurden namentlich aufgeführt und so an den Pranger gestellt. Führende Politiker der Bundesrepublik wurden mit dem Vorwurf konfrontiert, sie hätten bewusst Hinrichtungen in der DDR zugelassen. Beurteilt man das Flugblatt nach seiner Wirkung, so hat es den beiden Verbänden geschadet, die im Begriff waren, aufeinander zuzugehen. Gesprächskanäle in die Politik drohten zu versanden. Eine Erklärung der Hauptgeschäftsstelle des Bundes der Stalinistisch Verfolgten sorgte für weitere Konflikte in der UOKG. Dieser Protest war sehr gefühlsbetont abgefasst, was angesichts der dürftigen Entschädigungsleistungen, die das Unrechtsbereinigungsgesetz vorsah, auch verständlich war. Er sprach aber „im Namen aller Mitglieder“ der Opferverbände der Bundesrepublik Deutschland. Dazu hatte nicht einmal der Dachverband ohne Rücksprache mit seinen Mitgliedern ein Recht.¹⁹⁴

Die Mitglieder der UOKG gingen den Weg des mühevollen, aber andauernden Dialogs. Sie beschlossen auf ihrer Sitzung Ende Juni 1992, eine juristisch fundierte Stellung-

nahme zum 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zu erarbeiten. Rechtsanwalt Günther Rudolph von der Initiativgruppe Lager Mühlberg erhielt den Auftrag, die rechtlichen Voraussetzungen für eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zu prüfen. Die UOKG befürwortete die Teilnahme an einer Protestkundgebung, beteiligte sich aber in keiner Weise an der von Unbekannten inszenierten Hetzkampagne.¹⁹⁵ Sie leitete dem Rechtsausschuss des Bundestages eine Stellungnahme zum Gesetz zu, die in den nächsten Wochen zu einem ausführlichen Dialog mit dem Ausschuss führte.

Zu einer wenigstens graduellen Verbesserung des 1. Unrechtsbereinigungsgesetzes führte ein Pressegespräch der UOKG am 17. September 1992, mit dem die Forderung an die Öffentlichkeit gebracht werden konnte, die Entschädigung für DDR-Häftlinge pro Hafttag von 10 auf 20 bzw. 30 Mark zu erhöhen. Zwar ging die Bundesregierung auf diese Forderung nicht vollständig ein, erhöhte die Tagessätze jedoch noch einmal vor der Verabschiedung des Gesetzes.

Angela Merkel, zu dieser Zeit Stellvertretende Vorsitzende der CDU und Bundesjugendministerin, bot der UOKG und deren Mitgliedsverbänden ein Gespräch über das Gesetz und dessen Umsetzung an, das am 9. Oktober 1992 stattfand. Der politische Protest zeigte Wirkung. Das Gesetz wurde zwar im Bundestag verabschiedet, scheiterte aber im Bundesrat. Entsprechend den Empfehlungen des Vermittlungsausschusses wurden die Entschädigungsleistungen noch einmal erheblich aufgestockt.¹⁹⁶ Die UOKG hatte dazu beigetragen, indem sie vor den Verhandlungen des Vermittlungsausschusses in einer Pressekonferenz ausführlich auf ihre Kritikpunkte hinwies.

Das Gespräch am 9. Oktober 1992 sollte auch Auswirkungen auf das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz haben. Dort forderte Roland Bude, der damalige Vorsitzende der UOKG, die Opferverbände von vornherein an dessen Ausarbeitung zu beteiligen. Er schlug vor, zu diesem Zweck aus Vertretern der CDU-Bundestagsfraktion und der Häftlinge eine gemeinsame Kommission zu bilden. In abgestimmten Beiträgen trugen die anderen Mitgliedsverbände und Gäste weitere Kritikpunkte am 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vor.

In einem Brief an die damalige Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süßmuth, fasste die UOKG im Dezember 1992 noch einmal die Kritikpunkte am 1. Unrechtsbereinigungsgesetz zusammen, das am 4. November in Kraft getreten war.¹⁹⁷ Der für Leistungen an die Opfer vorgesehene Betrag von 1,5 Milliarden Mark sollte über sieben Jahre hinweg gestreckt werden. Bereits die erste für 1993 angekündigte Zahlung lag 20 Millionen Mark unter dem zu erwartenden Durchschnitt. Es wurde deutlich, dass viele Opfer noch Jahre auf die ihnen zustehenden Leistungen warten mussten. Mehr als zwei Drittel der Opfer waren zu diesem Zeitpunkt älter als 60 Jahre. Angesichts des Alters der Opfer und der bereits eingereichten Anträge drängte sich den Opfern der Verdacht auf, die Bundesregierung „spiele auf Zeit“. Die UOKG forderte: „Die Benachteiligten von gestern können nicht wieder die Benachteiligten von heute sein. Sie müssen den Anspruch auf einen Rest von Lebenschancen haben.“

Direkt im Anschluss an die Verabschiedung des 1. Unrechtsbereinigungsgesetzes begann die Arbeit an dem 2. Gesetz, das Verwaltungsunrecht in der DDR aufarbeiten und

entschädigen sollte. Im Januar 1993 teilte Angela Merkel mit, dass zur Erarbeitung des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes eine Arbeitsgruppe „Politische Häftlinge der SBZ/DDR“ aus Vertretern der CDU-Fraktion des Bundestages und ehemaligen Häftlingen gebildet werden sollte. Es entstand die Hoffnung, dass mit dem 2. Gesetz die Belange politischer Opfer besser berücksichtigt würden, als dies bei dem ersten Gesetz geschehen war. Der Vorstand der UOKG formulierte in den nächsten Tagen und Wochen seine Vorstellungen über das Gesetz und sandte sie unter anderem an das Innen- und Justizministerium des Bundes.¹⁹⁸

Die gemeinsame Arbeitsgruppe kam tatsächlich in Form eines Häftlingsbeirates zustande. Auf diese Weise konnte in der UOKG der Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht, der freilich bereits am 10. Februar 1993 vom Bundeskabinett beschlossen worden war, Ende April zur Kenntnis genommen werden, bevor der Bundesrat dazu Stellung nahm. Vorgesehen war, dass das Gesetz am 1. Juli 1994 in Kraft trat.¹⁹⁹ Die Zwischenzeit nutzte die UOKG intensiv für Gespräche im politischen Raum.

Im September 1993 hatte der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages zu einer Anhörung zum 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz eingeladen. Der neue Geschäftsführer Harald Strunz kritisierte den Entwurf massiv. Er sei mehr an der Finanzlage der Bundesregierung orientiert als an den Bedürfnissen der ehemaligen Verfolgten. Nicht ihr Verdienst bei der Überwindung der SED-Diktatur nehme das Gesetz zum Ausgangspunkt von Leistungen, sondern ihre soziale Bedürftigkeit. Damit verkomme die Entschädigung zum Almosen, die Anerkennung des Widerstandes zur Zuwendung an Bedürftige. Strunz riet ihm Namen der UOKG zu einer Neufassung des Gesetzes.²⁰⁰ Die gleiche Meinung vertrat die UOKG bei einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages.

Im März 1994 informierte Rolf Schwanitz (MdB) die UOKG über einen Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, welcher die Kritik von Harald Strunz positiv aufnahm: „Die Entschädigung der ehemaligen politischen DDR-Häftlinge ist eine Aufgabe, die von allen gemeinsam gelöst werden muss, finanzielle Erwägungen dürfen hierbei nicht im Vordergrund stehen.“ Im Entschließungsantrag hieß es, auch mit dem 2. Unrechtsbereinigungsgesetz sei die Wiedergutmachung von DDR-Unrecht nicht abgeschlossen.²⁰¹

Am 18. März 1994, am vierten Jahrestag der ersten freien Wahlen in der DDR, forderten insgesamt 34 Initiativen und Verbände, unter ihnen auch die UOKG, die Defizite bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu beheben. Sie verlangte von den zur Bundestagswahl antretenden Parteien intensivere Bemühungen:

- Die materiellen und immateriellen Schäden der Internierten, Deportierten, Enteigneten und Benachteiligten zu beheben.
- Die Verantwortlichen und Zuarbeiter der SED-Diktatur und SBZ zur Verantwortung zu ziehen.
- Die Unterlagen der Staatssicherheit dauerhaft und leicht zugänglich zu machen.
- Stätten der Mahnung und des Gedenkens für die Opfer der „Sowjet- und SED-Diktatur“ ausreichend zu fördern.

- Die geistige Auseinandersetzung mit dem politischen System der DDR als festen Bestandteil der politischen Bildung finanziell zu sichern.
- Klare ablehnende politische Haltungen gegen die SED und ihre Nachfolgepartei, die PDS, zu bewahren.²⁰²

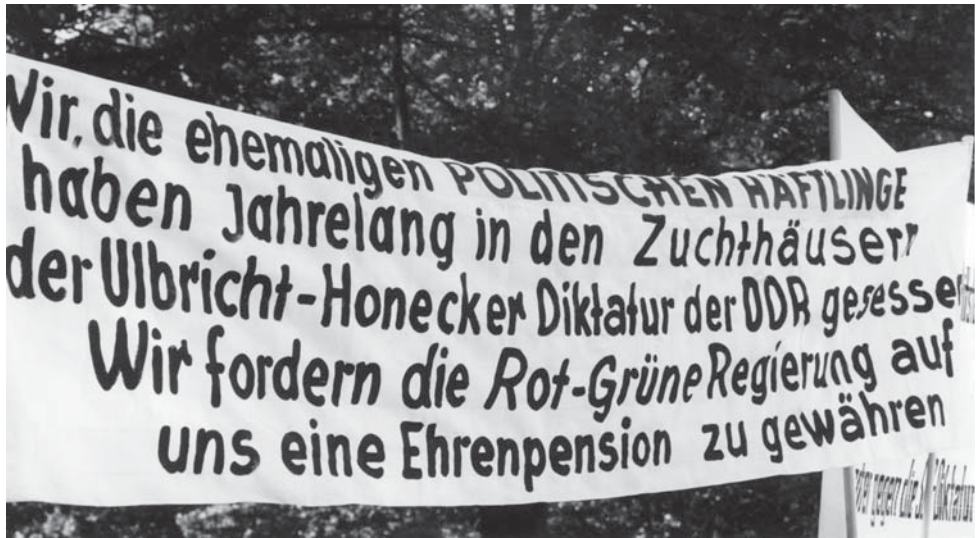
In den folgenden Jahren wurden in vielen politischen Hintergrundgesprächen und manchmal auch öffentlichen Protesten mehrfach (1994, 1997, 1999) Regelungen zur stufenweisen Verbesserung der Situation der Opfer erreicht.

Ein Ergebnis der langwierigen Gespräche zeigte sich im April 1999, als Staatsminister Rolf Schwanitz mit „verbindlichen Eckpunkten zur Verbesserung und Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze“ an die Öffentlichkeit trat. Die Eckpunkte beinhalten eine Erhöhung der Kapitalentschädigung für alle politischen Häftlinge, eine Verbesserung der Leistungen für Hinterbliebene, erleichterte Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden, Verbesserungen der Leistungen für Verschleppte jenseits von Oder und Neiße sowie eine Verlängerung der Antragsfristen für die Rehabilitierungsgesetze. Gerechnet wurde mit 160.000 Antragsberechtigten.²⁰³

Zusammen mit anderen Verbänden unterzeichnete die UOKG im Mai 2000 die „Schweiner Erklärung“, in der die Opferverbände die Zahlung einer Ehrenpension von 1.400 Mark forderten, um widerständiges Verhalten in der DDR zu würdigen, das mit Repressionen beantwortet worden war.²⁰⁴ Wenig später legten Günter Nooke (MdB) und andere Mitglieder der CDU-Bundestagsfraktion der Öffentlichkeit einen Entwurf für ein Drittes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht vor. Dieses Gesetz sah eine Ehrenpension von 1.000 Mark vor, die durch eine Haftentschädigung noch um 400 Mark erhöht werden konnte. Auch hier entstand wieder das Problem, dass aus nicht nachvollziehbaren Gründen die Opfer der kommunistischen Herrschaft schlechter gestellt waren als die Opfer aus der Zeit des Nationalsozialismus. Der teilweise wütende Widerspruch, der diesem Gesetzesentwurf entgegengestellt wurde, verkannte freilich, dass hier ein positiver politischer Anknüpfungspunkt entstanden war, den man eher nutzen als bekämpfen sollte.

Im März 2003 sprach der Vorstand der UOKG mit einer Reihe von Politikern, darunter den Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz (CDU) und Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen), versandte in einer großen Aktion Briefe an politische Entscheidungsträger und äußerte sich in der Öffentlichkeit über die bisher ausgebliebene Ehrenpension. Arnold Vaatz berichtete, dass die CDU-Fraktion einen derartigen Antrag in den Bundestag einbringen werde.²⁰⁵

Im November 2003 wurden nach intensiven Bemühungen durch den Bundestag neue rehabilitierungsrechtliche Vorschriften und die Antragsfristen für strafrechtliche, verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitationen thematisiert.²⁰⁶ Die UOKG führte in diesen Monaten noch einmal Gespräche mit Politikern aus Regierung und Opposition. Sie rief alle Bundestagsabgeordneten auf, für eine Ehrenpension zu stimmen. In dieser Zeit verbreitete sich die Information, dass die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge aufgelöst und die Entschädigungen abgeschlossen werden sollten. Nach Intervention der Verbände beschloss der Bundestag schließlich, die Antragsfristen bis 2007 zu verlän-



Demonstration der politischen Häftlinge für eine Ehrenpension am 29. September 2000 am Brandenburger Tor.

gern. Einen Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung einer Opferpension aber lehnte die Regierungskoalition im Januar 2004 ab.

Im September 2006 gab es handfeste Anzeichen, dass die große Koalition über eine Opferpension nachdachte. Eine entsprechende Formulierung war 2005 in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Erste Entwürfe waren bereits entstanden. Drei Landesregierungen hatten einen Entwurf für ein Gesetz über die Opferpensionen eingebracht. So bemühte sich die UOKG wiederum, mit Politikern ins Gespräch zu kommen, die Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen konnten.²⁰⁷ Horst Schüler hatte bereits im April 2006 für die UOKG an einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu den Entwürfen des 3. Unrechtsbereinigungsgesetzes teilgenommen.²⁰⁸

Die vorbereitenden Gespräche endeten jedoch enttäuschend. Horst Schüler kritisierte die inzwischen von den Regierungsfractionen ausgehandelten Eckpunkte. Die versprochene „angemessene Würdigung“ sei ausgeblieben. Wieder werde lediglich für die Bedürftigen ein Almosen ausgegeben. Er resümierte das Ergebnis der langwierigen Gespräche mit folgenden Worten: „Wir waren wieder einmal zu vertrauensselig.“²⁰⁹ In einem Pressegespräch brachte die UOKG ihre Position im Februar 2007 noch einmal an die Öffentlichkeit und veröffentlichte den Gesetzentwurf im *Stacheldraht*. In Briefen an Politiker forderte die UOKG, ihre Bedenken offiziell in einer Anhörung zur Kenntnis zu nehmen.²¹⁰

Als im März 2007 zum ersten Mal das 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz im Bundestag diskutiert wurde, nahmen Vertreter der UOKG auf den Besucherbänken Platz und demonstrierten auf diese Weise, dass sie Einfluss auf die Gestaltung des Gesetzes zu nehmen gedachten. In einem Brief an alle Fraktionen des Bundestages außer der PDS forderte die UOKG wenige Tage später, die Opfer der kommunistischen Verfolgung nicht

schlechter zu stellen als die Opfer des Nationalsozialismus. Diese Ungleichbehandlung entstand vor allem durch die ungeprüfte Weiterzahlung der Ehrenpensionen aus DDR-Zeiten. Im Mai 2007 kam es deshalb wieder zu Demonstrationen der Opfer. Als am 6. Juli 2007 das 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz den Bundesrat passierte, war nach vielen Briefen des UOKG-Vorstandes sowie vielen Gesprächen in offiziellen Gremien und persönlich mit Politikern immerhin ein Kompromiss erreicht. Für 42.000 Opfer des Kommunismus war eine Opferpension erreicht, deutlich mehr – wie Horst Schüler vermerkte – als vorher. Er fragte im *Stacheldraht*: „Erfolg oder Trostpflaster?“²¹¹ Unzufriedenheit herrschte bei der UOKG und ihren Mitgliedern weiter über die Bedürftigkeitsprüfung, die Mindestzeit einer Haft von sechs Monaten und den Nachweis einer politischen Verfolgung, die zu Voraussetzungen von Zahlungen erklärt wurden. Im September 2007 begann die UOKG damit, Praxisprobleme bei der Umsetzung des Gesetzes zu sammeln und an Mitglieder des Bundestages weiterzuleiten.²¹² Sie ermunterte alle Mitglieder der Verbände, nun einen Antrag nach dem 3. Unrechtsbereinigungsgesetz zu stellen, indem sie ein Antragsformular auf die Titelseite des *Stacheldraht* setzte.²¹³

Anerkennung von haft- und verfolgungsbedingten Schäden

Die UOKG hatte stets dafür geworben, denjenigen Menschen, die aus politischen Gründen zu Opfern geworden waren, unabhängig von Schäden eine Ehrenpension zuzugestehen. Als sich abzeichnete, dass diese Forderung auf absehbare Zeit nicht durchzusetzen war, musste sich die UOKG der aktuellen Entschädigungspraxis zuwenden und dort möglichst Erleichterungen für die Opfer erstreiten sowie für das Beratungsnetz der Verbände günstige politische Rahmenbedingungen schaffen.



Demonstration für Ehrenpensionen und Anerkennung von Haftfolgeschäden im Frühjahr 2007.

Bei der Anerkennung von haft- und verfolgungsbedingten Schäden wirkten sich zwei Bereiche als dauerhaft nachteilig für die Betroffenen aus: Zum einen gab es in einer großen Zahl von Fällen keine schriftlichen Dokumente oder andere justiziable Belege, mit denen Schäden auf eine Haft oder andere Verfolgung in der DDR zurückgeführt werden konnten. Zudem erwies sich die medizinische Begutachtung als schwierig, da ein adäquates Urteil nicht nur medizinische Kenntnisse, sondern auch historisches Wissen um die Begleitumstände von Haft und Verfolgung voraussetzten.

Die UOKG hatte anfangs zusammen mit anderen Opferverbänden dafür geworben, keine Verfahren vorzuschreiben, die von den Betroffenen als entwürdigend empfunden werden mussten, weil sie ihren Opferstatus detailliert nachweisen mussten. Eine Ehrenpension bzw. eine Opferrente mit einem Minimum an Prüfungsverfahren hätte diese Aufgabe erfüllen können, war aber in der Politik nicht mehrheitsfähig. Als daraufhin mit den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen Folgen abgeschätzt werden mussten, versuchte die UOKG angesichts der schwierigen Beweislage für die überwiegende Zahl der Betroffenen, wenigstens eine Umkehr der Beweislast durchzusetzen. Betroffene sollten nicht mehr beweisen müssen, dass ihr Schaden auf Verfolgung zurückzuführen war. Die entscheidende Stelle sollte den Gegenbeweis führen müssen, dass trotz einer plausiblen Darlegung der Umstände die Schädigung nicht eine Folge der Repressionen war. Nachdem auch dieses Verfahren keine Akzeptanz fand, wurde über Beweiserleichterungen gesprochen. Auch dieser weitgehende Kompromiss fand keinen Niederschlag in den Verfahren. Die entscheidenden Stellen werden seitdem zwar regelmäßig von den zuständigen Ministerien aufgefordert, sachlich und historisch korrekt im Sinne des Antragstellers zu entscheiden. Einklagbar ist eine solche Grundhaltung freilich nicht.²¹⁴ Das Problem bestand darin, dass ein ursächlicher Zusammenhang so geschildert werden musste, dass er als „wahrscheinlich“ angenommen werden konnte. Um zu diesem Urteil zu kommen, musste die entscheidende Stelle jedoch über ausreichendes historisches Wissen verfügen, um einen Wahrscheinlichkeitsgrad einschätzen zu können. Dies war in einer hohen Zahl der Entscheidungen nicht der Fall.²¹⁵

Wie wichtig diese Vertretung der Opfer war, zeigt eine Notiz vom November 1993. Nach Berechnungen der UOKG war über 22.000 Anträge auf Entschädigung nach dem 1. Unrechtsbereinigungsgesetz noch nicht entschieden worden. Nur 350 Anträge pro Monat wurden durch die Behörden entschieden. Daher war es über die Antragstellung hinaus für viele bedürftige und ältere Menschen wichtig, über Möglichkeiten der Beschleunigung beraten zu werden.²¹⁶

Da die Gesetzeslage inzwischen festgeschrieben war, versuchte die UOKG Einfluss auf die Ausgestaltung der Verfahren zu nehmen. Dazu entstanden verschiedene Fallsammlungen über Entscheidungen der Ämter, die einen Überblick über die unterschiedlichen, teilweise auch inkompetenten Entscheidungen vermittelten.²¹⁷ Zu Anfang des neuen Jahrtausends wurden alle diesbezüglichen Entscheidungen entsprechend dem Häftlingshilfegesetz und dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz einer nochmaligen

Überprüfung unterzogen. Die neue Überprüfung der Entscheidungen über Haftfolgeschäden ergab ein ermutigendes Ergebnis: von fast 5.400 Fällen, die überprüft worden waren, wurden 4.800 bestätigt. In etwa einhundert Fällen wurde die Entscheidung geändert und nur in zehn Fällen zuungunsten der Betroffenen. Etwa 500 Fälle waren zum Zeitpunkt der Erfassung noch nicht entschieden.

Um Kompetenzen der UOKG bei der Beratung und gutachterlichen Tätigkeit in Fragen der Haftfolgeschäden zu stärken, bildete die UOKG Mitte 2000 einen ärztlichen Beirat. Diese Funktion nahm Dr. Steffen Haas, Direktor einer psychiatrischen Klinik in Köln, wahr.²¹⁸ In Abstimmung mit dem ärztlichen Beirat versuchte die UOKG abzuschätzen, wie groß die Zahl der behördlichen Ablehnungen war. Im *Stacheldraht* 6/2000 wurde ein Fragebogen veröffentlicht, mit dem sich die UOKG einen Überblick verschaffen wollte, welche ehemaligen Häftlinge an psychischen und körperlichen Folgen litten, die von Amts wegen noch nicht anerkannt waren. Die Erkenntnisse wollte die UOKG nutzen, um weitere politische Schritte in die Wege zu leiten. Wie schwierig dieses Unternehmen war, zeigt sich daran, dass es zeitlich und personell nicht einmal zu schaffen war, die erhobenen Daten elektronisch zu erfassen, um sie dann auswerten zu können.²¹⁹ Zwar erklärte sich die Stiftung Aufarbeitung in freundlicher Amtshilfe bereit, die Datenerfassung zu übernehmen. Sie hatte aber den Aufwand einer solchen Dienstleistung unterschätzt, so dass die Daten schließlich erst 2003 in einer Form vorlagen, die eine kompetente Aussage ermöglichte. Neben den ausgefüllten Fragebögen finden sich immer wieder detaillierte Beschreibungen von ehemaligen Häftlingen, die über fast ein Jahrzehnt hinweg durch mehrere gerichtliche Instanzen ihr Recht erstreiten mussten. Ein Häftling beispielsweise legte gegen die völlige Verneinung seiner körperlichen Beschwerden durch das Amt für Versorgung 1994 Widerspruch ein. Als er drei Jahre später immer noch keine Reaktion erhalten hatte, klagte er vor dem Sozialgericht, das ihm entsprechend einem ärztlichen Gutachten Recht gab. Nachdem wiederum das Landesamt für Versorgung Widerspruch einlegte, setzte das Landessozialgericht die Vollstreckung aus. Auf eine neue gerichtliche Entscheidung wartete der Häftling im Jahr 2001 immer noch. Ein Ende der Auseinandersetzung, die er nur als entwürdigend empfinden konnte, war nach sieben Jahren immer noch nicht erreicht. Er schloss seinen Brief mit den bitteren Worten „Recht haben heißt noch lange nicht, Recht bekommen.“

In diesen Jahren versuchte die UOKG zu erreichen, dass nur noch zertifizierte Gutachter, die mit der Situation von Verfolgten aus der SBZ und der DDR vertraut waren, zur medizinischen und psychologischen Begutachtung herangezogen wurden. Sie erreichte über ihren medizinischen Beirat immerhin, dass von ihr empfohlene erfahrene Ärzte und Psychologen Maßstäbe in der Begutachtung setzten, die nicht mehr so leicht zu unterlaufen waren.²²⁰ Während dieser Arbeit wurde auch festgestellt, dass 2001 immer noch ehemalige hauptamtliche und Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit im Gesundheitswesen arbeiteten. Eine Studie von Doris und Eberhard Scholz belegte dies mit genauen Zahlen für den Raum Frankfurt/Oder.²²¹ Auch diese Erkenntnis machte deutlich, wie wichtig es war, Gutachter zu finden, denen die Betroffenen vertrauen konnten.

Im Oktober 2004 erhielt die UOKG Informationen, dass intern in der Regierungskoalition vorgeschlagen worden war, die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge abzuwickeln. Ob es sich um eine Fehlinformation handelte oder ob Proteste und Hintergrundgespräche hier wirksam wurden, konnte nicht geklärt werden. Am 17. Februar 2005 jedenfalls beschloss der Bundestag auf Initiative mehrerer Abgeordneter aus unterschiedlichen Fraktionen, „die Häftlingsstiftung zu erhalten und finanziell ausreichend auszustatten.“²²² Tatsächlich erhielt die Stiftung im Oktober 2005 eine Aufstockung von zwei Millionen Euro, die unter den Bedingungen der Bedürftigkeit den Zivildeportierten vom Januar bis April 1945 der Gebiete jenseits von Oder und Neiße zugutekamen.²²³

Im Oktober 2009 zog die UOKG in einem Kongress ein Resümee.²²⁴ In einem vergleichenden Vortrag machte Ulrike Guckes deutlich, dass eine großzügige und unbürokratische Entschädigung der NS-Opfer nach 1945 im Westen Deutschlands auch nicht im Selbstlauf stattgefunden hatte. Vielmehr waren die Kernbestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes auf Druck der amerikanischen Besatzungsmacht zustande gekommen und im Laufe der Jahre einerseits mit Verbesserungen, andererseits auch mit einer Erhöhung der bürokratischen Hürden versehen worden. Das für die Häftlinge aus der DDR erlassene Häftlingshilfegesetz aus den 1950er Jahren sollte jedoch nicht entschädigen, sondern nur eine Hilfe zur Eingliederung in den Westen geben. Auf Proteste gegen die Ungleichbehandlung von Opfern des nationalsozialistischen und des kommunistischen Regimes reagierte die Politik damals mit dem Versprechen, nach einer Wiedervereinigung neu über eine Bewertung des erlittenen Unrechts zu befinden. Diese Neubewertung hat nach der Wiedervereinigung nicht stattgefunden. Auch das im September 1990 von der Volkskammer beschlossene Rehabilitierungsgesetz nahm eine solche Neubewertung nicht vor, sondern sprach den Häftlingen unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf soziale Ausgleichsleistungen zu. Im Zentrum des Gesetzes stand eine „politisch-moralische Genugtuung“ der Betroffenen in der Regel durch eine förmliche Aufhebung des Unrechtsurteils. Ulrike Guckes wies darauf hin, dass das 1. Unrechtsbereinigungsgesetz eine Haftfolgenentschädigung versprach, die jedoch wiederum an den Nachweis von entstandenen Schädigungen gebunden war. Dieser Nachweis konnte naturgemäß von vielen nicht erbracht werden oder setzte jahrelange juristische Auseinandersetzungen in Gang. Beweiserleichterungen, die NS-Opfern nach langen Auseinandersetzungen zugestanden wurden, waren für die Opfer der kommunistischen Diktatur bis 2009 abgelehnt worden.

Über Möglichkeiten der Beweiserleichterungen und der Verbesserung medizinischer Gutachten in Thüringen wurde auf dem Kongress ausführlich debattiert. Zu den Maßnahmen in Thüringen gehörte beispielsweise, dass Gutachter neben dem selbstverständlichen medizinischen Fachwissen auch über die historischen Umstände informiert sein mussten, wenn sie als Gutachter anerkannt werden sollten. Für ihre Weiterbildung in diesem Bereich wurden Schulungen angeboten. Die Möglichkeiten der Beweiserleichterungen, beispielsweise beim Verlust beweiskräftiger Unterlagen, wurden deutlich zugunsten der Betroffenen ausgelegt. Bestimmte Entscheidungen und Gutachten waren in Thüringen den übergeordneten Dienststellen vorzulegen. Dies erhöhte die Quote der sachlich fundierten Entscheidungen erheblich. Deutlich wurde in weiteren Referaten,

dass Unkenntnis und eine zu schwache Infrastruktur eine wirksame Behandlung von posttraumatischen Belastungsstörungen von ehemaligen Häftlingen weitgehend unmöglich machten. Schließlich stellte die UOKG eine Fallsammlung vor, welche in Zukunft die Bewertung neuer Fälle mit höherer Entscheidungskompetenz versehen konnte. Der Kongress machte deutlich, dass die mühsame fachliche und politische Kleinarbeit, die teils von der UOKG geleistet, teils von ihr unterstützt worden war, durchaus zu Verbesserungen in der Anerkennung dieser speziellen Schädigungen geführt hatte.

Im Juli 2010 regte die UOKG an, bestimmte Opfer der Staatssicherheit regelmäßig auf eine Veränderung der Belastungsstörungen zu untersuchen, um den im Alter zunehmenden Symptomen besser entgegenwirken zu können. Im April 2011 unterstützte die UOKG eine Petition der Initiative verfolgter Schüler und Studenten an den Deutschen Bundestag zur rechtlichen Gleichstellung der verfolgten Schüler und einer Verbesserung ihrer aktuellen Situation.

Deutlich wurde auch, dass die umfangreiche Beratungstätigkeit der Verbände und zum Teil auch der UOKG selbst, die der Dachverband stets auf der politischen Ebene gestärkt und gerechtfertigt hatte, sich umfassend bei der Antragstellung bewährt hatte.

Beratung für die Opfer

Die Beratung von Betroffenen und Opfern der kommunistischen Herrschaft war (und ist) vor allem aus zwei Gründen unabdingbar. Anfang der 1990er Jahre herrschte eine verworrene Rechtslage, die sich zudem ständig durch neue Gesetze änderte. Anträge an die Behörden konnten ohne Beratung durch geschultes Personal kaum erfolgreich gestellt werden. Zum anderen wurde deutlich, dass es eine große Zahl von Menschen gab, die Hilfe bei der Bewältigung der Folgen von Haft, Repression und Verwaltungsunrecht benötigten. Ein Großteil dieser Beratung wurde von den Mitgliedsverbänden der UOKG wahrgenommen. Seit April 1992 wurde das Aufgabengebiet der „Rehabilitierungs- und Entschädigungsberatung“ als ständiges Projekt aufgezählt.²²⁵ Beratung fand aber bereits seit Gründung der ersten Verbände statt. Die UOKG hat sich stets dafür eingesetzt, dass für die Beratungstätigkeit der Mitgliedsverbände günstige Rahmenbedingungen herrschten.

Seit dem Jahr 2007 verfügt die UOKG über eine von dem Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen geförderte Beratungsstelle, die heute (2012) mit vier Mitarbeitern besetzt ist:

- Katrin Behr, für Betroffene von Zwangsadoptionen,
- Carola Schulze, vorwiegend für soziale Fragen,
- Florian Kresse, vorwiegend für juristische Fragen,
- Kerstin Kuzia, für ehemalige Heimkinder aus der DDR.

Spendenaktion mit Sonderbriefmarke

Zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 erschien eine Sondermarke. Der Erlös der damit verbundenen Spende von 25 Cent pro Briefmarke sollte den Opfern der kommunistischen Herrschaft zugutekommen. Die Anregung ging auf eine Initiative von

Mitgliedern zurück, die damals noch zur VOS gehörten. Nach einigen Diskussionen über die konkrete Verwendung der Gelder (politische Bildung, Unterstützung der Initiativen und Gedenkstätten) wurde einvernehmlich festgelegt, den der UOKG zukommenden Anteil von 600.000 Euro direkt an bedürftige Opfer weiterzugeben. Mit dieser Aufgabe wurden von der Stiftung Aufarbeitung die UOKG und ihre Verbände beauftragt.

Zu diesem Zweck wurde ein Fragebogen als Entscheidungshilfe entwickelt. Die von den Verbänden als bedürftig ausgewählten Personen hatten Ort und Zeit ihrer politischen Haft sowie der Rehabilitation anzugeben, ihre soziale Notlage glaubhaft zu machen und eventuelle Unterstützung durch andere Organisationen anzugeben. Eine Mitgliedschaft in einem der Opferverbände war nicht zwingend vorgeschrieben.²²⁶

Im Februar 2004 wurde zusammen mit der Stiftung Aufarbeitung ein Verfahren entwickelt, die eingenommenen 600.000 Euro ohne zu großen Verwaltungsaufwand und trotzdem gerecht an die Bedürftigen weiterzugeben.

Im November 2004 berichtete Horst Schüler, dass die Verteilung der Gelder erfolgreich abgeschlossen worden war. Im Protokoll der Mitgliederversammlung heißt es dazu: „Wir sollten stolz sein, diese große Hilfsaktion, bei der über 600.000 Euro an notleidende Opfer des Kommunismus verteilt wurden, mit unseren ehrenamtlichen Strukturen bewältigt zu haben.“ Die Verwaltungskosten für die Aktion betragen, nicht zuletzt wegen des hohen Anteils an ehrenamtlicher Arbeit, knapp 2 Prozent der zur Verfügung gestellten Summe.²²⁷ Insgesamt konnte mehr als 900 Opfern unbürokratisch in einer sozialen Notlage geholfen werden.

Da den deportierten Frauen jenseits von Oder und Neiße mit dieser Aktion nicht geholfen werden konnte, startete die UOKG für sie eine gesonderte Hilfsaktion, die im folgenden Abschnitt vorgestellt wird.

Einsatz für zivile Deportierte

Einer Opfergruppe, deren Chance auf Entschädigung oder wenigstens Anerkennung der Leiden fast aussichtslos war, hat sich die UOKG während ihrer gesamten Existenz immer wieder zugewandt: den zwischen Januar und April 1945 zur Zwangsarbeit aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße Deportierten, für die sich die deutsche Regierung als nicht zuständig erklärte. Der Einsatz für diese Opfergruppe rief immer wieder Vorwürfe auf den Plan, in revanchistischen Bahnen zu denken. Aus diesem Grunde scheuten die meisten Politiker vor dieser Frage zurück. Die UOKG hat sich von Anfang an dieser Opfergruppe zugewandt und sich gleichzeitig gegen Vorwürfe der oben genannten Art verwehrt.

Bereits im Januar 1993 wies die UOKG öffentlich auf die Ungleichbehandlung der Opfer westlich und östlich von Oder und Neiße durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz hin.²²⁸ Als sich nach vielen Aufrufen und politischen Gesprächen nicht einmal eine Minimallösung abzeichnete, rief Horst Schüler im November 2004 die von der UOKG vertretenen Opfer auf, für die vergessene Opfergruppe der zur Zwangsarbeit deportierten Frauen östlich der Oder und Neiße zu spenden.²²⁹ Im Juni 2005 konnte Schüler berich-

ten, dass vor allem andere Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft 30.000 Euro für diese Gruppe gespendet hatten. Aus der Wirtschaft und Politik waren bisher keine nennenswerten Reaktionen oder gar Spenden gekommen. Im Archiv der UOKG finden sich dagegen Briefe des Dankes: „Ich war doch sehr überrascht, dass es noch Menschen gibt, die an unserem Schicksal Anteil nehmen.“²³⁰ Anfang des Jahres 2006, so geht aus den Unterlagen des Rechnungsführers Ewald Ott hervor, hatten sich die Spenden auf 65.947,60 Euro summiert, die ohne Abzug von Verwaltungskosten an die Bedürftigen weitergeben wurden.²³¹

Immerhin konnte erreicht werden, dass die Zivildeportierten Unterstützungsleistungen von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge erhielten, falls sie sich in einer sozialen Notlage befanden. Zu diesem Zweck erhielt die Stiftung im Jahr 2005 – allerdings erst nach Intervention der UOKG – zusätzliche Mittel von zwei Millionen Euro.²³² Diese Unterstützung sollte jedoch im Jahr 2010 wieder eingestellt werden. Daraufhin forderte die UOKG, die Häftlings-Stiftung so auszustatten, dass wenigstens diese Leistungen weiter gezahlt werden können. Sie schlossen sich der Forderung des Bundes der Vertriebenen an, „den inzwischen hochbetagten ehemaligen deutschen Zwangsarbeitern in der Sowjetunion endlich eine Einmalentschädigung zu gewähren.“²³³

Stimme in den Enquetekommissionen

Zu den zweifellos herausragenden Ereignissen der deutschen Politik in der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit gehört die Einsetzung der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ am 12. März 1992. An dem Prozess der Verständigung über die Bewertung dieser zweiten deutschen Diktatur, die von einer lebhaften öffentlichen Debatte begleitet war, beteiligte sich die UOKG mit ihren Mitgliederverbänden auf sehr intensive Weise. Während der ersten öffentlichen Anhörung der Kommission am 30. November 1992 forderte der damalige Vorsitzende der UOKG Roland Bude:

1. Die Leistungen nach dem Ersten Unrechtsbereinigungsgesetz zu verbessern und die Auszahlung der Entschädigungssummen zu beschleunigen.
2. Eine Institution zur wissenschaftlichen Aufarbeitung von über 40 Jahren SED-Diktatur zu schaffen und entsprechend auszustatten.
3. Die Stiftung für politische Häftlinge personell und materiell zu verstärken, damit der Antragsstau schnellstens abgearbeitet werden kann.²³⁴

Vor der Kommission begründeten Roland Bude und der damalige Geschäftsführer Peter Stimming ausführlich die Vorstellungen der Opferverbände zu Entschädigungen und Aufarbeitung der DDR-Geschichte.²³⁵

Über Gerhard Finn war die UOKG immer wieder an beiden Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur beteiligt. In diesem Rahmen konnten seine bereits in den 1960er Jahren veröffentlichten Arbeiten über die politischen Gefangenen in der DDR gewürdigt und durch neue Forschungen ergänzt werden. Diese Arbeiten trugen wesentlich dazu bei, dass die po-

litischen Häftlinge in der DDR wahrgenommen wurden. Sie erleichterten den Prozess, Konzepte für Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus und Kommunismus zu finden.²³⁶

Aufarbeitung der Staatssicherheit

Mit der Hinterlassenschaft der Staatssicherheit war die UOKG auf vielfache Weise befasst. Neben ihrer Mitarbeit an der Ausgestaltung der Gesetze und dem Einsatz für den Erhalt der Institutionen zur Aufarbeitung des MfS musste die UOKG bereits in ihrer frühen Phase erkennen, dass sich auch in ihren Reihen eine vielfach erwünschte oder erträumte säuberliche Trennung von Opfern und Tätern nicht durchhalten ließ. Immer wieder wurde sie mit Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft in den Verbänden oder auch im Vorstand konfrontiert, die selbst in bestimmten Abschnitten ihres Lebens mit dem MfS zusammengearbeitet hatten. Zu den ersten Reaktionen auf diese Erkenntnis gehörte, dass sich alle Mitglieder und Kandidaten für die Wahlen in Vorstandsgremien von der Gauck-Behörde freiwillig auf eine MfS-Mitarbeit überprüfen ließen. Die praktizierte konsequente Trennung von derartigen belasteten Mitarbeitern war zunehmend von der Erfahrung geprägt, dass pauschale Schuldvorwürfe mitunter fehl am Platze waren. Gerade diejenigen Mitglieder, die selbst in Haft gewesen waren, konnten sehr gut nachvollziehen, wie schwer es sein konnte, sich in einer psychischen Ausnahmesituation einem „freundlichen Gesprächsangebot“ oder einer Erpressung durch das MfS zu entziehen. Mehrfach kam die drängende Frage auf, wie man mit einem Menschen umgehen sollte, der nacheinander IM und Betroffener eines Operativen Vorganges gewesen war.

Wenn auch die Praxis beibehalten wurde, sich von allen Mitarbeitern zu trennen, die mit dem MfS auf unterschiedlichste Weise Kontakte hatten, so änderte sich doch im Laufe der Zeit der Umgang mit den Belasteten. Waren anfangs öffentliche Verurteilungen die Regel, so versuchten die Vorstandsmitglieder später, den Grad der Verstrickung genau zu ermitteln, zu bewerten und – möglichst ohne Verletzung der Privatsphäre des Betroffenen – in den Gremien miteinander zu kommunizieren. Einen Einblick in die Schwierigkeiten der Bewertung gibt die Begründung eines Vorstandsmitgliedes in dieser Sache: „Ich bin auf mich selbst wütend, weil ich damals mit diesen Leuten vom MfS geredet habe, wenn es auch nur wenige Gespräche waren. Doch wer im Vorstand der UOKG sitzt und andere selbst hart kritisiert, der muss auch hart gegen sich selbst sein. Ich werde also nicht weiter im Vorstand der UOKG sein...“ Nur durch eine vorbildliche Aufarbeitung in den eigenen Reihen konnte die UOKG auch Aufarbeitung in der Gesellschaft fordern. Sie hat diese Aufgabe sehr verantwortungsvoll wahrgenommen.

Mit der Zahl der Mitgliederverbände nahm auch die Frage an Bedeutung zu, wie mit vermuteten Stasi-Kontakten von Mitgliedern der Verbände umzugehen war. Im Juni 2005 beschäftigte sich die Mitgliederversammlung der UOKG ausführlich mit der Frage. Nachdem auf Grund schlechter Erfahrungen Ehrenerklärungen und eidesstattliche Versicherungen als ungenügend abgelehnt worden waren, stimmten die Vertreter einem

Antrag von Horst Schüler zu: „Um den häufigen unqualifizierten Unterstellungen, z.B. im Internet, begegnen zu können, legt die UOKG den Vorständen der ihr angeschlossenen Verbände folgende dringende Empfehlung nahe:

1. eine Unbedenklichkeitsbescheinigung im Sinne des Stasiunterlagengesetzes (StUG) einzuholen,
2. persönlich zu erklären, warum man sich als Widerständler gegen den Kommunismus oder Opfer kommunistischen Terrors betrachtet.“²³⁷

Der Beschluss hatte die Form einer „dringenden Empfehlung“, da die UOKG den Mitgliedern in keiner Sache Vorschriften machen durfte.

Über die Aufarbeitung in den eigenen Reihen hinaus war die UOKG am Zustandekommen von Landesgesetzen für die Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit beratend beteiligt (z.B. in Berlin). Auch als das letzte ostdeutsche Bundesland, Brandenburg, die Einrichtung einer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur beschloss, war die UOKG in Person des Vorsitzenden Rainer Wagner an der Ausarbeitung des Gesetzes fachlich beteiligt. Die Bundes- und Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit haben darüber hinaus eine Fülle gemeinsamer Veranstaltungen mit der UOKG und ihren Verbänden durchgeführt.

Immer wieder hat sich die UOKG dafür eingesetzt, dass die BStU als Institution erhalten bleibt, die Möglichkeiten der Akteneinsicht nicht beschränkt werden und Überprüfungen auf Stasi-Mitarbeit nicht aus politischer Opportunität unterlassen oder eingestellt werden. Sie war bei den Novellierungen des Stasi-Unterlagengesetzes im Sinne der Betroffenen immer wieder beratend tätig (zuletzt 2011).²³⁸ In ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes forderte die UOKG, Einschränkungen von 2007 zurückzunehmen. Sie wandte sich erneut gegen eine Mentalität des „Schlussstriches“, die trotz vieler offener Aufgaben bei der Aufarbeitung von Unrecht immer wieder propagiert wurde. Die UOKG wies darauf hin, dass eine alleinige Überprüfung auf Stasi-Tätigkeit nicht ausreicht, um die Verstrickung in das SED-Regime zu beurteilen. Bleibende Aufgabe war und ist es, ehemaligen Mitarbeitern des MfS den Weg in Ämter und Funktionen zu verlegen, die besonderes Vertrauen verlangen (z.B. in der Politik und Justiz).

Kongresse zu kontroversen Themen

Die Kongresse der UOKG widmeten sich jeweils besonderen historischen Ereignissen oder kontroversen Themen. Sie ergänzten die bereits beschriebenen Podiumsdiskussionen zu jeweils aktuellen Themen.

Den vermutlich ersten Kongress veranstaltete die UOKG im November 2004 mit dem Thema „Der Kommunismus und seine Folgen in Deutschland und Osteuropa“. Der Kongress zog im 15. Jahr nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems eine Bilanz über die Aufarbeitung und die soziale Lage seiner Opfer.²³⁹



Kongress zum Thema Haftfolgeschäden im Oktober 2009, im Podium (v.l.n.r.) Dr. Karl-Heinz Bomberg, Rainer Wagner, Dr. Ruth Ebbinghaus, Dr. Stefan Trobisch-Lütge.

Im August 2006 fand unter dem Titel „Die Kirche klagt den Kommunismus an!“ ein Kongress anlässlich des 30. Jahrestages der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz statt. Diskutiert wurden die Rolle der evangelischen Kirche in den 1970er Jahren und die Wirkung des Falles von Zeitz auf die Opposition in der DDR.²⁴⁰ Der Versuch, der auch durch eine Resolution des Kongresses unterstützt wurde, eine Straße oder einen Platz im Berlin nach Pfarrer Brüsewitz zu benennen, scheiterte an fadenscheinigen Argumenten, wie etwa der Notwendigkeit, mehr Straßen nach Frauen zu nennen.

Auf dem Symposium „Künstler im Widerspruch zur SED-Diktatur“ trafen sich im Juni 2007 in der DDR verfolgte Autoren mit Schriftstellern, die über die kommunistische Diktatur schrieben. Die Veranstaltung wurde ergänzt durch eine Ausstellung von Bildern der „ungehorsamen Maler“.²⁴¹

Im Oktober 2008 veranstaltete die UOKG einen Kongress in Erinnerung an das Jahr 1968 mit dem Titel „1968 – ein Jahr der Weichenstellung. Freiheitsbestrebungen im Osten, Dogmatismus im Westen?“ Erinnert wurde einerseits an die gescheiterte Reformbewegung in der Tschechoslowakei, andererseits an die westdeutsche Studentenbewegung in ihrer Auswirkung auf die gegenwärtige Gesellschaft.²⁴²

Im Jahr 2009 veranstaltete die UOKG einen Kongress zur Frage der Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden.²⁴³ Die Ergebnisse wurden publiziert.²⁴⁴

Im Oktober 2010 folgte der Kongress „„Mission erfüllt? Die Rolle von Politik, Medien, Gesellschaft bei der Aufdeckung von DDR-Unrecht“. Der Kongress beleuchtete sechs große Themen von der Bedeutung der Erfassungsstelle in Salzgitter über die Anfänge der Aufarbeitung bis hin zu einer Bilanz der sozialen Lage der politischen Häftlinge im Jahr 2010.“²⁴⁵

Im September 2011 erinnerte die UOKG mit einem Kongress an die etwa 12.000 Zwangsausgesiedelten als Opfer von Mauer und deutscher Teilung. Zeitzeugen berichteten aus

ihrem eigenen Erleben. Autoren beleuchteten die historischen Abläufe und Hintergründe. Diskutiert wurden die wirtschaftlichen, rechtlichen und psychischen Folgen für die Betroffenen.

Ausstellung der UOKG: Mauern, Gitter, Stacheldraht

Zu den langfristig erfolgreichen Projekten der UOKG gehörte die Ausstellung „Mauern, Gitter, Stacheldraht“. Sie wurde am 29. Februar 1996 vom Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Herwig Haase, erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt und wandert seitdem durch ganz Deutschland. Die Ausstellung informiert anhand der Biographien von politischen Gefangenen über die Praxis der Verfolgung und Repression in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Die Ausstellungen sind regelmäßig von Veranstaltungen begleitet und werden von Schulklassen besucht. Teilweise waren auch Schulen Gastgeber der Ausstellung und verbanden damit Projekte. Schüler machten Zeitzeugen in ihrer Region ausfindig und erkundeten die Repressionsgeschichte ihres Ortes. Wie Presseberichte zeigen, war die Ausstellung an allen Orten, wohin sie kam, ein regionales Ereignis, das zur öffentlichen Diskussion anregte und mitunter auch zu kontroversen Debatten führte. Ein Ausstellungskatalog sorgt dafür, dass die Informationen präsent bleiben, auch wenn die Ausstellung weiterzieht. Autor des Kataloges ist Gerhard Finn.²⁴⁶

Der Weg der Ausstellung durch Deutschland ist in den Unterlagen der UOKG nicht zusammenhängend dokumentiert. Aus diesem Grunde soll das Jahr 2003 als Beispiel herangezogen werden. In diesem Jahr befand sich die Ausstellung in Gelsenkirchen, Langenhagen, Langenselbold und Hannover. In allen Orten wurde sie von den örtlichen Bürgermeistern eröffnet. In Hannover übernahmen diese Aufgabe der Präsident des Landtages und Vertreter der Parteien. Regelmäßig begleiteten ein oder mehrere Zeitzeugen die Ausstellung. Ihre Berichte sorgten für ein lebhaftes Echo in der Presse.²⁴⁷ Im Jahr 2005 war die Ausstellung unter anderem in Nordhausen, der BStU-Außenstelle in Chemnitz, in Halberstadt, im Landtag Schwerin und in Magdeburg.

Präsenz im Internet

Der Internet-Auftritt der UOKG ist für jeden Leser einzusehen. Aus diesem Grund soll er hier als eigenes Projekt nur kurz erwähnt werden. Die Seiten wurden im Jahr 2003 eingerichtet. Im Jahr 2009 erhielten sie das heutige Gesicht. Hier sind auch die Presserklärungen und Aktionen dokumentiert, die keinen Eingang in die Festschrift finden konnten.

Die Zeitschrift: Der Stacheldraht

Im März 1991 erschien die erste Ausgabe des *Stacheldraht*. Er wurde herausgegeben vom Bund der Stalinistisch Verfolgten (BSV). Bereits der Titel der Zeitschrift deutet auf das ursprüngliche Anliegen der ersten Vereinigungen politischer Häftlinge hin. Sie wollten an die Lager und ihre Insassen erinnern. Darüber hinaus war der Titel aber auch ein Symbol für die gesamte DDR. Er symbolisierte den „Stachel im Fleisch“ der Gesell-

schaft, die wenig bereit war, auf die Opfer zuzugehen und der Verharmlosung der DDR-Geschichte nicht entgegentrat. Bereits in dieser frühen Phase betonte der *Stacheldraht* die Fragen der Rehabilitation und Entschädigung. In der Unterzeile des Titels hieß es: „Informationsblatt für Betroffene stalinistischer Willkür“. Seit 1995 bekennt sich der *Stacheldraht* in der Unterzeile zu „Freiheit, Recht und Demokratie“.

Die ersten sechs Ausgaben erschienen noch als Kopien von Schreibmaschinenseiten und waren eher als Lose-Blatt-Sammlung zu bezeichnen. Danach erschien der *Stacheldraht* in gedruckter Ausgabe. Nach den ersten Ausgaben änderte sich noch einmal das Kopflayout. Die Schriftzüge wurden sachlicher und wirkten professioneller. Mit der Ausgabe Nr. 4/2009 erhielt der *Stacheldraht* sein heutiges Layout als Magazin.

Über den Charakter eines reinen Informationsblattes ging der *Stacheldraht* bereits in seinen ersten Ausgaben hinaus. Er informierte zwar über aktuelle Ereignisse aus der Politik und den Verbänden, steuerte aber immer wieder auch Forschungsergebnisse und Zeitzeugenberichte bei, die von der Wissenschaft aufgenommen wurden. Zu einem Nachschlagewerk der Erinnerungspolitik wurde der *Stacheldraht* durch seine Dokumentationen der Reden von Politikern, die ansonsten schnell dem Vergessen anheimfielen. Er diente der Diskussion über alle kontroversen Themenbereiche aus dem Verbandsleben. Von unschätzbare Bedeutung für die Betroffenen waren Informationen und Kommentare zur rechtlichen Entwicklung. Hinweise auf neu erschienene Bücher und Filme gaben den Mitgliedern die Möglichkeit, sich an den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaften zu orientieren. In Leitartikeln gaben Prominente Anregungen zum Verständnis damaliger und gegenwärtiger Ereignisse.

Im Folgenden sollen einige Ereignisse aus der Geschichte des *Stacheldraht* geschildert werden. Die Fülle der Inhalte verlangte eigentlich eine eigene Festschrift.

In der letzten Ausgabe des *Stacheldraht* im Jahr 1992 veröffentlichte erstmals die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft unter dem Titel „UOKG-Nachrichten“ Informationen für die Mitgliederverbände.²⁴⁸ Es dauerte freilich noch ein Jahr, bis diese Rubrik regelmäßigen Eingang in den *Stacheldraht* fand. Die UOKG nutzte bereits in den UOKG-Nachrichten von 1992 die Gelegenheit, die Adressen von 12 Mitgliedern der UOKG bekanntzugeben. Die in der UOKG zusammengeschlossenen Verbände forderten in einer Resolution eine würdige Gestaltung der Massengräber auf dem Gelände des ehemaligen KZ und späteren Internierungslagers Sachsenhausen. Der Vorsitzende der UOKG hatte vor der Enquetekommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gefordert, eine Institution zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu schaffen und die Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zu verbessern.²⁴⁹ In der gleichen Ausgabe veröffentlichte der *Stacheldraht* den vollständigen Text des 1. Unrechtsbereinigungsgesetzes und wurde so – in den Zeiten vor der breiten Nutzung des Internets – zu einer wichtigen Informationsquelle.

Die UOKG stellte sich in der Ausgabe 5/1993 den Lesern der Zeitschrift mit ihren 14 Mitgliedsverbänden vor.²⁵⁰ Ab Januar 1994 erschien der *Stacheldraht* mit einer regelmäßigen Beilage der UOKG.

Im August 1996 teilte das Bundesministerium des Innern – nach mehrfacher Ankündigung – definitiv mit, dass es für alle Opferverbände nur ein einziges Mitteilungsblatt finanziell fördern würde. Das einzige Mitteilungsblatt mit hoher Akzeptanz und Verbreitung wurde jedoch vom Bund der Stalinistisch Verfolgten (Berlin) herausgegeben. Nun standen BSV und UOKG gezwungenermaßen vor der Aufgabe, sich über die Herausgabe des *Stacheldraht* zu einigen. Der Kompromiss wurde nur mit einiger Mühe gefunden. Der BSV blieb formaljuristisch der Herausgeber, öffnete seine Spalten aber inhaltlich der UOKG.²⁵¹

Mit dem Arbeitsbeginn der Stiftung Aufarbeitung stellte das BMI die Förderung des *Stacheldraht* ein. Sie wurde von der Stiftung Aufarbeitung übernommen. Im Übergang diskutierte der Vorstand auf Anregung Finns hin über ein verändertes Layout und eine veränderte Erscheinungsweise.²⁵² Sie wurde mit der Ausgabe 4/2009 (siehe oben) erstmals den Lesern vorgestellt.

Im Laufe seiner ebenfalls zwanzigjährigen Geschichte erwarb sich der *Stacheldraht* über die Grenzen der eigenen Mitglieder hinaus den Ruf einer seriösen, unparteiischen Zeitung. Die Publikation erscheint mit einer Auflage von rund 10.000 Exemplaren in der Redaktion von Sybille Ploog.

Publikationen der UOKG

Es wurden nur Titel aufgenommen, die ausdrücklich die UOKG als Herausgeber ausweisen. Weitere Publikationen finden sich im Anhang.

1968 – ein Jahr der Weichenstellung. Freiheitsbestrebungen im Osten, Dogmatismus im Westen? Kongress im Berliner Rathaus 11.-12. Oktober 2008 (Mitschnitte auf DVD). Hrsg.: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Berlin 2008.

Binski, Sigurd: Zwischen Waldheim und Workuta. Erlebnisse politischer Häftlinge 1945-1965. Hrsg.: Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Bonn 1967, Reprint 1994/2009: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft.

Der Stacheldraht. Für Freiheit, Recht und Demokratie. Hrsg. von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV Förderverein für Beratungen, Berlin.

Der Stand der juristischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts. UOKG-Kongress „Mission erfüllt? 1990 - Die Rolle von Politik, Medien, Gesellschaft bei der Aufdeckung und dem Umgang mit DDR-Unrecht“, 16. Oktober 2010. Hrsg.: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Berlin 2011.

Finn, Gerhard: Mauern, Gitter, Stacheldraht. Beispiele politischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Begleitbroschüre für die gleichnamige Wanderausstellung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft. Westkreuz-Verlag, Bad Münstereifel/Berlin 1996, 2006 (Neuauf.).

International Association of Former Political Prisoners and Victims of Communism. Kongress. Berlin, 16.-19. Juni 1968. Hrsg.: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Berlin 1999.

Müller, Marianne; Müller, Egon Erwin: „Stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Colloquium Verlag, Berlin-Dahlem 1953. Reprint von 1994: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft.

Psychiatrie in der DDR. Podiumsdiskussion der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft am 28. Juni 2011 in der Gedenkstätte Berliner Mauer. Hrsg.: UOKG e.V., Berlin 2012 (im Druck).

Schulze, Carola [Hrsg.]: Die Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden – kritische Situationsbeschreibung und Erörterung von Lösungsmöglichkeiten. Kongress der UOKG am 24. Oktober 2009. Hrsg.: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Berlin 2010.

Zwangsausgesiedelte als Opfer von Mauer und deutscher Teilung. Kongress der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft am 24. September 2011 in Berlin. Hrsg.: Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Berlin 2012.

Die Vorsitzenden

Jeder der fünf Vorsitzenden der UOKG hat den Dachverband ein Stück weit geprägt, neue Aufgaben in Angriff genommen und damit zur weiteren Profilierung beigetragen. Wenn im Folgenden die Biographie der Vorsitzenden skizziert wird, geschieht das in der Absicht, den Zusammenhang zwischen ihren Lebenserfahrungen und ihrem Wirken für die UOKG verständlich zu machen. Die Arbeit der Geschäftsführer, der Vorstandsmitglieder, Rechnungsführer und weiterer Gremien, ohne die die Arbeit der UOKG nicht denkbar ist, wurde – soweit aus Platzgründen möglich – in der Darstellung der Geschichte der UOKG geschildert.

Lothar Brauer (Oktober 1991-März 1992)

Lothar Brauer war Gründungsvorsitzender der UOKG. Zusammen mit Heidrun Brauer gründete er die Initiativegruppe Buchenwald 1945-1950 e.V. Ihnen war es zu verdanken, dass die Öffentlichkeit auf die Massengräber des Speziallagers Buchenwald aufmerksam wurde. Mit seiner Person verbindet sich ein glaubwürdiger Beginn der Aufarbeitung der politischen Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR.



Lothar Brauer



Roland Bude

Roland Bude (März 1992-November 1994)

(aus dem Zeitzeugengespräch am 12. März 2012)

Roland Budes Vater legte Wert darauf, ein österreichischer Schlesier zu sein. Seine Familie stammte aus dem kleinen Gebiet um Troppau (heute Slowakei), das im 18. Jahrhundert nicht an Preußen angegliedert wurde und daher später nicht zum Deutschen Reich gehörte, obwohl ein Großteil der Bevölkerung sich als Deutsche betrachtete. Als sich nach dem Ende des 1. Weltkrieges eine Zuordnung zu Deutschland durch die Besetzung tschechoslowakischer Truppen zerschlug, mehrten sich in dem Gebiet zunehmend nationale und nationalistische Stimmungen. Die dortigen Deutschen richteten ihre Hoffnungen vielfach auf das nationalsozialistische Deutschland. Für den 1926 in Freiwaldau geborenen Roland Bude waren diese Stimmungen so selbstverständlich, dass er – als Luftwaffenhelfer nach Berlin verpflichtet – den Spott der dortigen Jugendlichen über die „Hinterwäldler im Sudentenland“ und das nationalsozialistische System mit Befremden und Erschrecken zur Kenntnis nahm. Diese Prägungen sollten sich entscheidend auf sein weiteres Leben auswirken. Auf abenteuerlichem Wege entkam Bude einer längeren Kriegsgefangenschaft. Er kam in dem Dorf Plaue (Thüringen) unter und holte dort das Abitur nach. In dieser Zeit litt Bude unter einer gespaltenen Existenz, die ihm seine Umgebung aufzwang: Als Nachhilfelehrer für Russisch war er vielen Menschen suspekt, die ihn in ungehöriger Nähe zur Besatzungsmacht sahen. Einerseits wurde ihm nahegelegt, in die KPD einzutreten, andererseits war es besser zu vermeiden, über seine geographische Herkunft und die poli-

tischen Stimmungen seiner Kindheit zu sprechen. Roland Bude zog daraus den Schluss, sich möglichst keinem politischen System mehr zu verpflichten, und trat nur formal der Freien Deutschen Jugend bei.

In Rostock für das Wintersemester 1948/49 zum Studium der Slawistik zugelassen, lernte er die Studentengruppe um Arno Esch und Hartwig Bernitt kennen und engagierte sich mit ihnen zusammen in der FDJ gegen den zunehmende Abbau akademischer demokratischer Strukturen. Dies schien zu diesem Zeitpunkt noch möglich. Als 1950 Einheitslisten für die Wahlen an den Universitäten eingeführt wurden, wurde dieser Akt der Stalinisierung von Verhaftungen begleitet. Einer Reihe von Studenten gelang die Flucht, andere wurden verhaftet. Unter ihnen war auch Roland Bude. Er wurde – nachdem er wahrheitswidrig eine Tätigkeit als „Agent der USA“ zugegeben hatte – von einem Sowjetischen Militärtribunal zu zweimal 25 Jahren Haft verurteilt, von denen er fünf in dem sowjetischen Lagergebiet Workuta zubrachte.

Nach seiner Entlassung in die Bundesrepublik studierte Bude zunächst weiter Slawistik und arbeitete ab 1962 bis 1989 im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (ab 1969: für innerdeutsche Beziehungen). Da er für die Publizistik in diesem Bereich zuständig war, gelang ihm – nicht ohne Gegenwind aus der Politik – die Unterstützung wichtiger Veröffentlichungen, unter ihnen das Standardwerk von Karl Wilhelm Fricke „Politik und Justiz in der DDR“.²⁵³

Auf diese Weise brachte Roland Bude als Vorsitzender des neuen Dachverbandes vor allem politische Kontakte sowie Erfahrungen mit der westdeutschen Verwaltung und der Moderation unterschiedlicher Interessen ein. Unter seinem Vorsitz wurden die wesentlichen Gremien und Verfahren installiert und eingeübt. Seiner Überzeugung folgend, dass die eigentliche Arbeit vor Ort stattfinden müsse, behielten die Mitgliedsverbände umfassende Eigenständigkeit. Sie legten die Basis dafür, dass die UOKG mit ihren Gremien auch schwere Konflikte überstanden hat.

Autobiographische Literatur:

Bude, Roland: Workuta. Strafe für politische Opposition in der SBZ/DDR. In Zusammenarbeit mit Falco Werkentin. Hrsg.: Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR, Berlin 2010.



Gerhard Finn

Gerhard Finn (November 1994-Dezember 2001)

(aus dem Zeitzeugengespräch am 12. März 2012)

Der im Jahr 1930 geborene Gerhard Finn wurde am 1. Weihnachtsfeiertag des Jahres 1945 das Opfer einer Kettenverhaftung. Der sowjetische Geheimdienst hatte die Methode entwickelt, einen Verdächtigen zu verhaften und solange zu verhören, bis er die Namen weiterer verdächtig erscheinender Personen preisgab. Mit den neuen Verdächtigen wurde dieselbe Methode praktiziert. Das geschah solange, bis vor den Ermittlern Verdächtige saßen, die sie für schuldig hielten. Ge-

ständnisse galten nach sowjetischem Recht – das in der SBZ angewandt wurde – als Schuldbeweis, von wem sie auch kamen.²⁵⁴ Nach den Bedingungen ihrer Entstehung fragte niemand. Der fünfzehnjährige Berliner Gerhard Finn hatte das Kriegsende in einem Dorf in der Nähe von Jena erlebt. Irgendwann fanden die Dorfkinder weggeworfene Waffen und spielten mit ihnen. Da sie mit Waffen gesehen wurden, gerieten sie in den Verdacht, zur Organisation der Werwölfe zu gehören. Der sowjetische Geheimdienst ermittelte nach der oben beschriebenen Methode. Drei Berliner Lehrer und drei ihrer Schüler passten – vielleicht wegen ihrer Herkunft aus der Reichshauptstadt – am genauesten in das Bild, das die Sicherheitsbehörden von Werwölfen entworfen hatten. Sie wurden verhaftet und nach einer endlosen Untersuchungshaft mit den üblichen Misshandlungen Mitte Mai 1946 in das Speziallager Buchenwald eingeliefert. Als Finn 1948 entlassen wurde, waren seine drei Lehrer im Lager verstorben. Er selbst war schwer krank und litt an Tuberkulose. Er ging nach Westberlin und kam dort in Kontakt mit Rainer Hildebrandt, der die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit aufbaute. Trotz seiner Krankheit, die zu mehreren Aufenthalten in Krankenhäusern und Sanatorien bis in die 1960er Jahre führte, baute Gerhard Finn in Verbindung mit dem Roten Kreuz eine Suchdienstkartei auf, mit der sich die Schicksale von Verhafteten und „Verschwundenen“ klären lassen sollte, und hielt konspirative Kontakte zu Angehörigen von politischen Häftlingen in der DDR. Er war mitverantwortlich für den Aufbau der Stiftung für ehemalige Häftlinge, die er mehrere Jahre leitete und der er als Beisitzer bis 2008 angehörte. Die Stiftung stellte politisch Verfolgten aus der DDR, die in den Westen kamen, eine erste Eingliederungshilfe zur Verfügung. Mit seinem Buch „Die politischen Häftlinge in der Sowjetzone“ informierte er 1960 die bundesdeutsche Öffentlichkeit erstmals umfassend über die politische Verfolgung in der DDR.²⁵⁵ Bis zum Untergang der DDR arbeitete Finn im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, berichtete über die DDR und betreute Häftlinge. Unmittelbar nach dem Fall der Mauer reiste Finn durch die DDR und suchte dort Haftstätten auf. Er knüpfte Kontakte zu ehemaligen Häftlingen und ermunterte sie, Initiativen zu gründen. Er lud Häftlinge nach Königswinter ein. Aus diesem Treffen ging ein Jahr später die UOKG hervor. Als erster Leiter des Stiftungsbeirates der Stiftung für eine Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen konnte er einen ersten Gedenkstein errichten lassen und damit für die zum Teil umstrittene Einrichtung einer zentralen Gedenkstätte eintreten.

In seinem Amt als Vorsitzender der UOKG prägte Gerhard Finn nachhaltig die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre zog er den Schluss, dass die Union nur dann wirksam für ihre Mitglieder eintreten konnte, wenn sie über ihre Aufgabe als Interessenvertretung der Opfer hinauswuchs und sich politisch gegen die Verharmlosung der kommunistischen Diktaturen einsetzte. In diesem Sinne engagierte er sich in der Enquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur des Deutschen Bundestages und nahm Einfluss auf die Konzepte der Gedenkstätten, dies unter anderem durch seine Mitgliedschaft im Beirat der Gedenkstätte Hohenschönhausen.



Horst Schüler

Horst Schüler (Januar 2002-Juli 2007)

(aus dem Zeitzeugengespräch am 18. April 2012)

Die Person Horst Schüler steht für die Gruppe der wegen ihrer politischen Überzeugungen in beiden Diktaturen Verfolgten. Der 1924 in Potsdam-Babelsberg geborene Horst Schüler erlebte als Neunjähriger die Verhaftung und Misshandlung seines Vaters, eines politisch aktiven Sozialdemokraten. Die erneute Inhaftierung überlebte der Vater nicht. Er starb im KZ Sachsenhausen. Die Familie erhielt die Asche des Leichnams in einer Konservendose zugesandt. Um sich selbst vor Verfolgungen im Rahmen

der Sippenhaft zu schützen, meldete sich Horst Schüler freiwillig an die Front und wurde mit 17 Jahren Soldat. Im Jahr 1946 wurde er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Er gehörte zu derjenigen jungen Generation, die sich durch das NS-Regime betrogen wusste und willens war, „am Aufbau eines besseren, friedlichen Deutschlands“ mitzuwirken. In diesem Sinne wurde er Journalist bei der Märkischen Volksstimme in Potsdam. Als die Zeitung zunehmend in kommunistische Phrasen abglitt und die sozialdemokratischen Mitarbeiter der Zeitung aus der Redaktion verdrängt wurden, reifte in ihm die Erkenntnis, „dass wir von einer Diktatur in eine andere gestolpert sind.“ Zum Anlass für seinen Widerstand gegen die neue Diktatur wurde der Versuch einer Anwerbung durch den sowjetischen Geheimdienst. Schüler lehnte das Ansinnen empört ab und verwies auf die Atmosphäre der Denunziation, der sein Vater im Nationalsozialismus zum Opfer gefallen war.

Horst Schüler nahm Kontakt zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit auf und begann, den Westberliner Telegraf, der den Sozialdemokraten nahestand, über Ereignisse in Brandenburg zu informieren. Nach knapp zwei Jahren wurde Schüler verhaftet. Nach monatelangen Verhören, die von physischer und psychischer Misshandlung begleitet waren, wurde er vom Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, die er im Schacht 29 im Lagergebiet von Workuta verbrachte. Dort erlebte er die Niederschlagung des Aufstandes und wurde Anfang 1956 in die Bundesrepublik entlassen.

Seine Versuche im Westen, über das Lager und die Häftlinge zu berichten, stießen auf wenig Interesse. Er wurde Journalist beim Hamburger Abendblatt und gründete die Lagergemeinschaft „Workuta, Gulag, Sowjetunion“, die bis heute besteht.

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems gehörte Schüler 1992 zu den ersten Journalisten, die das Lagergebiet von Workuta besuchen durften. Er berichtete darüber unter anderem in seinem Buch „Workuta. Erinnerung ohne Angst.“²⁵⁶

Als Vorsitzender der UOKG betrieb Horst Schüler energisch eine Öffnung des Dachverbandes als Interessenvertreter nicht nur der politischen Häftlinge, sondern auch weiterer Opfergruppen der kommunistischen Herrschaft. In dieser Zeit erweiterte sich die Zahl der Mitgliedsverbände auf 26. Er suchte und fand Gesprächspartner im gesamten

Spektrum der demokratischen Parteien. In seine Zeit als Vorsitzender fiel die Aufgabe, das gezielte Einwandern rechtsextremen Gedankengutes in einzelne Verbände abzuwehren.

Autobiographische Literatur:

Schüler, Horst: Workuta. Erinnerung ohne Angst. München 1993; 2. Aufl. 2001.

Rainer Wagner (seit Juli 2007)

(aus dem Zeitzeugengespräch am 2. März 2012)

Rainer Wagner gehört zu den Kindern und Jugendlichen, denen es nicht gelingen wollte, sich dem rigiden System der DDR anzupassen. Seine Eltern schwankten – wie viele Menschen in der DDR – zwischen einer „etwas antikommunistischen Gesinnung“ und beruflicher Anpassung. Sein Vater versuchte zeitweise bei der Kasernierten Volkspolizei unterzukommen, scheiterte jedoch und blieb danach zeitlebens Hilfsarbeiter in Leuna. Geprägt hat Wagner der Versuch der Schule, den elfjährigen Schüler zu zwin-

gen, auf den Konsum des Westfernsehens zu verzichten. Als er sich weigerte, wurde er öffentlich als „kleiner Adenauer-Agent“ gebrandmarkt. Aus dieser Diffamierung erwuchs eine Mischung aus Trotz und Stolz, die ihn befähigte, mit der verordneten Isolation umzugehen. Hilfe fand er in einer Gruppe von Christen. Ein christlicher Lehrer stand ihm moralisch bei, als er daraufhin die Jugendweihe verweigerte. Als er die Schule verließ, um eine Bäckerlehre zu beginnen, wurde er mit neuen Konflikten konfrontiert, weil er kein Mitglied der FDJ werden wollte. Mit 15 Jahren versuchte er zum ersten Mal, in den Westen zu entkommen. Er wurde bereits im Vorfeld der Grenze gefasst und durch die politische Abteilung der Kriminalpolizei verhört. Über seine Verhaftung wurden Rainer Wagners Eltern nicht informiert. Sie erfuhren den Verbleib ihres Sohnes anlässlich einer Hausdurchsuchung. Zum weiteren Schlüsselerebnis wurde für Wagner „die Zelle“, die er als „Schock, auch im medizinischen Sinne“, erlebte. Er lehnte eine Bürgschaft seiner Schulklasse ab, weil er entschlossen war, den Fluchtversuch zu wiederholen. Wagner wurde zu 14 Monaten Haft im Jugendhaus Dessau verurteilt.²⁵⁷ Drei Monate nach seiner Entlassung im Jahr 1968 versuchte er zum zweiten Mal, in die Bundesrepublik zu gelangen. Er wurde wiederum bereits im Vorfeld entdeckt und verhaftet, war einige Wochen in Plauen und Naumburg in Untersuchungshaft, wurde jedoch überraschend im Herbst 1968 ohne Prozess entlassen.²⁵⁸ Von einem eigentlich geplanten weiteren Fluchtversuch sah Wagner ab, da er in der kirchlichen Jugendarbeit einen „gewissen Lebenssinn und eine gewisse Alternative“ sah. Er studierte Theologie, wurde Prediger und engagierte sich besonders in der Jugendarbeit sowie für Suchtgefährdete. Sein Einsatz für benachteiligte Christen und Selbsthilfegruppen von Suchtgefährdeten brachte ihm die permanente Überwachung durch die Staatssicherheit ein. Als in den 1980er Jahren sein Sohn wegen seines Wohnortes in einem der am schlimmsten luftbelasteten Industriegebiete schwer erkrankte, ging die Familie in den Westen.



Rainer Wagner

Hier erfuhr er – neben seiner neuen Gemeinde – die sachkundige und wirksame Hilfe der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS). Wagner wurde Mitglied der Vereinigung und ist es bis heute.

Nach der Öffnung der Mauer engagierte sich Wagner in seiner Heimatstadt Weißenfels und kam so zur Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, wo er zunächst im Vorstand war und seit Juli 2007 als Vorsitzender tätig ist.

Als seine wichtigste Aufgabe in der UOKG sah er es bei seiner Wahl an, das Vertrauen zwischen den Verbänden wieder aufzubauen und die Verbandsarbeit zu festigen. Erst nachdem diese Aufgabe bewältigt war, konnte man davon ausgehen, dass die Stimme der UOKG in der Öffentlichkeit wieder als die einer kompetenten Vertreterin der Opfer wahrgenommen wird. Wagner bemüht sich um die weitere Öffnung der UOKG, die bereits in den Zeiten des Vorsitzes von Horst Schüler begonnen hat.

Autobiographische Literatur:

Wagner, Rainer: Mit 15 im Knast. Eine Jugend zwischen politischem Druck und christlichem Glauben. Nürnberg 2006.

Ausblick

(Autor der beiden folgenden Abschnitte „Ausblick“ und „Aktuelle Forderungen“ ist der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner)

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft wird ihren Weg weiter gehen, weiter gehen müssen. Die Erinnerung an Widerstand und Leiden in der SBZ/DDR bleibt nur dann präsent im öffentlichen Bewusstsein, wenn sie auf Dauer an historischen Orten nachvollzogen werden kann, wenn die Geschichte durch die Forschung fortgeschrieben und durch Ausstellungen, Filme, Bücher, Internetpräsentationen, schulischen Unterricht und aktuelle Medien in die Öffentlichkeit getragen wird. Diese im Namen des demokratischen Gemeinwesens geleistete Erinnerungsarbeit ist nicht nur ein Akt des Dankes an diejenigen, die ihre Gesundheit oder ihr Leben im Widerstand gegen die totalitäre Diktatur des Kommunismus opferten. Sie dient gleichermaßen der Aufklärung über radikale politische Stimmungen und Ideologien, deren Anziehungskraft europaweit wieder zunimmt. In diesem Sinne sind wir uns der Verpflichtung bewusst, gegen Rechtsextremismus und gegen ein Vergessen der schrecklichen Verbrechen der Nazis einzutreten.

Diesen totalitären Versuchungen angesichts krisenhafter Entwicklungen stellt die UOKG die Lebenszeugnisse und Erfahrungen derjenigen Menschen entgegen, welche die unumgänglichen Auswirkungen des kommunistischen und stalinistischen Systems am eigenen Leibe erfahren haben. Die UOKG warnt vor der Verharmlosung der kommunistischen Gewaltherrschaft und der wachsenden Verklärung der DDR in Form von Legenden über die Repressionen als Ausdruck einer Entnazifizierung in der SBZ, über den enthusiastischen Aufbau des Sozialismus in der frühen DDR, über die Notwendigkeit des Mauerbaus 1961, aber auch über die angeblich „kommode Diktatur“ der späten DDR.

Unverändert bleibt die Aufgabe bestehen, die sich die UOKG mit ihrer Gründung vor zwanzig Jahren gestellt hat: „Zweck der Union ist die Koordinierung und Unterstützung der ihr angeschlossenen demokratischen Opferverbände [...] bei der Aufklärung, Aufarbeitung, Bewältigung kommunistischer Gewaltherrschaft und Wachhalten der Lehren aus der Geschichte.“

Gleichzeitig unterstützt sie die Aktivitäten ihrer Mitgliedsverbände gegenüber der Politik und Öffentlichkeit.

In diesem Sinne sieht es die UOKG als eine ihrer zentralen Aufgaben an, dafür zu sorgen, dass in Berlin ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft errichtet wird. Zur Festigung des antitotalitären Konsenses wirkt sie darauf hin, dass Straßen und Plätze in den Kommunen nach Ereignissen oder Personen des Widerstandes benannt werden. Sie macht ihren Einfluss geltend, dass in den Schulen und den öffentlichen Medien angemessen über Opfer und Widerstand in der SBZ und späteren DDR – darüber hinaus auch ganz Mitteleuropa – berichtet wird. Insbesondere setzt sie sich dafür ein, dass die Erfahrungen der Betroffenen in den Konzeptionen für Gedenkstätten zu einer bestimmenden Dimension werden.

Um für diese Aufgabe – über die engeren Belange der UOKG und ihrer Mitgliedsverbände hinaus – günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, wird die UOKG mit allen Parteien, denen der antitotalitäre Konsens lebendiges Anliegen ist, im Gespräch bleiben, aber auch notwendige öffentliche Kontroversen nicht scheuen.

Zu diesen Rahmenbedingungen gehört unabdingbar eine mittelfristig sichere, finanzielle Ausstattung der UOKG und ihrer Verbände, die auch Spielräume für neue Aufgabenfelder (Heimkinder, Zwangsadoptierte, Zwangsarbeit in der DDR) offen lässt.

Zu diesen Aufgabenfeldern gehört auch der Einsatz für die Opfer der Boden- und Industriereform und die Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik, deren Rentenansprüche gekürzt worden sind. Weiterhin gehören dazu: der Missbrauch von Medizin und Psychiatrie zum Zweck der politischen Repression.

Aktuelle Forderungen

Seit dem Untergang der DDR hat der Gesetzgeber vier SED-Unrechtsbereinigungsgesetze verabschiedet. Die Zielsetzung der Gesetze war es, die Opfer des SED-Regimes für erlittenes Unrecht zu entschädigen. Jedes einzelne Gesetz brachte zweifelsohne wichtige Verbesserungen für eine Vielzahl von politisch Verfolgten der ehemaligen DDR.

Dennoch kann man auch heute noch nicht von einer wirklich angemessenen Entschädigung aller Opfer des kommunistischen Terrors sprechen. Es gibt nach wie vor erheblichen Verbesserungsbedarf an allen Gesetzen.

Daher fordern wir, als die Interessenvertretung der Verfolgten der sozialistischen Diktatur, den Gesetzgeber dazu auf, ein fünftes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zu verabschieden, um die erheblichen Defizite bei der Opferentschädigung endlich auszugleichen, in welchem folgende Punkte berücksichtigt sind:

1. Die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze müssen für alle Opfergruppen gelten

Wir erachten für notwendig:

- Zersetzungsoffer, Zwangsausgesiedelte, Zivildeportierte, und aus politischen Gründen Zwangsadoptierte müssen endlich namentlich in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen genannt werden.
- Alle politisch Verfolgten müssen endlich in den Genuss einer Ehrenrente als Anerkennung ihrer Leiden kommen. Der Anspruch muss vergleichbar mit der Altersrente auch auf Witwen oder Witwer übertragbar werden.
- Es muss auch für Menschen, die in nur ihrem Berufsleben verfolgt worden sind, die Möglichkeit eröffnet werden, die aus der Verfolgung resultierenden Gesundheitsschäden anerkannt zu bekommen.

Politische Verfolgung bedeutete in der DDR nicht automatisch Haft. Die DDR war besonders in den 1980er Jahren darum bemüht, in der westlichen Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, Zahl und Stärke der politischen Repressionsmaßnahmen hielten sich in engen Grenzen. Daher hat diese Diktatur mit wissenschaftlicher Akribie an Verfolgungsmaßnahmen gearbeitet, die nicht offensichtlich zu erkennen waren. Menschen wurden mit operativen Maßnahmen zersetzt, eine Art staatlich verordnetes Mobbing in allen Lebensbereichen. Politischen Feinden wurden die Kinder weggenommen und zur Zwangsadoption an linientreue Familien gegeben. Manche wurden in Einrichtungen der Jugendhilfe zwangseingewiesen. Der Staat griff in erheblicher Weise in den Beruf und die Ausbildung ein und zerstörte so schon die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten unzähliger Menschen – teils auch sogar schon von Schulkindern. Menschen, die das Pech hatten, in der Nähe der innerdeutschen Grenze zu leben, wurden über Nacht gewaltsam innerhalb der DDR umgesiedelt.

Alle diese Gruppen sind rehabilitierungsrechtlich schlechter gestellt als diejenigen, die in politischer Haft gewesen sind. Manche sind überhaupt nicht berücksichtigt. Diese Schlechterstellung ist nicht nachvollziehbar. Auch diejenigen, die nicht in Haft saßen,

hatten existenzielle Ängste zu erleiden. Auch diejenigen haben heute größtenteils noch mit den gesundheitlichen Folgen der Verfolgung zu kämpfen.

Um jenen Opfergruppen endlich eine angemessene Würdigung zuteil werden zu lassen, müssen die Leistungen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes – namentlich die besondere Zuwendung nach § 17a – allen Opfergruppen zugutekommen. Dazu gehört auch die Vererbbarkeit der Opferrente auf die Lebenspartner.

2. Die Durchsetzung der Ansprüche muss vereinfacht werden

Wir erachten für notwendig:

- Eine Beweislastumkehr bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden
- Psychologische Begutachtungen im Zusammenhang mit Verfahren der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden müssen von Gutachtern durchgeführt werden, die mit der speziellen Materie der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR besonders vertraut sind.
- Wirtschaftliche Bedürftigkeitsklauseln als Voraussetzung für Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen müssen fallen.

Immer wieder begegnet uns in der alltäglichen Beratungspraxis, dass die Geltendmachung von Ansprüchen aus den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen einem Kampf gegen Windmühlen gleicht. Die Anspruchsteller verlieren sich in einem kafkaesken Dickicht aus Paragraphen, Ansprüchen und Zuständigkeiten, in welchem sie sich letztlich verlieren. Die Verfahren selbst sind zu kompliziert und werden häufig durch mangelnde Kooperation der Behörden noch komplizierter gemacht. Die Antragssteller werden durch unsensible Begutachtungen zermürbt. Unzählige Nachweispflichten führen bei den Antragsstellern zu der Ahnung, schikaniert zu werden und Bittsteller bei den Behörden zu sein.

All das führt dazu, dass der eigentliche Zweck der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze konterkariert wird. Das erlittene Unrecht sollte eigentlich entschädigt werden. Die komplizierten Verfahren, bei denen die Antragssteller die Beweislast zu tragen haben, hinterlassen das Gefühl, die Entschädigung erfolge nur höchst widerwillig. Auch dass es sich bei den meisten Leistungen ganz offiziell um Sozialleistungen handelt, trägt nicht gerade dazu bei, dass es sich um eine tatsächliche Anerkennung des erlittenen Unrechts handelt.

Wir wollen aber keine Sozialleistungen, sondern eine Entschädigung.

3. Die Höhe der Ansprüche muss angepasst werden

Wir erachten für notwendig:

- Auszahlung einer Ehrenrente vom ersten Tag der Verfolgung an
- Eine deutliche Erhöhung der Haftkapitalentschädigung
- Einen regelmäßigen Inflationsausgleich der Ehrenrente

Bislang erhalten die besondere Zuwendung nur Betroffene mit einer Haftzeit von mehr als 180 Tagen. Diese Begrenzung ist willkürlich und diskriminiert alle diejenigen, welche dieses Kriterium nicht erfüllen. Oder kann nicht jemand, der nur drei Monate verfolgt wurde, genauso oder gar noch schlimmer gelitten haben?

Eine Erhöhung der Kapitalentschädigung ist ebenso nötig. Nicht zuletzt die jüngste Diskussion über die Haftzwangsarbeit für IKEA und weitere westliche Firmen zeigen deutlich, dass das erlittene Unrecht mit einem Betrag von 306 € im Monat nicht abgegolten werden kann.

Durch die steigende Inflation verliert die besondere Zuwendung de facto an Wert. Um dies zu vermeiden ist ein Inflationsausgleich notwendig.

Anhang

Literaturempfehlungen

Die folgenden Publikationen entstanden im engeren personellen Umfeld der UOKG, teils auch mit ihrer tatkräftigen Unterstützung. Vollständigkeit ist in dieser Zusammenstellung nicht angestrebt. Die Liste soll eine vertiefende Lektüre unterstützen.

Behr, Katrin; Hartl, Peter: Entrissen. Der Tag, als die DDR mir meine Mutter nahm. München 2011.

Buchner, Richard: Terror und Ideologie. Zur Eskalation der Gewalt im Leninismus und Stalinismus (1905 bis 1937/1941). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011.

Bude, Roland [Hrsg.]: Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ-DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten (Reprint von 1964). Hrsg.: Verband ehemaliger Rostocker Studenten, Dannenberg/Elbe, 1994.

Finn, Gerhard [Hrsg.]: Die Frauen von Hoheneck. Protokoll einer Anhörung. Westkreuz Verlag, Bad Münstereifel 1995.

Finn, Gerhard: Buchenwald : 1936-1950. Geschichte eines Lagers. Westkreuz Verlag, 2. Aufl., Bad Münstereifel 1988.

Finn, Gerhard: Die politischen Häftlinge in der Sowjetzone 1945-1959. Ilmgauverlag, Pfaffenhofen 1958, 1960 (1989).

Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KgU. Westkreuz Verlag, Bad Münstereifel 2000.

Finn, Gerhard: Politischer Strafvollzug in der DDR. Unter Mitarbeit von Karl Wilhelm Fricke. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1981.

Finn, Gerhard: Sachsenhausen 1936-1950. Geschichte eines Lagers. Westkreuz Verlag, 2. Aufl., Bad Münstereifel 1988.

Finn, Gerhard; Krüger, Dieter: Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1948 und das Lager Fünfeichen. Holzappel Verlag, Berlin 1991.

Kowalczyk, Günther: „749 Schwerst-Kriegsverbrecher“. Ein Kapitel deutschen Leidens unter der Stalin-Justiz. Hrsg.: Lagergemeinschaft Workuta/GULag, in der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), 2006.

Schönemann, Ernst-Otto: Der Wurzeln beraubt. Zwangsaussiedlung 1961 und die Folgen. OEZ-Berlin-Verlag, Berlin 2011.

Wockenfuß, Karl: Einblicke in Akten und Schicksale Rostocker Studenten und Professoren nach 1945. Hrsg.: Verband ehemaliger Rostocker Studenten, mit Unterstützung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. 2. erw. Aufl., Rostock 2003.

Mit Unterstützung der UOKG entstand 1998 der Film „Wir waren schon halbe Russen – deportiert und überlebt im Gulag“ des Regisseurs Dirk Jungnickel.

Abkürzungen

ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
ADN	Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur (DDR)
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ASTAK	Antistalinistische Aktion Berlin Normannenstraße e.V.
BKM	Bundesbeauftragter, bzw. Staatsminister für Kultur und Medien
BMI	Bundesministerium des Innern
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der/die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BSV	Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DT	Deutsches Theater
DVU	Deutsche Volksunion (Partei)
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
Gbl.	Gesetzblatt
GPU	Gosudarstvennoe polititceskoc upravlenie (Staatliche politische Verwaltung), zeitweiliger Name für die Staatssicherheit in der Sowjetunion
GULag	Glawnoje upravlenije isprawitelno-trudowych lagerej i kolonij, Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager in der Sowjetunion, bezeichnet oft auch das gesamte Lagersystem, auch: Gulag
GUPWI	Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten in der Sowjetunion
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit
InterAsso	Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus e.V.
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
LL	Linke Liste
LPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (DDR)
LStU	Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MV	Mitgliederversammlung
ND	Neues Deutschland
NKWD	Narodnyi komissariat vnutrennich dei (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR), zeitweilige Bezeichnung für die sowjetische Staatssicherheit, auch: NKVD
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor (Berlins)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone, sowjetisch besetzte Zone
SDP	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (DDR 1989/1990)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SMA	Sowjetische Militäradministration [der Länder]
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMT	Sowjetische Militärtribunale
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
UBG	Nichtamtliche Abkürzung für die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (SED-UnBerG)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, in der DDR übliche Abkürzung für Sowjetunion
UN	Vereinte Nationen
UOKG	Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VERS	Verband ehemaliger Rostocker Studenten

VOK	Vereinigung der Opfer des Kommunismus
VOS	Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. – Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus
VPVDK	Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V.
WDR	Westdeutscher Rundfunk
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee [der SED]
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission [der SED]

Chronik

Herbst 1990	Erstes Treffen von Vertretern der politischen Häftlinge in Königswinter
19.-20. Oktober 1991	Gründungsversammlung der UOKG. Sieben Verbände sind beteiligt. Lothar Brauer wird zum Vorsitzenden gewählt. Eine Satzung wird erarbeitet.
8. Dezember 1991	Die UOKG beschließt, intensiven Einfluss auf die Gestaltung des 1. Unrechtsbereinigungsgesetzes zu nehmen.
30. Dezember 1991	Der erste Projekt- und Finanzplan der Mitgliedsverbände wird erarbeitet.
7. März 1992	Roland Bude wird zum Vorsitzenden der UOKG gewählt.
16. März 1992	Die UOKG informiert über erste Unterstützung von ehemaligen politischen Häftlingen aus der Stiftung für politische Häftlinge.
19. März 1992	Die UOKG kritisiert auf der Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages den Entwurf des 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes. Es kommt zu turbulenten Protesten.
16.-17. Mai 1992	Die Satzung der UOKG wird beschlossen.
Juli 1992	Der UOKG wird die Gemeinnützigkeit zuerkannt.
14. Oktober 1992	Die CDU-Fraktion lädt die UOKG neben anderen Organisationen ein, das Gesetz über den Landesbeauftragten von Berlin für die Unterlagen der Staatssicherheit zu diskutieren.
28.-29. November 1992	An der Mitgliederversammlung der UOKG beteiligen sich inzwischen 15 Verbände.
30. November 1992	Roland Bude fordert während der öffentlichen Anhörung der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Nachbesserungen beim 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und eine Institution zur Aufarbeitung der vierzigjährigen Diktatur.
10. Dezember 1992	Erstmalig erscheint der <i>Stacheldraht</i> mit den UOKG-Nachrichten.
30. April 1993	Bitte der CDU-Fraktion des Deutschen Bundestages, sich an dem Gespräch über das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zu beteiligen.
Juli 1993	Roland Bude nimmt Kontakt mit russischen Opferorganisationen auf. Dadurch können Schicksale geklärt und Archivinformationen erlangt werden.
29. September 1993	Die UOKG benennt in einer Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages vier Defizite im 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Sie fordert eine Anerkennung des politischen Widerstandes und Entschädigungen für die zivilen Deportierten jenseits von Oder und Neiße.
1994	Im Jahr 1994 wird erstmals eine Fragebogenaktion zur Situation der Opfer der kommunistischen Herrschaft gestartet. Derartige Aktionen werden später wiederholt.
11. Januar 1994	Mit der Einladung zum Neujahrsempfang beim Bundespräsidenten wird die UOKG als bedeutsame Stimme der Opfer anerkannt. Der Vorsitzende Roland Bude nutzt die Gelegenheit zu politischen Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis. Die Einladung zum Neujahrsempfang wird zur festen Tradition.

20. Januar 1994 Die Vorstandsmitglieder der UOKG beschließen, sich freiwillig auf Kontakte mit dem MfS überprüfen zu lassen. Das Ergebnis erbringt keine Kontakte.
7. Februar 1994 Gerhard Finn appelliert an alle Verbände der Opfer des Nationalsozialismus und der kommunistischen Diktatur, sich einem gemeinsamen Gedenken nicht zu verschließen.
8. Februar 1994 Roland Bude legt in einem Brief an den Innenausschuss des Deutschen Bundestages die Vorstellungen der UOKG für ein gemeinsames Gedenken der Opfer beider Diktaturen dar.
17. Februar 1994 Die UOKG wendet sich gegen eine Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und gegen ein von der PDS/LL eingebrachtes Amnestiegesetz für Täter der politischen Verfolgung.
28. Februar 1994 Mit der Ausgabe 1/1994 erscheinen regelmäßig die UOKG-Nachrichten im *Stacheldraht*.
8. März 1994 Die UOKG befindet sich in Gesprächen mit der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages über den Entwurf des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes.
18. März 1994 Zusammen mit 33 weiteren Verbänden ruft die UOKG dazu auf, die Rechte der politischen Häftlinge, Flüchtlinge und Unterdrückten des SED-Regimes anzuerkennen.
25. April 1994 Die UOKG benennt zwei Mitglieder für den Rat der Stiftung für ehemalige Häftlinge.
4. Mai 1994 Die UOKG entsendet Mitglieder in den Beirat des Internierungslagers Buchenwald (1945-1950).
- 26.-27. November 1994 Gerhard Finn wird zum Vorsitzenden der UOKG gewählt.
- Dezember 1994 16 Verbände, Vereine und Initiativen sind Mitglieder der UOKG.
15. Dezember 1994 Die UOKG wendet sich gegen eine Beendigung der Strafverfolgung im Bereich der Regierungs-, Funktions- und Vereiningungskriminalität.
16. Februar 1996 Die UOKG setzt sich für Erleichterungen bei der Anerkennung von Gesundheitsschäden nach Haft und Veraltungsunrecht ein.
29. Februar 1996 Erstmals wird die Wanderausstellung der UOKG „Mauern, Gitter, Stacheldraht“ der Berliner Öffentlichkeit vorgestellt.
- 1.-2. Februar 1997 Gerhard Finn wird zum Vorsitzenden der UOKG wiedergewählt. Umfangreiche Reformen der Leitungsstrukturen werden beschlossen.
11. Juni 1997 Auf Initiative der UOKG richtet der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz eine Anfrage an die Bundesregierung, die Einstellung der finanziellen Förderung der UOKG betreffend.
5. Oktober 1997 Gerhard Finn setzt sich in einem offenen Brief für ein gemeinsames Gedenken der Opfer der NS-Diktatur und der kommunistischen Herrschaft ein.
- November 1998 Die UOKG unterstützt das Filmprojekt „Wir waren schon halbe Russen“.
9. November 1998 In der Zagreber Resolution fordert die Internationale Assoziation ehemaliger Gefangener und Opfer des Kommunismus, dass die Nachfolgeregierungen des Ostblockes ihre Verantwortung für die Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft wahrnehmen.
- April 1999 Staatsminister Schwanitz veröffentlicht „verbindliche Eckpunkte zur Verbesserung und Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze“.
- 2000 Die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus nimmt ihren Sitz in Deutschland.

2000	Gerhard Finn veröffentlicht das Buch über die KGU „Nichtstun ist Mord“.
Mai 2000	Zusammen mit anderen Opferverbänden veröffentlicht die UOKG die „Schweriner Erklärung“, in der sie eine Opferpension in Würdigung des Widerstandes gegen das kommunistische Regime forderte.
16. Juni 2000	Die UOKG beruft Dr. Steffen Haas zum ersten ärztlichen Beirat, der Opfern der kommunistischen Gewalt bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche beistehen sollte. Die UOKG versucht zu erreichen, dass nur noch zertifizierte Gutachter über die Haftfolgeschäden befinden dürfen.
10. Juli 2000	Die UOKG startet eine Fragebogenaktion, um die Quote der Anerkennung von Haftschäden während der Überprüfung der Bescheide ermessen zu können.
Herbst 2001	Gerhard Finn versucht, bei der Stiftung Aufarbeitung die Finanzierung der Stelle für einen Geschäftsführer zu erreichen. Die Stiftung lehnt ab.
Juni 2001	Gerhard Finn konstatiert, dass viele Verbände durch den Sparzwang „in den letzten Jahren ein für gemeinsames Handeln gefährliches Konkurrenzverhalten entwickelt haben“.
6. November 2001	Brief von Horst Schüler an die Mitgliedsverbände über die notwendige Öffnung der UOKG gegenüber anderen Gruppen von Verfolgten und Opfern.
12. Januar 2002	Horst Schüler wird zum Vorsitzenden der UOKG gewählt. Er will die „Isolationspolitik“ der UOKG beenden.
2003	Angelika Barbe diagnostiziert eine zunehmende Zersplitterung der Opferverbände, die aus mangelnder Unterstützung der Politik rührt. Manche Opfer verfielen in einen radikalisierten Aktionismus, weil sie sich als Opfer 2. Klasse fühlten.
2003	Die UOKG präsentiert sich im Internet.
März 2003	Gesprächsoffensive der UOKG mit Politikern, um eine Opferpension zu erreichen.
November 2003	Nach Intervention der Verbände beschließt der Deutsche Bundestag, Antragsfristen zur Entschädigung bis 2007 zu verlängern. Die UOKG hatte Gespräche mit Politikern von Regierung und Opposition geführt.
6.-7. Dezember 2003	Zur UOKG gehören 26 Verbände, Vereinigungen und Initiativen. Sie nehmen besorgt politisch-extremistische Äußerungen einzelner Mitglieder wahr und distanzieren sich von ihnen.
Januar 2004	Die Regierungskoalition lehnt einen Antrag der CDU-Opposition auf Einführung einer Ehrenpension ab.
Februar 2004	Gründung der Arbeitsgruppe Parlamentarische Arbeit des Vorstandes der UOKG. Die Arbeitsgruppe soll die vielfältigen Kontakte in die Politik koordinieren und wahrnehmen.
Februar 2004	Im Februar beschließt die UOKG ein Verfahren, wie ohne Verwaltungsaufwand die Summe von 600.000 Euro aus dem Erlös der Sonderbriefmarke zum 17. Juni an Opfer weitergegeben werden kann. 900 Opfern kann geholfen werden. Der Verwaltungsaufwand liegt unter 2 Prozent.
Juni 2004	Der Deutsche Bundestag debattiert über ein „Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“. Horst Schüler plädiert öffentlich für eine Anerkennung der Opfer beider Diktaturen in ihrer jeweiligen Eigenart.
Herbst 2004	Starke Spannungen zwischen UOKG, VOS und BSV.
November 2004	Horst Schüler ruft dazu auf, für die vergessene Opfergruppe der Zwangsdeportierten östlich von Oder und Neiße zu spenden. Bis Anfang 2006 kommen mehr als 60.000 Euro zusammen.

5.-7. November 2004	Internationaler Kongress der UOKG und des Osteuropa-Zentrums zum 15. Jahr des Mauerfalls vom 5.-7. November 2004 in Berlin mit dem Titel „Noch lebt das Gespenst. Der Kommunismus und seine Folgen in Deutschland und Europa“.
Januar 2005	Die UOKG begibt sich „auf den langen Weg“, eine einvernehmliche Konzeption für alle Opfergruppen in Sachsenhausen zu erreichen.
Februar 2005	Horst Schüler wird von einem Verbandsmitglied auf eine neue Strategie von NPD und DVU hingewiesen. Sie versuchten, die frühen Opfer des Kommunismus für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.
17. Februar 2005	Der Bundestag beschließt, die Stiftung für politische Häftlinge zu erhalten und finanziell ausreichend auszustatten. Vorausgegangen waren Gespräche mit der UOKG über die drohende Abwicklung.
18.-19. Juni 2005	Die UOKG empfiehlt ihren Mitgliedsverbänden, für ihre Vorstände eine Unbedenklichkeitsbescheinigung bei der BStU einzuholen.
August 2005	Mit der Aktion „Wahlprüfsteine“ anlässlich der Bundestagswahl befragt die UOKG Parteien und Politiker nach ihrer Haltung zu den Opfern, vor allem zu einer Opferpension und veröffentlichte die Ergebnisse im <i>Stacheldraht</i> . Die Opferpension wurde in den Koalitionsvertrag aufgenommen.
2006	Der UOKG gehören 32 Verbände, Vereine und Initiativen an.
2006	Das Buch von Rainer Wagner „Mit 15 im Knast“ erscheint.
23. Januar 2006	Pressmitteilung vom 23. Januar 2006 „Die Verurteilung kommunistischer Verbrechen ist überfällig“.
April 2006	Horst Schüler nimmt an der Diskussion des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages zum 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz teil. Die vorbereitenden Gespräche enden enttäuschend.
August 2006	Unter dem Titel „Die Kirche klagt den Kommunismus an!“ findet ein UOKG-Kongress anlässlich des 30. Jahrestages der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz statt.
2007	Zur Entlastung des Vorstandes von konfliktvorbeugenden Gesprächen wird eine Schlichtungskommission eingesetzt.
Februar 2007	Die UOKG veröffentlicht einen offenen Brief an alle Mitglieder von VOS und BSV. Sie bekennt sich zu ihrer Haltung, keine rechtsradikalen Äußerungen zu dulden und ruft – trotz unterschiedlicher Konzepte der Verbände – zu gemeinsamem Handeln auf.
Februar 2007	Horst Schüler resümiert die Gespräche mit Politikern über das 3. Unrechtsbereinigungsgesetz mit den Worten: „Wir waren wieder einmal zu vertrauensselig.“ Wieder erhielten die Bedürftigen Almosen, eine Würdigung sei aber ausgeblieben.
März 2007	Vertreter der UOKG zeigen bei der 1. Lesung des 3. UBG Präsenz im Bundestag.
Mai 2007	Im Mai beteiligt sich die UOKG an Demonstrationen für eine echte Opferpension.
Juni 2007	Symposium „Künstler im Widerspruch zur SED-Diktatur“ (UOKG-Kongress).
7. Juli 2007	Rainer Wagner wird zum Vorsitzenden der UOKG gewählt.
September 2007	Nach Inkrafttreten des 3. UBG fordert die UOKG alle Mitglieder auf, Anträge auf Zuwendungen zu stellen. Sie beginnt damit, problematische Fälle zu sammeln und an Mitglieder des Bundestages weiterzuleiten.
Herbst 2007	Im zeitlichen Zusammenhang mit dem 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz beginnt die UOKG mit einer eigenen Beratungstätigkeit.
2008	Der UOKG-Wochenrückblick erscheint von nun an regelmäßig.

Juli 2008	Eine Projektgruppe beginnt mit dem Ziel zu arbeiten, in Berlin ein repräsentatives Mahnmal für die Opfer des Kommunismus zu errichten. Dazu werden Gespräche mit dem Berliner Senat und dem Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, geführt.
Oktober 2008	UOKG-Kongress in Erinnerung an das Jahr 1968 mit dem Titel „1968 – ein Jahr der Weichenstellung. Freiheitsbestrebungen im Osten, Dogmatismus im Westen?“
2009	Im Wahljahr 2009 wiederholt die UOKG ihre Forderung nach institutioneller Förderung.
2009	Rainer Wagner beteiligt sich an der Erarbeitung des Gesetzes für den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und an der Einführung der ersten Inhaberin des Amtes, Ulrike Poppe.
März 2009	Die UOKG führt politische Gespräche und fordert anschließend, die ehemaligen DDR-Heimkinder in den Prozess von Aufarbeitung und Entschädigung aufzunehmen.
28. Juni 2009	Der <i>Stacheldraht</i> erscheint in neuem Layout.
24. Oktober 2009	UOKG-Kongress zur Frage der Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden.
2010	Einführung der Ämter der Regionalbeauftragten des Vorstandes. Sie sorgen in Regionen und speziellen Themenfeldern für Kontakte in die Politik.
Januar 2010	Die Beratungsstelle erhält eine neue Mitarbeiterin zur Beratung und Betreuung von Menschen, die von DDR-Zwangsadoptionen betroffen sind.
März 2010	Aufruf der UOKG zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.
22. April 2010	Nach mehreren, vergeblichen Gesprächen mit politisch Verantwortlichen, unter anderem mit der Moderatorin Antje Vollmer protestiert die UOKG öffentlich gegen den Ausschluss der ehemaligen Heimkinder Ost vom Runden Tisch Heim-erziehung.
16. Oktober 2010	UOKG-Kongress „Mission erfüllt? Die Rolle von Politik, Medien, Gesellschaft bei der Aufdeckung von DDR-Unrecht“.
22. November 2010	Forderung der UOKG, hochbetagten ehemaligen deutschen Zwangsarbeitern in der Sowjetunion endlich eine Einmalentschädigung zu gewähren.
September 2011	UOKG-Kongress zur Erinnerung an die etwa 12.000 Zwangsausgesiedelten als Opfer von Mauer und deutscher Teilung.
30. November 2011	Presseerklärung der UOKG: Ohne institutionelle Förderung ist die Existenz des Dachverbands bedroht.
Januar 2012	Die UOKG eröffnet eine Beratungsstelle speziell für ehemalige DDR-Heimkinder.

Anmerkungen

- 1 Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft vom 5. bis 7. März 1993. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.
- 2 Krieger, Herbert [Hrsg.]: Die Welt seit 1945. Materialien für d. Geschichtsunterricht. Teil 1, Frankfurt/a.M. 1985.
- 3 Sachse, Christian: Die historischen Hintergründe zur Entstehung der sogenannten Haftkeller des NKWD. In: Roder, Bernd; Wild, Volker: Haus 3. Haftort des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatssicherheit in Berlin-Prenzlauer Berg. Metropol Verlag, Berlin 2011, S. 32-49.

- 4 Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR Nr. 00101 vom 22. Februar 1945 [betreffend die Einrichtung von Lagern des NKWD]. In: Staatliches Archiv der Russischen Föderation, found 9401, zitiert nach: Wirkungsstätten stalinistischen Terrors in der SBZ/DDR. Hrsg.: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998, S. 109 ff.
- 5 Alliiertes Kontrollrat in Deutschland. Direktive Nr. 38: Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen vom 12. Oktober 1946. In: Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland Nr. 11 vom 31. Oktober 1946, zitiert nach: Wirkungsstätten stalinistischen Terrors in der SBZ/DDR. Hrsg.: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998, S. 97 ff.
- 6 Proklamation Nr. 3, – Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege –, vom 20. Oktober 1945 (Amtsblatt Alliiertes Kontrollrat in Deutschland. Nr. 1, S. 22 ff).
- 7 Abgedruckt in: Possekel, Ralf: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. In: Mironenko, Sergej; Niethammer, Lutz und Plato, Alexander von (Hrsg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2, S. 290. Neben den deutschen Gefangenen befanden sich 1852 Sowjetbürger und 226 Personen anderer Nationalität in den Lagern. Von ihnen waren 90 % verurteilt.
- 8 Memorandum des Chefs der SMA-Verwaltung des Landes Thüringen I. Kolesnitschenko für B. Ponomarew zu Fragen der politischen Praxis in Deutschland [Auszug] vom 29. November 1948. In: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 572,11. 45-9, 55, 57-59, 69-72, 78-83, 90-95, zitiert nach: Bonwetsch, Bernd; Bordjugov, Gennadij; Naimark, Norman M. [Hrsg.]: Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanow. Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung i.V.m. dem Institut für Sozialgeschichte Braunschweig/Bonn, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998, S. 183 ff.
- 9 Die Darstellung folgt hier der Zusammenfassung der Sitzungsverläufe bei Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet! Sozialdemokratie in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953. Bonn 1996, S. 72-78 und der entsprechenden Darstellung bei Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997, S. 490-492.
- 10 Vgl. dazu: Fricke, Karl Wilhelm; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes: Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder. Verlag C.H.Beck, München 2002.
- 11 Vgl. ZDF-History, Hitlers letztes Aufgebot. Sendung vom 29. April 2012.
- 12 Sonntag, Marcus: Die Arbeitslager in der DDR. Klartext Verlag, Essen 2010.
- 13 Wilke, Manfred: Eine Geschichte mit zwei Seiten. Unterwerfung, Opposition und Widerstand in der DDR. Manuskript, der Beitrag erscheint im Begleitband der Ausstellung „Schauplatz Eiserner Vorhang“ in Weitra, Niederösterreich, die Anfang Mai 2012 eröffnet wurde.
- 14 Ebenda.
- 15 Müller, Klaus: Die Lenkung der Strafjustiz durch die SED-Staats- und Parteiführung der DDR am Beispiel der Aktion Rose. Frankfurt/M. 1995.
- 16 Sachse, Christian: Der letzte Schliff. Jugendhilfe der DDR im Dienst der Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen (1949-1989). Hrsg.: Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Schwerin 2011, S. 34.
- 17 Sachse, Christian: Aktive Jugend – wohlgezogen und diszipliniert. Wehrerziehung in der DDR als Sozialisations- und Herrschaftsinstrument (1960-1973). Lit Verlag, Münster 2000, S. 232 ff.
- 18 Beispielsweise: Erziehung zum Frieden C. Im Konfirmandenalter. Herausgegeben im Auftrag der Theologisch-Pädagogischen Arbeitsgemeinschaft der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen von 1969. In: Archiv Rudolph Albrecht.
- 19 Trabitzschn, Michael: Die Eisenfelds. Eine gemeinsame Produktion von WDR, SFB und MDR, 1996.
- 20 Sachse, Christian; Höck, Dorothea u. a.: Wehrkundeunterricht – ein bedrohliches Zeichen. Offener Brief des Mitarbeiterkreises der ESG Naumburg vom 4. 5. 1978. In: Archiv Christian Sachse db92, Abgedruckt in: Wensierski, Peter; Büscher, Wolfgang; Wolschner, Klaus [Hrsg.]: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982. Scandica-Verlag, Hattingen 1982, S. 64 ff.
- 21 Sachse, Christian: Den Menschen eine Stimme geben. Bischof Gottfried Forck und die Opposition in der DDR. Wichern Verlag, Berlin 2009, S. 184 ff.

- 22 Zitiert aus: „Bericht des Alliierten Kontrollrats in Deutschland (hier: der SMAD) an den (vom 20. bis 25. Februar 1947 tagenden) Rat der Außenminister (der vier Mächte)“, veröffentlicht in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumente aus den Jahren 1945 bis 1949. Herausgegeben vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der DDR und vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin 1968, S. 388.
- 23 Zeitgeschichte: Schläge mit Stacheldraht. In: Der Spiegel Nr.14/1990, S. 130-131.
- 24 Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KgU. Westkreuz Verlag, Bad Münstereifel 2000.
- 25 Finn, Gerhard: Die politischen Häftlinge in der Sowjetzone 1945 - 1959. Ilmgauverlag, Pfaffenhofen 1960.
- 26 Ich hätte mit dem Teufel paktiert. SPIEGEL-Interview mit dem Ost-Berliner Anwalt Wolfgang Vogel über die deutsch-deutschen Freikäufe. In: Der Spiegel Nr. 15/1990, S.61-73.
- 27 DT-Lesung aus Jankas Buch. In: Berliner Zeitung vom 3. November 1989, S. 7. Von den Symptomen zu den Ursachen. Erklärung von Christa Wolf. In: Ebenda.
- 28 Meier, Manfred: Tausendfaches Unrecht nicht zu vergessen. Sonderkonzert für die Opfer stalinistischer Verfolgung in der DDR. In: Neue Zeit vom 7. Dezember 1989, S. 4.
- 29 Gedenken an Opfer der Repression unter Stalin. In: Berliner Zeitung vom 2. November 1989, S. 5.
- 30 Vgl. Art. 94 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968. In: Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968. Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 4. Aufl., Berlin 1971, S. 24.
- 31 Vgl. Richtergesetz der DDR vom 5. Juli 1990. In: GBl. DDR I 1990, S. 637.
- 32 Gesetz zur Rehabilitation vorgeschlagen. In: Neues Deutschland vom 15. November 1989, S. 3.
- 33 Was wird aus ungerechtfertigten Parteistrafen? Antwort des Konsultations- und Informationszentrums des ZK der SED. In: Neues Deutschland vom 20. November 1989, S. 3.
- 34 Eberlein, Werner: Bericht der Zentralen Parteikontrollkommission [Der Bericht wurde nicht gegeben, liegt nur schriftlich vor.] In: SAPMO DY 30/IV 2/1/716, S. 1 ff.
- 35 Mit aller Strenge gegen Verletzungen des Statuts. ZPKK faßte auch Beschlüsse zur Rehabilitierung von Robert Havemann, Rudolph Herrstadt und Lex Ende. In: Neues Deutschland vom 30. November 1989, S. 1.
- 36 Krebs, Dieter: Sein Gulag war ein Lager in der Taiga. Lebenserinnerungen des Kommunisten Damerius. In: Berliner Zeitung vom 29. November 1989, S. 7.
- 37 Debatte um „weiße Flecken“ in der Parteigeschichte. Podiumsgespräch im Haus des Zentralkomitees. In: Neues Deutschland vom 2./3. Dezember 1989, S. 1.
- 38 Wimmer, Walter: „... unter falschen Anschuldigungen verhaftet“. Zum Schicksal deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil. In: Neues Deutschland vom 2./3. Dezember 1989, S. 13.
- 39 Engelberg, Ernst: Über historische Irrwege – „wir müssen’s durchfressen...“. Die Lösung vom Stalinschen Erbe ist ein schwieriger, aber unbedingte notwendiger Prozeß. In: Berliner Zeitung vom 16. November 1989, S. 7.
- 40 ZPKK wird Hinweise auf Vergehen prüfen. Gesetzesverletzer werden zur Verantwortung gezogen. In: Berliner Zeitung vom 17. November 1989, S. 2.
- 41 Gretzschel, Matthias: Jahrzehnte der Verdrängung sind endgültig vorbei. „Stalin in uns“ – Von einem Forum in Leipzig. In: Neue Zeit vom 21. November 1989, S. 3.
- 42 Stiehler, G.: Befreiung vom Stalinismus? Proletarische Diktatur braucht den Weg in eine sozialistische Gesellschaft. In: Berliner Zeitung vom 25./26. November 1989, S. 9.
- 43 Wimmer, Walter; Vesper, Karlen: Wie steht es mit dem Stalinismus in der Geschichte der KPD? ND-Interview mit Prof. Dr. Walter Wimmer, Institut für Marxismus-Leninismus. In: Neues Deutschland vom 25./26. November 1989, S. 13.
- 44 Gysi, Gregor: Vollständiger Bruch mit dem stalinistischen System. Rede von Gregor Gysi im Auftrag des Arbeitsausschusses. In: Berliner Zeitung vom 9./10. Dezember 1989, S. 3 f.
- 45 Krebs, Dieter: Das Recht auf Gedächtnis. Gemeinschaftsprojekt von Berliner Theatern. In: Berliner Zeitung vom 9./10. Dezember 1989, S. 7.
- 46 Möschner, Günter: Rehabilitierung – Fakten und offene Fragen. Was geschah in der DDR nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956? Teil I. In: Neues Deutschland vom 11. Dezember 1989, S. 13. Und:

- Möschner, Günter: Rehabilitierung – Fakten und offene Fragen. Was geschah in der DDR nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956? Teil II. In: Neues Deutschland vom 16. Dezember 1989, S. 11.
- 47 Schumann, Michael: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System. „Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED“. In: Neues Deutschland vom 18. Dezember 1989, S. 7 f.
- 48 Sachse, Christian: „Kurzer Abriss weißer Flecken“ – Die parteiamtliche Rehabilitierung Robert Havemanns im November 1989. In: Geisel, Christof; Sachse, Christian: Wiederentdeckung einer Unperson. Robert Havemann im Herbst 1989 – Zwei Studien. Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs 5, Berlin 2000, S. 113 ff.
- 49 Sie fällt nicht unter Amnestie. Von einem Besuch in der Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen [am 8. Dezember 1989]. In: Die Kirche vom 24. Dezember 1989, S. 2.
- 50 Hofmeister, Martin: [Tagebuch über die Zeit von Anfang Dezember 1989 bis Ende Januar 1990]. In: Privatarchiv Martin Hofmeister.
- 51 Anwesenheitsliste der Arbeitsgruppe Objekterfassung und dazugehörige Notizen vom 10. Januar 1990. In: Klarsichtmappe Peter Erler.
- 52 Schulz, Sabine: Hohenschönhausener Bürger betreten das „U-Boot“. Unterwegs mit zeitweiliger Untersuchungskommission. In: Neues Deutschland vom 30. Januar 1990, S. 8.
- 53 Telefonische Auskunft von Frau Marschhausen und Frau Schulze, Gründungsmitglieder der Initiativegruppe Internierungslager Ketschendorf e.V. am 3. April 2012.
- 54 DDR-Häftlinge: Kung-Fu und Roter Terror. In: Der Spiegel Nr. 50/1989, S. 66-68.
- 55 DDR-Häftlinge: Selber schuld. In: Der Spiegel Nr. 41/1988, S. 84-85.
- 56 Vom Lada zum Lambada. SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben über die unblutige Revolution in den Studios des DDR-Fernsehens. In: Der Spiegel Nr. 49/1989, S. 62-71.
- 57 1500 Stasi-Leute zum „wissenschaftlichen Gerätebau“ übernommen. Der Leiter der Arbeitsgruppe „Sicherheit“ des Runden Tisches berichtet über die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit. In: taz vom 9. März 1990, S. 5.
- 58 „Vernichten oder aufbewahren?“ – Stasiakten als politische Zeitbombe. In: Sendemanuskript Kontraste, ARD vom 13. März 1990.
- 59 350 Stasi-Objekte „geerbt“. Bezirksamt Hohenschönhausen: Vorwürfe gegen das Auflösungskomitee. In: Der Morgen vom 26. September 1990.
- 60 Die Namen aus der Stasi-Kartei. Sechs Kategorien. Neun Abgeordnete verweigerten Überprüfung. In: Neue Zeit vom 2. Oktober 1990.
- 61 Die Richter kratzen die Kurve. Die Justiz der DDR (II): Für einen Rechtsstaat gibt es bisher weder Gesetze noch Juristen. In: Der Spiegel Nr.10/1990, S. 144-155.
- 62 Splitternackt im Spalier. Die Justiz der DDR (III): Der Strafvollzug in Arbeitslagern war für den SED-Staat ein Milliardengeschäft. In: Der Spiegel Nr.11/1990, S. 146-164.
- 63 Verwahrnastalt oder Resozialisierung. Perspektiven für den DDR-Strafvollzug. Besuch in der Haftanstalt Rackwitz. Bedingungen am Arbeitsplatz und in der Unterkunft sind erschreckend. Arbeitsgruppe Strafvollzug/Resozialisierung aus Leipzig will „Soziales Haus“ für Entlassene gründen. In: taz vom 31. März 1990, S. 5.
- 64 Das Todeslager in Ihrer Nachbarschaft. Sowjetisches Internierungslager im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen. Bruchlose Übergabe an MfS. In: taz vom 30. März 1990, S. 3.
- 65 Anne Drescher in: ZDF-History, Hitlers letztes Aufgebot. Sendung vom 29. April 2012.
- 66 Ebenso befanden sich als Werwölfe Verdächtige in Buchenwald und Mühlberg.
- 67 Die sowjetischen Internierungslager in der DDR. Verdrängte DDR-Geschichte ans Tageslicht geholt. Im DDR-Gulag interniert wurden ab April 1945 Kriegsverbrecher, Nazis, „Klassenfeinde“ und „möglicherweise gefährliche Deutsche“. In: taz vom 31. März 1990, S. 5.
- 68 Zeitgeschichte: Schläge mit Stacheldraht. In: Der Spiegel Nr.14/1990, S. 130-131.
- 69 Strafrecht: Historischer Kompromiß. Bonn erwägt, Agenten und Mitarbeiter der Stasi zu amnestieren. In: Der Spiegel Nr. 26/1990, S. 30-32.
- 70 Die DDR-Regierung entbindet am 8. März 1990 MfS-Mitarbeiter (in bestimmten Grenzen) von ihrer Schweigepflicht. In: Dokumentation zum Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR in 6 Teilen (I-VI). 1. November 1989 bis 31. Oktober 1990. Teil I. Hrsg.: Gesamtdeutsches Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Berlin 1. Nov. 1990.

- 71 Kohl und Schäuble für großzügige Stasi-Amnestie. In: Berliner Zeitung vom 28. März 1990, S. 5.
- 72 Die Namen werden im Artikel nicht genannt. Forudistan, Ferdos: SED & Stasi als kriminelle Vereinigung. Die Partei und ihre Diener sollen zur „Verbrecher-Organisation“ erklärt werden. Fahrplan zur Einheit. In: taz vom 20. Juni 1990, S. 6.9
- 73 Am 20. Juni 1990 nimmt der Sonderausschuss der Volkskammer zur Kontrolle der Auflösung des MfS unter Leitung von Joachim Gauck seine Tätigkeit auf. In: Dokumentation zum Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR in 6 Teilen (I-VI). 1. November 1989 bis 31. Oktober 1990. Teil I. Hrsg.: Gesamtdeutsches Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Berlin 1. Nov. 1990.
- 74 Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit vom 24. August 1990.
- 75 Bestimmungen des Einigungsvertrags (Anlage I Kapitel II Sachgebiet B Abschnitt II Nr. 2 Buchstabe b) über die Behandlung von Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit vom 31. August 1990. In: <http://www.verfassungen.de/de/ddr/stasiunterlagenbestimmungen90.htm>.
- 76 Ullmann, Wolfgang: Erklärung vor der Volkskammer am 6. September 1990: Das MfS – diese Bastille des Stalinismus niederreißen. In: Ullmann, Wolfgang: Verfassung und Parlament. Ein Beitrag zur Verfassungsdiskussion. Dietz Verlag, Berlin 1992, S. 100-105.
- 77 Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des am 31. August 1990 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 18. September 1990. In: Bundesgesetzblatt 1990 II, S. 1239-1245.
- 78 Korzilius, Sven: „Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ, DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung. Böhlau Verlag, Köln; Weimar; Wien 2004, S. 682.
- 79 Thewalt, Andres: Berliner Bischof warnt vor weiterer Suche nach Stasi-Spitzeln. In: Berliner Morgenpost vom 19. Dezember 1990.
- 80 Artikel 18 im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) vom 31. August 1990. In: BGBl. II 1990, S. 885.
- 81 Gestern Opfer, heute Opfer. In: Der Spiegel 2/1991, vom 7. Januar 1991, S. 40-45.
- 82 Entschließungsantrag der Fraktion der SPD des 11. Deutschen Bundestages zur Rehabilitierung der aus politischen Gründen Benachteiligten in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone und DDR vom 22./23. Oktober 1990. In: Der Stacheldraht Nr.1/1990 vom März 1991.
- 83 Gestern Opfer, heute Opfer. In: Der Spiegel 2/1991, vom 7. Januar 1991, S. 40-45.
- 84 Ebenda.
- 85 Ein zweites Mal betrogen. In: Der Spiegel Nr. 23/1991, S. 47-56.
- 86 Kuo, Xing-Hu: Ehemalige politische Gefangene: Höhere Entschädigung gefordert. VOS-Generalversammlung in Oberhof mit Dissonanzen. In: Freies Wort vom 30. März 1992.
- 87 Ein zweites Mal betrogen. In: Der Spiegel Nr. 23/1991, S. 47-56.
- 88 Knöchel, Richard: „Dachverband der Dachverbände“ In: Freiheitsglocke, Dezember 1991.
- 89 Pressemitteilung der UOKG i.G. vom 21. Oktober 1991 über die Gründung der UOKG. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.
- 90 Satzung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft vom 19. Oktober 1991. In: UOKG-Archiv, UOKG Geschäftsgang, Beginn: 21. Oktober 1991 (roter Hefter).
- 91 Notiz über die Funktion der UOKG als Dachverband (vermutlich: Mitte November 1991). In: UOKG-Archiv, UOKG Geschäftsgang, Beginn: 21. Oktober 1991 (roter Hefter).
- 92 Von Uwe Hörenz trennte sich die UOKG im September 1992 wieder. Gegen ihn waren Vorwürfe der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit erhoben worden, die damals unterschiedlich bewertet worden sind. Vgl.: Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft am 12. und 13. September 1992. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.
- 93 Protokoll der 2. Vorstandssitzung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft vom 8. Dezember 1991. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.

- 94 Arbeitsplan 1992 und Finanzplan der UOKG vom 30. Dezember 1991. In: UOKG-Archiv, UOKG Geschäftsgang, Beginn: 21. Oktober 1991 (roter Hefter).
- 95 Brief des Bundesministeriums des Innern an die UOKG vom 8. Januar 1992. In: UOKG-Archiv, UOKG I (bis 29.3.1993).
- 96 Rundbrief der UOKG an die Mitgliedsverbände das Antragsverfahren auf Fördermittel beim BMI betreffend vom 27. Januar 1992. In: UOKG-Archiv, UOKG I (bis 29.3.1993).
- 97 Kostenplan für das Haushaltsjahr 1992 (UOKG und Verbände) vom 27. Februar 1992. In: UOKG-Archiv, UOKG I (bis 29.3.1993).
- 98 Vgl. dazu die Rede von MdB Hans-Joachim Hacker (SPD) am 17. Juni vor dem Deutschen Bundestag.
- 99 Brief der Berliner Senatsverwaltung für Justiz vom 9. März 1992 zur Zulassung von Rechtsanwälten aus der DDR nach der Wiedervereinigung. In: UOKG-Archiv, UOKG Geschäftsgang, Beginn: 21. Oktober 1991 (roter Hefter).
- 100 Protokoll der 3. Vorstandssitzung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft vom 7. März 1992. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.
- 101 Sondersitzung des Vorstandes der UOKG vom 16. bis 17. Mai 1992. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.
- 102 Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft am 20. und 21. Juni 1992. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.
- 103 Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft am 12. und 13. September 1992. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.
- 104 Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft am 12. und 13. September 1992. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.
- 105 Rundschreiben von Roland Bude an die Mitglieder der UOKG vom 29. Oktober 1992. In: UOKG-Archiv, UOKG I (bis 29.3.1993).
- 106 Schreiben an Friedrich-Franz Wiese vom 8. Juni 1993 mit der Bitte, eine Dokumentation für die Rostocker Studenten zu erstellen. In: UOKG-Archiv, UOKG II (ab 30.3.1993).
- 107 Schreiben des BMI an die UOKG vom 7. Juli 1993 die Jahresförderung von 1993 betreffend. In: UOKG-Archiv, Förderung BMI 1993.
- 108 Protokoll der Sitzung der MV der UOKG vom 25. bis 27. Februar 1994. In: UOKG-Archiv, Unsortierte Vorgänge 1993/1994 und 1996.
- 109 UOKG-Archiv, Ordner UOKG II (ab 30.3.1993).
- 110 Ebenda.
- 111 Presseerklärung von MdB Rolf Schwanitz vom 6. Juli 1993 den Verzicht der Justizminister auf eine Verlängerung von Verjährungsfristen betreffend. In: UOKG-Archiv, UOKG II (ab 30.3.1993).
- 112 Bude, Roland: Geleitwort des Vorsitzenden der UOKG, Roland Bude. In: Der Stacheldraht Nr. 1/1994, S. 4-5.
- 113 Langfristige Finanzierung der Arbeit der Opferverbände – Zwischenbericht an die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 31. Mai 1994 (Drucksache 12/3556). In: UOKG-Archiv, Unsortierte Vorgänge 1993/1994 und 1996.
- 114 Ullmann, Wolfgang: Brief an die Bürgerbewegungen und Bürgerkomitees die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes betreffend vom 3. Februar 1994 und Antwort von Harald Strunz vom 17. Februar 1994. In: UOKG-Archiv, Unsortierte Vorgänge 1993/1994 und 1996.
- 115 SED-Unrecht: Kultur der Verbitterung. In: Der Spiegel Nr. 50/1994, S. 18-22.
- 116 Kittlaus, Manfred: Strafverfolgung oder Schlußstrich? Thesen zur Frage der Fortsetzung von Strafverfolgung im Bereich Regierungs-, Funktions- und Vereinigungskriminalität. In: Der Stacheldraht Nr. 6/1994 vom 15.12.1994, S. 7-9.
- 117 Protokoll der Sitzung der MV der UOKG vom 4. und 5. Juni 1994. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997.
- 118 Mitgliederversammlung der UOKG [am 26. und 27. November 1994]. In: Der Stacheldraht Nr. 6/1994 vom 15.12.1994, S. 15.

- 119 Ebenda.
- 120 Liste der Mitglieder von ca. Dezember 1994. In: UOKG-Archiv, Unsortierte Vorgänge 1993/1994 und 1996 (blaue Mappe).
- 121 Kurzdarstellung der UOKG (vermutlich Februar 1996). In: UOKG-Archiv, Unsortierte Vorgänge 1993/1994 und 1996.
- 122 Ebenda.
- 123 Protokoll der Mitgliederversammlung der UOKG am 16. und 17. November 1996. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 124 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24./25. Februar 1996 im Zehlendorfer Haus der Zukunft In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 125 UOKG-Archiv: Ordner UOKG II (ab 30.3.1993).
- 126 Protokoll der Mitgliederversammlung der UOKG am 31. August und 1. September 1996. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 127 Protokoll der Mitgliederversammlung der UOKG am 16. und 17. November 1996. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 128 Finn: Außenvertretung; Bude: BMI, internationale Verbindungen; Rudolph: Rechtsfragen; Rührdanz: Vertretung in Berlin; Bernitt: Kontakt zu den Mitgliedern, Publikationen. Vgl. Protokoll der Mitgliederversammlung der UOKG am 1. und 2. Februar 1997. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 129 Schriftliche Frage des Abgeordneten Rolf Schwanitz vom 11. Juni 1997 die Förderung der UOKG betreffend. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 130 Morgenpost Berlin vom 23. Juni 1997.
- 131 Protokoll der Mitgliederversammlung der UOKG am 27. und 28. Juni 1997. In: UOKG-Archiv, UOKG Mitgliederversammlungen Niederschriften 1992-2002.
- 132 Finn, Gerhard: Brief mit aktuellen Aufgaben der UOKG vom 18. August 1998. In: Der Stacheldraht Nr. 5/1998.
- 133 An den Vorstand und den Stiftungsrat der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur. Brief der Vertreter der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft und der Aufarbeitungsinitiativen. In: Der Stacheldraht Nr. 4/1998, S. 2 f.
- 134 Zagreber Resolution vom 9. November 1998. In: Der Stacheldraht Nr. 6/1998, S. 2.
- 135 Vgl. Pressemitteilung der UOKG vom 23. Januar 2006 „Die Verurteilung kommunistischer Verbrechen ist überfällig“. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2006.
- 136 Ergebnisniederschrift der Mitgliederversammlung der UOKG am 30. April und 1. Mai 1999. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 137 Ergebnisniederschrift der Mitgliederversammlung der UOKG vom 17. September 1999. In: UOKG-Archiv, UOKG Mitgliederversammlungen Niederschriften 1992-2002.
- 138 Ergebnisniederschrift der Mitgliederversammlung am 8. und 9. April 2000. In: UOKG-Archiv, UOKG Mitgliederversammlungen Niederschriften 1992-2002.
- 139 Ergebnisniederschrift der Mitgliederversammlung der UOKG vom 16. Juni 2000. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 140 Brief von Gerhard Finn an die Mitgliedsverbände der UOKG vom 20. September 2000. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 141 Ergebnisniederschrift der Mitgliederversammlung am 11. und 12. November 2000. In: UOKG-Archiv, UOKG Mitgliederversammlungen Niederschriften 1992-2002.
- 142 Niederschrift zur Mitgliederversammlung vom 16. und 17. Juni 2001. In: UOKG-Archiv, UOKG Mitgliederversammlungen Niederschriften 1992-2002.
- 143 Niederschrift zur Mitgliederversammlung am 23. und 24. November 2001. In: UOKG-Archiv, 2001 Kor UOKG.
- 144 Brief von Gerhard Finn an Angelika Barbe mit der Ankündigung seines Rücktrittes vom 5. Dezember 2001. In: UOKG-Archiv, UOKG Mitgliederversammlungen Niederschriften 1992-2002.
- 145 Niederschrift über die erste Sitzung des neugewählten Gesamtvorstandes der UOKG vom 12. Januar 2002. In: UOKG-Archiv, UOKG Mitgliederversammlungen Niederschriften 1992-2002.
- 146 Brief von Horst Schüler an die Vorstandsmitglieder und Mitgliedsverbände der UOKG vom 6. November 2001. In: UOKG-Archiv, UOKG Mitgliederversammlungen Niederschriften 1992-2002.

- 147 Brief an Horst Schüler vom 21. Januar 2002. In: UOKG-Archiv, UOKG Mitgliederversammlungen Niederschriften 1992-2002.
- 148 Ständige Konferenz der Verfolgten und Gegner des Kommunismus in Deutschland. Protokoll über die Versammlung am 1. Juni 2002 in Leipzig. In: UOKG-Archiv, 2001 Kor UOKG.
- 149 Brief von Vera Lengsfeld zur Medienkampagne der Thüringischen Landeszeitung gegen die Lagergemeinschaft „Workuta“ vom 31. Mai 2001. In: UOKG-Archiv, 2001 Kor UOKG 2001.
- 150 Ergebnisprotokoll zur Mitgliederversammlung der UOKG am 23. und 24. November 2003. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2003.
- 151 Teilnehmerliste MV am 6./7. Dezember 2003. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2003.
- 152 Niederschrift zur Mitgliederversammlung vom 6. bis 7. Dezember 2003. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2003.
- 153 Briefe in: UOKG-Archiv, Ordner 2003.
- 154 Ergebnisprotokoll zur Mitgliederversammlung der UOKG am 27. und 28. November 2004. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2004.
- 155 Brief eines Mitgliedes der VERS-Arbeitsgruppe ehemaliger politischer Häftlinge vom 11. Februar 2005 an Horst Schüler. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2005.
- 156 Ergebnisprotokoll der Mitgliederversammlung vom 12. und 13. März 2005. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2005.
- 157 Brief an den BSV in: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2006.
- 158 Brief an die VOS in: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2006.
- 159 Vgl. Schulz, Manfred: „Kleinteiligkeit in möglichst großem Umfang?“ In: Freiheitsglocke Nr. 648 vom Oktober 2006.
- 160 Wahlprüfsteine an verschiedene Kandidaten und ihre Antworten in: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2005.
- 161 Der Stacheldraht Nr. 6/2005.
- 162 Nicht über jede Wahl kann in diesem Buch berichtet werden.
- 163 Mitgliedsversammlung am 25./26.2.2006. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2006.
- 164 Konkrete Hilfe für die Geschädigten. Interview mit MdB Arnold Vaatz. In: Der Stacheldraht Nr. 7/2005, S. 6.
- 165 Offener Brief an alle Mitglieder der VOS und des BSV. Die Anrede „Kamerad“ muss man verdienen. In: Der Stacheldraht Nr. 1/2007, S. 7-10.
- 166 Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“. In: <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/downloads/pdf/sabrow-bericht.pdf> (Zugriff: 1.5.2012).
- 167 Der Stacheldraht Nr. 5/2007.
- 168 Wagner, Rainer: Quo vadis? In Der Stacheldraht Nr. 5/2007, S. 6. Vgl. auch Interview im Stacheldraht Nr. 6/2007.
- 169 Intensive Sacharbeit. In: Der Stacheldraht Nr. 8/2007, S. 7.
- 170 Finn, Gerhard: Die Arbeit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (September 2000). In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 171 Wortmeldungen der UOKG. In: Der Stacheldraht Nr. 2/2009, S. 2.
- 172 Zitiert nach der Presseerklärung der UOKG vom 1. Juli zur Verabschiedung des Gesetzes über die Landesbeauftragte. In: www.uokg.de/Archiv (Zugriff: 1.5.2012).
- 173 Bericht bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zum Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 27. Juni 2011. In: UOKG-Archiv, Ordner 2011.
- 174 Presseerklärung der UOKG vom 22. April 2010. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2011.
- 175 www.uokg.de
- 176 Psychiatrie in der DDR. Podiumsdiskussion der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft am 28. Juni 2011 in der Gedenkstätte Berliner Mauer. Hrsg.: UOKG e.V., Berlin 2012 (im Druck).
- 177 Presseerklärung vom 30. November 2011: Ohne institutionelle Förderung ist die Existenz des Dachverbands bedroht. In: www.uokg.de (Zugriff: 1.5.2012).
- 178 Vgl. dazu: Die Welt vom 30. April 2012.

- 179 Der Stacheldraht Nr. 8/2009, S. 10-12.
- 180 Finn, Gerhard: Die Arbeit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (September 2000). In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 181 Sachsenhausen: Resolution verabschiedet. In: Der Stacheldraht Nr. 6/1992, S. 7.
- 182 Bubis: Jüdische Baracke in Sachsenhausen aufbauen. In: Morgenpost vom 11. Februar 1993, Und: UOKG-Archiv, UOKG I (bis 29.3.1993).
- 183 Brief an den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, das gemeinsame Gedenken an die Opfer betreffend vom 3. oder 15. Februar 1993. In: UOKG-Archiv, UOKG II (ab 30.3.1993).
- 184 Politische Gespräche des Vorsitzenden der UOKG beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten. In: Der Stacheldraht Nr. 1/1994, S. 4-5.
- 185 Brief von Gerhard Finn vom 7. Februar 1994 die Anhörung des Innenausschusses des deutschen Bundestages zur Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten betreffend. In: UOKG-Archiv, UOKG II (ab 30.3.1993).
- 186 Schreiben Roland Budes vom 8. Februar 1994 an den Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages die Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten betreffend. In: UOKG-Archiv, UOKG II (ab 30.3.1993).
- 187 Finn, Gerhard: Zwei Singularitäten. In: Der Stacheldraht Nr. 5/1998, S. 5.
- 188 Finn, Gerhard: Aufrechnung bringt uns nicht weiter. In: Der Stacheldraht Nr. 4/2004, S. 1 f.
- 189 Der Stacheldraht Nr. 5/2008, Nr. 6/2008.
- 190 Der Stacheldraht Nr. 2/2010, S. 4.
- 191 Pressemitteilung der UOKG vom 18. April 2011. In: www.uokg.de (Zugriff: 30.4.2012).
- 192 Schreiben an den Geschäftsführer der UOKG, erste Unterstützungen für ehemalige Häftlinge betreffend vom 12. März 1992 (und Schreiben an die Verbände vom 16. März 1992). In: UOKG-Archiv, UOKG I (bis 29.3.1993).
- 193 Flugblatt: Entlarvt von Ende Juni 1992 die Entscheidung des Bundestages das 1. UBG betreffend (Autoren angeblich UOKG, VOS). In: UOKG-Archiv, UOKG I (bis 29.3.1993).
- 194 Flugblatt des BSV vom Juni 1992: Aufschrei der Opfer und Verfolgten stalinistisch-kommunistischer Gewaltherrschaft. In: UOKG-Archiv, UOKG I (bis 29.3.1993).
- 195 Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft am 20. und 21. Juni 1992. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997, gelber Hefter.
- 196 Halbherzig. Kapitalentschädigung aufgestockt. Ungerechtigkeiten bleiben. In: Der Stacheldraht Nr. 5/1992.
- 197 Brief der UOKG vom 2. Dezember 1992 an die Präsidentin des Deutschen Bundestages Rita Süßmuth das 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz betreffend. In: Der Stacheldraht Nr. 6/1992, S. 7.
- 198 Briefwechsel in: UOKG-Archiv, Ordner: UOKG I (bis 29.3.1993).
- 199 Bitte der CDU-Fraktion des Bundestages an die UOKG, sich an dem Gespräch über das 2. UBG zu beteiligen, vom 30. April 1993. In: UOKG-Archiv, UOKG II (ab 30.3.1993).
- 200 Beitrag der UOKG zur Anhörung des Rechtsausschusses des deutschen Bundestages zum 2. UBG am 29. September 1993. In: UOKG-Archiv, UOKG II (ab 30.3.1993).
- 201 Entschließungsantrag der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 8. März 1994 zur 3. Beratung des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (Drs. 12/4994). In: UOKG-Archiv, UOKG II (ab 30.3.1993).
- 202 Aufruf aller ehemaligen politischen Häftlinge, Flüchtlinge und Unterdrückten des SED-Regimes vom 18. März 1994. In: UOKG-Archiv, Unsortierte Vorgänge 1993/1994 und 1996.
- 203 Schritt in die richtige Richtung. Staatsminister Schwanitz stellte Eckpunkte zur besseren Entschädigung der Opfer von SED-Unrecht vor. In: Der Stacheldraht Nr. 3/1999, S. 1.
- 204 Schweriner Erklärung zur Ehrenpension. Schluss mit dem Rentenstrafrecht für politisch Verfolgte. In: Der Stacheldraht Nr. 5/2000, S. 1.
- 205 Gesprächsprotokolle vom März 2003. In: UOKG-Archiv, Ordner 2003.
- 206 UOKG-Archiv, Ordner Opferpensionen I bis III.
- 207 Briefe mit Gesprächsangeboten in: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2006.
- 208 UOKG-Archiv, Ordner Opferpensionen I bis III (hier III).

- 209 Schüler, Horst: „Angemessene Würdigung“ ist ausgeblieben. Eckpunkte für ein 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz liegen vor. In: Der Stacheldraht Nr. 1/2007, S. 1-2.
- 210 Vgl. Der Stacheldraht Nr. 2/2007.
- 211 Der Stacheldraht Nr. 4/2007, S. 1.
- 212 Vorgänge in: UOKG-Archiv, Ordner Opferpensionen I bis III.
- 213 Der Stacheldraht Nr. 5/2007.
- 214 Rösner, Norbert: Anhaltspunkte. Zur Anerkennung von Gesundheitsschäden nach Haft und Verwaltungsunrecht. In: Der Stacheldraht Nr. 1/1996, S. 1-2.
- 215 Boetzel, Claus-Eberhardt: Zur unterschiedlichen Behandlung von Verfolgten des Nationalsozialismus und des Stalinismus/Kommunismus. In: Deutschland Archiv Nr. 10/1994, S. 1084-1086.
- 216 Protokoll der Sitzung der MV vom 27. und 28. November 1993. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1991, 1995-1997.
- 217 UOKG-Archiv, Ordner Ärztlicher Beirat, Haftfolgen.
- 218 Ergebnismündung der Mitgliederversammlung der UOKG vom 16. Juni 2000. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 219 Brief von Günther Rudolph an Horst Schüler vom 7. Mai 2003. In: UOKG-Archiv, Ordner Ärztlicher Beirat, Haftfolgen.
- 220 Gutachter für Begutachtung von psychischen Haftfolgeschäden nach politischer Haft in der SBZ/DDR. In: UOKG-Archiv, Ordner Ärztlicher Beirat, Haftfolgen.
- 221 Scholz, Eberhard; Scholz Doris: Staatssicherheitsdienst der DDR – Beispiel: Das Gesundheitswesen im Raum Frankfurt/Oder 1962-1989. In: Deutsches Ärzteblatt Nr. 96/1999.
- 222 Deutscher Bundestag, 157. Sitzung am 17. Februar 2005. In: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/15/15157.pdf> (Zugriff: 30.4.2005).
- 223 Weise, Elke: Stiftung bleibt. In: Der Stacheldraht Nr. 8/2005, S. 5.
- 224 Schulze, Carola [Hrsg.]: Die Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden – kritische Situationsbeschreibung und Erörterung von Lösungsmöglichkeiten. Kongress der UOKG am 24. Oktober 2009. Hrsg.: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Berlin 2009.
- 225 Einladung an alle Mitgliederverbände vom 15. April 1992 (und Anschriften). In: UOKG-Archiv, UOKG I (bis 29.3.1993).
- 226 Fragebogen in: UOKG-Archiv, Ordner 2003.
- 227 Abschlussrechnung in: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2005.
- 228 Briefwechsel in: UOKG-Archiv, Ordner: UOKG I (bis 29.3.1993).
- 229 Mitgliederversammlung vom 27.-28. November 2004. In: Ordner UOKG 2004. Und: Schüler, Horst: Jetzt ist es Zeit. Der Stacheldraht Nr. 9/2004, S. 1.
- 230 Zitiert nach: Schüler, Horst: Nicht von allen vergessen. In: Der Stacheldraht Nr. 1/2006, S. 1.
- 231 Information von Ewald Ott vom 4. Mai 2012.
- 232 Weise, Elke: Stiftung bleibt. In: Der Stacheldraht Nr. 8/2005, S. 5.
- 233 Presseerklärung der UOKG vom 22. November 2010. In: www.uokg.de (Zugriff: 30.4.2012).
- 234 Enquete-Kommission: UOKG fordert Nachbesserung des UBG/Brief an die Bundestagspräsidentin. In: Der Stacheldraht Nr. 6/1992, S. 7.
- 235 Protokoll der 20. Sitzung, Öffentliche Anhörung: „Die SED-Diktatur – politische, geistige und psychosoziale Unterdrückungsmechanismen/Erfahrungen im Alltag. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg.: Deutscher Bundestag, Nomos Verlag, Baden-Baden 1995, Bd. II/1, S. 111 ff.
- 236 Vgl. dazu: Finn, Gerhard: Sachsenhausen 1936-1950. Geschichte eines Lagers. Bad Münstereifel 1988, 1990, 1991 (Broschüre).
- 237 Ergebnisprotokoll der Mitgliederversammlung vom 18. und 19. Juni 2005. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2005.
- 238 Bericht bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zum Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 27. Juni 2011 in Berlin. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2011.

- 239 Noch lebt das Gespenst. Der Kommunismus und seine Folgen in Deutschland und Europa. Internationaler Kongress der UOKG und des Osteuropa-Zentrums zum 15. Jahr des Mauerfalls vom 5.-7. November 2004 in Berlin. In: Der Stacheldraht Nr. 9/2004, S. 7-8.
- 240 Vgl. Der Stacheldraht Nr. 5 und 6/2006.
- 241 Vgl. Der Stacheldraht Nr. 6/2007.
- 242 Vgl. Der Stacheldraht Nr. 6 und 8/2008.
- 243 Der Stacheldraht Nr. 8/2009, S. 6-7.
- 244 Schulze, Carola [Hrsg.]: Die Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden – kritische Situationsbeschreibung und Erörterung von Lösungsmöglichkeiten. Kongress der UOKG am 24. Oktober 2009. Hrsg.: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Berlin 2009.
- 245 Der Stand der juristischen Aufarbeitung des DDR-Unrechtes. UOKG-Kongress am 16. Oktober 2010. Berlin 2011.
- 246 Finn, Gerhard: Mauern, Gitter, Stacheldraht. Beispiele politischer Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Begleitbroschüre für die gleichnamige Wanderausstellung der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft. Westkreuz-Verlag, Bad Münstereifel/Berlin 1996, 2006 (Neuauf.).
- 247 Abschlussbericht zur UOKG-Wanderausstellung 2003 vom 6. April 2004. In: UOKG-Archiv, Ordner UOKG 2005.
- 248 UOKG-Nachrichten. In: Der Stacheldraht Nr. 6/1992, S. 6-7.
- 249 Ebenda.
- 250 Der Stacheldraht Nr. 5/1993, S. 8.
- 251 Protokoll der Mitgliederversammlung der UOKG am 31. August und 1. September 1996. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 252 Ergebnisniederschrift der Mitgliederversammlung der UOKG am 30. April und 1. Mai 1999. In: UOKG-Archiv, MV Protokolle 1995-1997.
- 253 Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968. Bericht und Dokumentation. 2. Aufl., Köln 1990.
- 254 Wentker, Hermann: Politische Strafjustiz in der DDR. In: Finn, Gerhard; Hagemann, Frank; Maser, Peter u.a.: Unrecht überwinden – SED-Diktatur und Widerstand. Aktuelle Fragen der Politik Nr. 38. Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1996, S. 5.
- 255 Finn, Gerhard: Die politischen Häftlinge in der Sowjetzone 1945-1959. Ilmgauverlag, Pfaffenhofen 1960.
- 256 Schüler, Horst: Workuta. Erinnerung ohne Angst. München 1993.
- 257 Es sei hier ausdrücklich auf den Unterschied zwischen Jugendhäusern (Jugendhaft) und Jugendwerkhöfen (Erziehungsmaßnahme für Schwererziehbare) hingewiesen.
- 258 Die Gründe können nur vermutet werden. Möglich ist, dass die Justiz der DDR im Herbst damit beschäftigt war, den Protest gegen den Einmarsch in die Tschechoslowakei einzudämmen und freie Plätze in den Gefängnissen brauchte.

